

2835 6 Frankfurt/M. 1. Mai 5/71 1.- DM 1240

D 2835 E

Wenzel-Verlag
Potsdam

elam

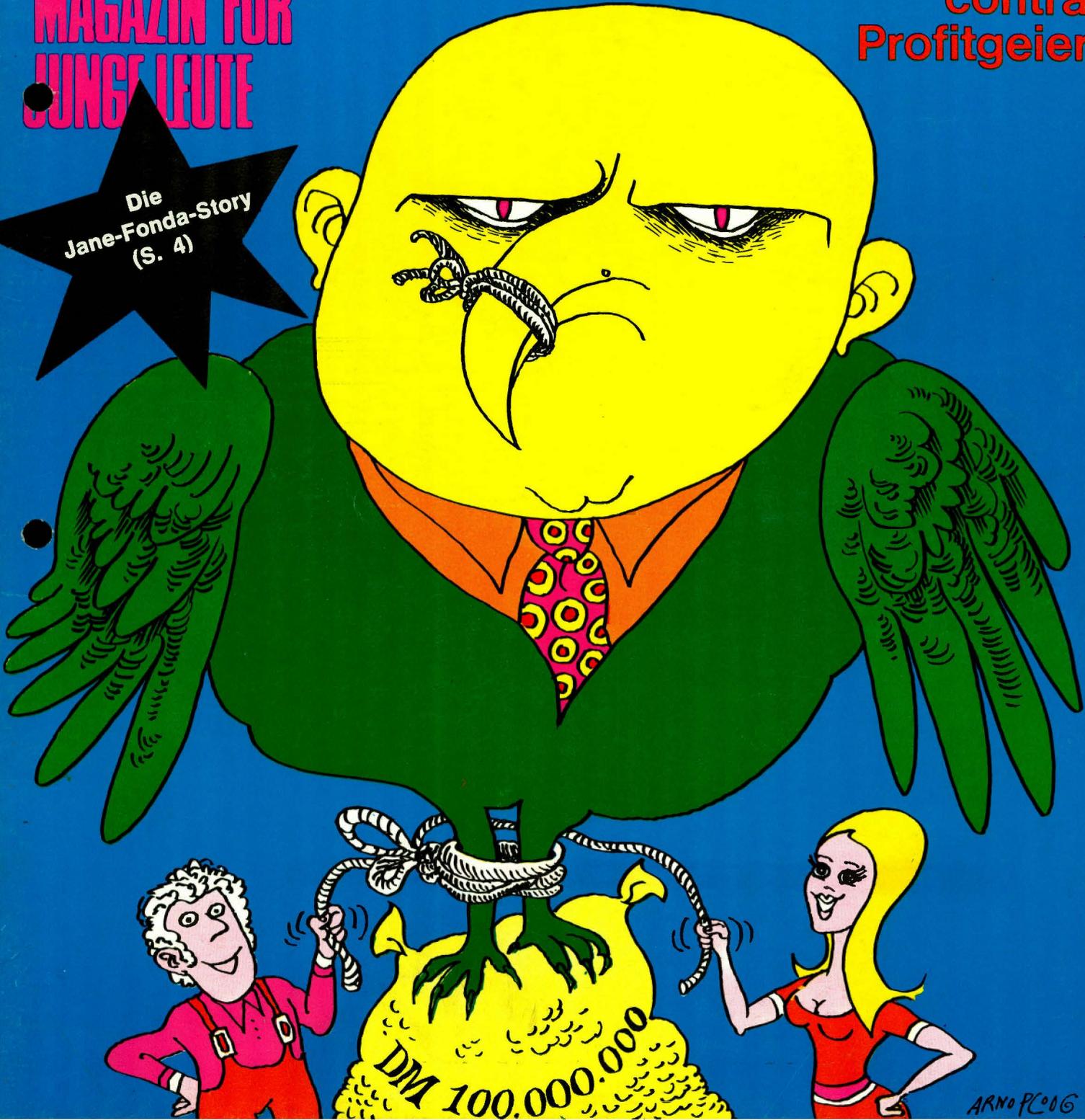
Wer bestimmt
in Deinem Bett?

2500 in Kiel:

Arbeiterjugend
contra
Profitgeier

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

Die
Jane-Fonda-Story
(S. 4)



ARNO PLOG

elan

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski, Jürgen Laimer, Rolf Jürgen Priemer, Karl Hubert Reichel, Karl Heinz Schröder, Dr. Peter Schütt, Pastor Horst Stuckmann, Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG

coopcreative
Jerken Diederich / Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

ZWEIGBÜRO

6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacherstraße 65

VERLAGSGESCHAFTSFÜHRER

Werner Maietz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl.
Mehrwertsteuer Jahresabonne-
ment DM 13,— einschl. Zustell-
gebühr

KONTEN

Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt M.
Kto.-Nr. 2032 90

Druck:
Hosch GmbH,
Frankfurt M.



Hasch

„Als ich die Zigaretten nicht mehr vertrug, bin ich auf Senner-Hasch umgestiegen“, erklärte FR-Werbeleiter Rose. „Was ist denn das?“ fragte der Gesprächspartner erstaunt. „Nun — Schnupftabak.“

Frankfurter Rundschau, 11. 3. 71

Plötzlich

Plötzlich hatte er einen nackten Frauenschengel in der Hand.

Zwischenüberschrift in „Konkret“, 14. 1. 1971

Druckfehlerberichtigung

In der Wiedergabe des „Offenen Brief an die Regierung der CSSR“ befindet sich ein Übersetzungsfehler. Statt „Einige dieser jungen Genossen sollen wahrscheinlich 20 Jahre Gefängnis erhalten“, muß es richtig heißen: „Einige dieser jungen Genossen sind erst im Gefängnis 20 Jahre alt geworden.“

Aus der trotzkistischen Zeitschrift „Was tun“, Februar 71.



Freund und Helfer

(Aus „Hamburger Abendblatt“ vom 16. 1. 1971,
Rubrik: „Von Mensch zu Mensch“)

Schriften lesbar machen

Frage: Es geht um meine vier Sparbücher, die 1945 im Tresor unserer Firma in Schwedt (Oder) zurückblieben. Beim Einzug der Russen brannten unsere Häuser ab. Die feuerfeste Kassette wurde gerettet. Beim ersten Besuch meiner alten Heimat konnte ich sie wieder in Besitz nehmen.

Ich kann diesen Schaden dem Lastenausgleichsamt melden. Aber es gehört natürlich dazu, daß ich die Höhe der Konten angebe. Durch die Hitzeeinwirkung ist jedoch die Schrift in den Büchern unlesbar geworden. Meine Fragen nach einem Mittel, das die Schrift sichtbar macht, bei Banken, Sparkassen, Apotheken und Polizei waren leider ergebnislos. Wissen Sie einen Weg, wie ich an ein solches Mittel herankomme?

Elsa S. (62 Jahre)

Antwort: Fragen Sie doch einmal beim Verfassungsschutzamt an, liebe Frau S.! Ich bin zwar nicht sicher, ob man Ihnen die modernsten Möglichkeiten der Wiederlesbarmachung verblichener Schrift mitteilt. Die neuesten Methoden werden wohl geheimgehalten. Aber vielleicht kann man Ihnen ein Verfahren nennen, das für unsere Agenten bereits überholt ist.

Brauner Wind

Die Rechtsextremisten haben Morgenluft in der Nase.
Überschrift in der „Welt der Arbeit“, 4. 12. 1970.

Wohnung

Heute las ich in der Zeitung: „1-Zimmer-Wohnung, Hauptfriedhof, zu vermieten. Aller Komfort.“ Komfort ist wichtig, weil man doch dort meist länger wohnen bleibt.

Frankfurter Rundschau, 8. 3. 71

Lieber Leser,



Anfang April hat mich die sowjetische Nachrichtenagentur TASS gebeten, dem 24. Parteitag der KPdSU eine Grußadresse zu übersenden. Ich bin dieser Bitte gern gefolgt und habe es als große Ehre empfunden, daß meine Worte in Millionenaufgabe in der Sowjetunion verbreitet wurden. Was ich nach Moskau geschrieben habe, geht auch die Bürger der Bundesrepublik an, und darum erscheint es hier im „elan“:

Im vergangenen Jahr war ich zum ersten Mal in der Sowjetunion und habe zusammen mit einer Delegation der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend Minsk, Moskau und Leningrad besucht. Land und Leute Sowjetrußlands waren für mich ein großes unvergeßliches Erlebnis, sie haben mir den Blick beträchtlich erweitert und mir ein Bild des realen Sozialismus vermittelt, das mir die Kraft gibt, mich noch klarer und konsequenter als vorher gegen den in der Bundesrepublik noch immer einflußreichen Antikommunismus und Antisowjetismus zur Wehr zu setzen. Ich habe auf der Reise und seitdem auf verschiedenen internationalen Begegnungen in der DDR und in der Bundesrepublik einige gute Freunde gewonnen, mit denen ich in ständigem Briefwechsel stehe, und besonders stolz war ich, als ich jetzt erfuhr, daß in mehreren sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften literarische Beiträge von mir erschienen sind.

Ich kann mir einfach nicht denken, daß ein fortschrittlicher und humanistischer Schriftsteller der Bundesrepublik an der Existenz der Sowjetmacht vorübergehen kann. An der Haltung zur Sowjetunion zeigt sich die Ehrlichkeit seines Engagements für den Frieden und die Arbeiterinteressen, und an ihr läßt sich ablesen, wie ernst er es wirklich meint, wenn er lautstark für Revolution und Sozialismus eintritt. Der imperialistische Gegner versucht uns in der Bundesrepublik fortwährend einzureden, wir sollten uns für einen angeblich „neuen“ oder „menschlichen Sozialismus“ entscheiden und das „sowjetische Modell“ gegen irgendwelche

exotische oder utopische „Dritte Wege“ eintauschen. Ich bin der Meinung: das sowjetische Beispiel des sozialistischen Aufbaus ist das für uns Kommunisten in der Bundesrepublik allein verbindliche und gültige. Das bedeutet nicht, daß wir nicht in der Lage wären, eigene Vorstellungen über die Durchsetzungen von Frieden, Demokratie und Sozialismus in unserem Land zu entwickeln, es heißt nur, daß wir uns durch nichts davon abbringen lassen, von den Kampfgefährten und Nachfolgern Lenins unermüdlich zu lernen und uns mit der stärksten Macht des Sozialismus zu verbünden.

Die Sowjetunion ist der größte und mächtigste Friedensstaat der Erde, und der friedliebende Charakter dieses Staates ist ganz und gar vom Wesen der sozialistischen Menschengemeinschaft geprägt. Aus diesem Grunde begrüße ich wie alle Demokraten in der Bundesrepublik den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Die Gegner dieses Vertrages sind dieselben Rechtskräfte, die den westdeutschen Arbeitern die Mitbestimmung im Betrieb und in der Gesellschaft verweigern, die alle sozialen Rechte zugunsten der Monopolprofite abbauen möchten und am liebsten alle von den Werk-tätigen geschaffenen Werte der lebensfeindlichen Rüstungs- und Vernichtungsindustrie zuschanzen wollen. Für die Durchsetzung des westdeutsch-sowjetischen Vertrages kämpfen, heißt bei uns, für die eigenen Lebensinteressen unseres Volkes zu kämpfen. Wenn der Geist der deutsch-sowjetischen Freundschaft auch in der Bundesrepublik an Boden gewinnt, erhöhen sich die Chancen für eine friedliche Zukunft zwischen Elbe und Rhein.

Der 24. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist ein welthistorisches Ereignis, das die fortschrittlichen Menschen in aller Welt unmittelbar betrifft. Auf ihm werden Entscheidungen getroffen, die für mich und mein Land ebenso wichtig sind wie für unsere Klassenbrüder in Vietnam, Chile oder den USA.

Voller Bewunderung höre ich von den gewaltigen technischen und wirtschaftlichen Leistungen, die die sowjetische Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei bereits vollbracht hat, und voll Staunen lese ich von den großartigen Plänen und Zielen, die sich das sowjetische Volk für die nächsten Jahre und Jahrzehnte vorgenommen hat. Die Anstrengungen und Erfolge der sowjetischen Kommunisten sind für uns ein Ansporn zu neuen Aktionen gegen unseren Hauptfeind, den lebensbedrohenden Imperialismus, und sie sind der lebendige Beweis dafür, zu welchen himmelstürmenden Leistungen die geeinte, mit den Ideen von Marx, Engels und Lenin kämpfende Arbeiterklasse fähig ist. Herzlichst

Peter Schmitt

INHALT

Die Jane-Fonda-Story
Barbarella gegen Barbarei 4

Sex und Kapitalismus
Wer trägt die nackte Haut
zu Markte? 7

Arbeiterjugend
HDW-Report Arbeiterjugend
kontra Profitgeier 11
IG Metall-Bundesjugend-
konferenz 14
Kongreß „Arbeiterjugend
kontra Monopole“ 15
Bei dänischen Jung-
kommunisten 15
Aktion „Goldenes
Vorhängeschloß“ 16
1 Jugendkonferenz der DKP 16
Lehrlings-Pressespiegel 17

Jugendpolitische Blätter
Nürnberger Jugendliche
wählen Jugendrat 19
23. Ordentliche Mitglieder
versammlung des VDS 19
Beschlüsse der IGM-Bundes-
jugendkonferenz 20

Monats-Magazin
Neues aus der Bundeswehr 23
Erfolgreiche Woche des elan 24
Grünes Licht für Neonazis 25
Was Barzel das Leben
schwer macht 25
ZDF-Magazin gegen Chile 26
Heiße Rhythmen aus
Warszawa 26
Programm: Mord 27

Agitprop
Neue Texte 28

Interview
Mit dem Vorsitzenden der
Sozialistischen Jugend
Polens 31

Song-Magazin 34

Film 35

Leserpost 36

Comic
Bullen schießen scharf 38

München 1972
Hachfeld-Poster 40

Beilagenhinweis
Einem Teil dieser Auflage liegt ein
Prospekt des Nachrichten-Verlages
bei. Wir bitten um freundliche Beach-
tung.

Fotos:
ap (2), dpa (4), Heinemann/Adveniat
(1), Hollmann (5), Orth (2), Scholz
(2), Schröder (1), Werder (1), Zint
(1).

Titelbild:
Arno Ploog

DIE JANE FONDA STORY



In Cleveland: Empfang mit Handschellen. —

Bild links: Jane Fonda mit ihrem Rechtsanwa
und Mitkämpfer Mark Lane.

3. November 1970 auf dem Cleveland-
 rport. Ein großer Filmstar wird erwartet.
 Maschine aus Kanada setzt zur Landung
 . Aber es sind keine Fotografen da, keine
 fertigen Manager, wie sonst bei den
 ößen aus Hollywood. Dieser Star wird
 einem Zollbeamten in Empfang genom-
 n, der ihn anherrscht: „Sie da! Setzen Sie
 h hierhin, und warten Sie!“ Das Gepäck
 rd kontrolliert. Beschlagnahmt werden
 Adreßbuch, Tonbänder, Dokumentatio-
 n – und eine Anzahl Röhrchen mit Vita-
 mpillen und Beruhigungsmitteln.
 auschgift!“ stellt der Zollbeamte mit Ge-
 tuung fest. Den Protest der Schauspiele-
 weist er ab: „Mund halten! Hier befehle
 !“ Der Star wird stundenlang festgehal-
 n. Als die Schauspielerin die Toilette auf-
 chen will und daran von einem Polizisten
 hindert wird, gibt sie sich sehr undamen-
 ft: versetzt dem Bullen einen kräftigen
 it.

Star ist Jane Fonda. Das Glückskind mit
 r Erfolgskarriere ist heute eine Kämpferin
 gen das Unrecht.

Barbarella“ gegen die Barbarei! Daher der
 npfung in Cleveland, der zu einem Film-
 r überhaupt nicht, aber zu einem Linken
 den USA ganz und gar paßt. Jane über das,
 s dann geschah: „Eine Sekunde später
 urde ich in Handschellen ins Gefängnis ge-
 acht. Mein Anwalt sagt, daß ich vielleicht
 sechseinhalb Jahren verurteilt werde,
 ei Jahre für Beleidigung des Zollbeamten,
 ei Jahre, weil ich die Pillen nicht deklariert
 be, sechs Monate für den tätlichen Angriff
 f den Polizisten.“ Gegen eine Kautio-
 urde Jane wieder freigelassen.

gleich sie jetzt ständig mit Gefängnis be-
 ht ist, setzt Jane ihre Arbeit fort. Sie hält
 den auf Kundgebungen gegen den Krieg
 kons in Indochina – ständig ist sie in Ge-
 ir, von rechtsextremen Terroristen über-
 len werden.

e erste spektakuläre Aktion erregte im
 irz 1970 die Weltpresse. Jane Fonda betei-
 t sich an einer Demonstration der India-
 ; gemeinsam mit den Nachfahren der Ur-
 wohner Amerikas, die heute in bitterer
 t und Rechtlosigkeit leben, besetzt sie die
 stung Alcatraz. Sie demonstrieren nach
 rt Lawton und Fort Lewis, beides Militär-
 tzentpunkte in der Nähe von Seattle. Die
 auspielerin verteilt Broschüren gegen
 1 Krieg und will mit den Soldaten disku-
 ren. Fand aber das Pin-up-Girl Barbarella
 r mischen Beifall bei Soldaten und Offi-
 ren, so muß die Bürgerrechtskämpferin
 e Fonda jetzt die Kehrseite der Medaille
 enlernen: Lieber zehn Pin-up-Fotos im
 nd als ein Antikriegsflugblatt, lautet die
 vise der Befehlshaber, und man verweist
 1 Star kurzerhand des Stützpunktes.

Mai, bei den Protestaktionen gegen den
 ffall in Kambodscha, setzt das Komitee
 ietnam-Moratorium“ Jane Fonda als
 en der Hauptredner in Denver ein. Sie
 t den jungen Leuten zu: „Laßt Euch
 ht zu Kanonenfutter machen!“ Während

Kampagne propagieren ihre Anhänger
 Parole: „Keine Steuern für den Schmutz-

BARBARELLA GEGEN BARBAREI

zigen Krieg“, und unter der Führung Jane
 Fondas besetzen Jugendliche das New Yor-
 ker Finanzamt und richten die gleiche Auf-
 forderung an die Passanten.

Jane berichtet über jene Zeit: „Eines
 Abends traf ich Fred Gardner, den Gründer
 der Coffee Houses. Das sind Treffpunkte für
 GIs, für Soldaten. Er sagte: ‚Wenn Sie das
 heutige Amerika verstehen wollen, müssen
 Sie mit den Soldaten reden.‘ Ich ging in die
 Coffee-Houses. Ich hörte viele Geschichten,
 wie die des Massakers in My Lai – von US-
 Kompanien, die in Vietnam Dörfer ausrot-
 ten und dann die Greuel den Vietcong an-
 lasten; von US-Generälen, die Transistor-
 Radios verschenken, wenn man ihnen die
 abgeschnittenen Ohren von Vietcongs
 bringt; von Vietcong-Gefangenen, die mit
 Stromstößen gefoltert werden oder die man
 mit dem Kopf nach unten aus Hubschrau-
 bern hängen läßt.“

Jane beschließt, in Washington ein Büro zu
 eröffnen, das Beweise über Kriegsverbre-
 chen sammelt und Dokumentationen ver-
 breitet über GIs, die wegen Kriegsdienstver-
 weigerung mißhandelt werden.

Jene GIs, die genug haben vom Krieg, die
 sich den Verbrechen entziehen wollen, das
 sind jetzt die neuen Freunde jenes Stars,
 dem seit den frühen sechziger Jahren alle
 Tore Hollywoods offenstanden, der großen
 Schauspielerin, der Frau des französischen
 Regisseurs Roger Vadim, der Tochter des er-
 folgreichen Henry Fonda. Ihre Freunde sind
 jetzt die Neger und die Indianer, die Bürger-
 rechtskämpfer. Sie kämpft für die Freilas-
 sung der farbigen kommunistischen Bürger-
 rechtskämpferin Angela Davis. Jane: „Ich



Jane Fonda: „Es gibt für mich kein Zurück.“

bewundere und verehere Angela. Sie ist keine Kriminelle, vielmehr sind jene kriminell, die Angela Davis ins Gefängnis gebracht haben.“ Und Jane Fonda ist solidarisch mit den Black Panthers:

„Ich habe nie begriffen, warum man sie nachts umbringt und ihre Leichen irgendwo hinwirft, warum man sie unter durchsichtigen Vorwänden einsperrt und für ihre Freilassung Kautionen bis zu 500.000 Mark verlangt. Sie erklärten es mir. Weil Black Panthers Marxisten-Leninisten sind. Und ich beschloß, Marx zu lesen.“

Anfang Februar dieses Jahres organisierte Jane gemeinsam mit Freunden den ersten Kongreß früherer amerikanischer Vietnam-Soldaten. 150 Soldaten kamen auf diesem Kongreß in Detroit zu Wort. Jane: „Sie berichteten immer die gleichen Tatsachen, wie sie sich zwischen 1965 und 1971 in Vietnam abspielten. Viele weinten während ihres Berichtes. Alle berichteten von der Gehirnwäsche, der sie während ihrer Ausbildungszeit unterworfen waren. „Nur ein toter Vietname ist ein guter Vietname“, hatte man ihnen immer wieder eingeschärft.“

Der Kongreß von Detroit sollte die Öffentlichkeit erneut alarmieren, aber die amerikanische Presse boykottierte die Berichterstattung. Daher ging Jane nach Paris, wo sie auf einer stark besuchten Pressekonferenz den Grund für den Boykott nannte: Der Kongreß habe bewiesen, „daß das Massaker von My Lai nicht das Ergebnis einer individuellen Verrücktheit war, nicht ein isolierter Einzelfall, sondern die Frucht einer Politik, an der Regierung, CIA (der US-Geheimdienst) und Pentagon (das Kriegsministerium) gemeinsam wirken.“ Jane berichtet über die amerikanischen Gefangenen in Nordvietnam, die von Nixon benutzt werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. „Einer erklärte, daß man ihn bei seiner Rückkehr in die USA beschuldigt hat, Komplize des Feindes geworden zu sein, weil er sich weigerte, Lügen über die Umstände seiner Gefangenschaft zu erzählen.“ Von der Pariser Pressekonferenz rief Jane zur Teilnahme am Protestmarsch früherer Vietnam-Soldaten nach Washington auf, der am 19. April begann.

Wer ist diese Frau, die 1969 im Alter von 31 Jahren ihr einjähriges Töchterchen Vanessa aus dem Bettchen in ihrer Villa in Beverly Hills nahm, um das Leben mit Roger Vadim aufzugeben? Die ihr Haar abschneidet, das sie jetzt nur noch in der natürlichen braunen Farbe zeigt; die ihre Kleider und Schrankkoffer verkaufte, um in der Touristenklasse durch die Staaten zu reisen, mit einfachem Make-up und ohne Manager?

Vorher hatte sie eine Reise nach Indien gemacht, wo sie den ersten Kontakt mit der Armut hatte. Vorher war Armut nur ein Wort für sie gewesen. „Meine Reise nach Indien, das Zusammentreffen mit den Indiern und den Black Panthers, meine Gespräche mit den Soldaten, das Jahr, in dem ich Marx zu lesen begann – das hat mich zu einem anderen Menschen gemacht. So anders, daß ich Vadim verließ.“



Roger Vadims Traum, aus ihr – wie aus allen seinen Lebensgefährtinnen seit BB – eine zweite Brigitte Bardot zu machen, erfüllte sich nicht. Eine Zeitlang gelang es ihm zwar, daß sie die Rolle als Bardot-Ersatz mitspielte. Aber fünf Jahre nach ihrer Eheschließung erklärte Jane, daß für sie ein neuer Lebensabschnitt beginne, zu dem Vadim nicht mehr gehöre.

Bevor Jane Fonda ins Schauspielgeschäft einstieg, hatte sie sich auf mehreren Gebieten versucht. Sie studierte Malerei und Musik in New York und Paris, auch als Journalistin verdiente sie eine Zeitlang ihr Geld. Auf der Bühne stand sie dann das erste Mal mit Henry Fonda. An ihm, ihrem Vater, hängt sie mit großer Liebe: „Er ist würdevoll, klug und gut.“ Aber der Vater versteht die Tochter nicht mehr. Er spricht nur noch von seiner „sogenannten Tochter“.

Und auch an ihrem Beruf hängt Jane. Sie hat ihr Handwerk gründlich gelernt. Fünf Jahre studierte sie intensiv in der Schauspielschule Lee Strassbergs. Das Geld für ihre Ausbildung hatte sie sich als Fotomodell verdient. Ihr ernsthaftes Studium wurde durch Erfolg belohnt. Sie bekam gute Rollen auf der Bühne und im Film.

Jane sagt über ihren Beruf: „Ich bin stolz darauf. Ich möchte in Filmen arbeiten, die eine Aussage haben. Ich möchte Film-Kommunen aufstellen, in denen Regisseure, Schauspieler, Autoren und Techniker gemeinsam intelligente Filme produzieren. Und ein Star sollte keine höhere Gage bekommen als ein Elektriker.“

Im November 1970 drehte sie in New York ihren letzten Film. Die Begleiterscheinungen der Dreharbeiten signalisierten ihre neuen Lebensumstände als politische Kämpferin: Man warf einen schweren Scheinwerfer auf Jane, er verfehlte sie nur um Zentimeter . . .

Jane gibt zu, sie hat Angst vor Gewalttätigkeiten – in jeder Form. Sie sagt: „Ich hasse den Krieg. Aber wenn sich die Situation in Amerika eines Tages nur durch Straßenkämpfe bereinigen läßt, werde ich ein Gewehr nehmen und auch schießen. Blaß vor Angst, aber ich werde schießen.“

Künstler, die die Politik entdecken, nennt man hierzulande „engagiert“. Ist Jane Fonda engagiert? Zunächst sicherlich! „Ich ent-

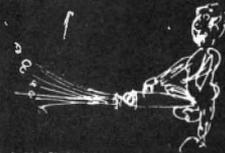
deckte auf einmal, daß ich Menschen liebe, daß Empörung über Mißstände zu wenig ist, daß man etwas für die Menschen tun muß. Man darf nicht zulassen, daß Kinder durch B-52-Bomber getötet werden, daß Diktaturen junge Menschen ins Gefängnis stecken, daß man sie in ungerechten sozialen Zuständen dahinsiechen läßt.“

Jane setzte sich für die Unterdrückten ein, und viele glaubten, das sei eine neue Rolle, die sie nur spiele. Aber heute wissen wir, daß sie nicht nur die engagierte Künstlerin ist. Alle Brücken hinter sich abbrechend, hat sie ihre Klasse verlassen, um selbst der Klasse der Unterdrückten anzugehören, diese im Kampf mit anzuführen.

Einem Journalisten sagte sie: „Und wenn ich morgen sterben sollte, schreiben Sie, daß ich es ernst gemeint habe; sagen Sie allen, daß ich es wahrhaftig ernst gemeint habe.“ Und: „Ich hätte nie gedacht, daß ich etwas kämpfen könnte. Aber es gibt für mich kein Zurück.“

Ulrich Sander

MELZER



Schülersexualität

Ein kritisches Experiment zur Sexualpädagogik mit Interviews und Schülerzeichnungen

Herausgegeben und kommentiert von Julius Mende und Georg Dobrovich
Vorwort von Helmut Kentler
ca. 50 Seiten Text und 100 Zeichnungen
Paperback 8 DM

Diese Kinderzeichnungen sind ein Aufruf an alle vernünftigen Eltern und Erzieher, den Kindern Konflikte zu ersparen.

Schulreport

Kritische Beiträge zur modernen Erziehungspolitik

Herausgegeben von Dieter Dehm

2., verbesserte Auflage
260 Seiten. Paperback 8 DM
Zur Kritik der Gesamtschule · Schülerrevolte und Reformismus · Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Demokratisierung der Schule · Kritik der autoritären Erziehung

Lehrlingshandbuch

Orientierungen für die Praxis der Ausbildung in der Lehre und Berufsschule

Herausgegeben von Adolf Brock
ca. 300 Seiten. Paperback 8 DM
Misere und Verschleiß der Lehrlinge, die hier informiert und in eigener Sache aktiviert werden.

Melzer-Bücher

In jeder Buchhandlung oder durch
Buchdienst
61 Darmstadt · Postfach 827

Sex im Kapitalismus

Sex. Sex. Sex. Auf Schritt und Tritt begegnet man ihm, genauer: dem, was man die Sex-Welle nennt. Eine Illustrierten-Auslage ist heute ohne Beine und Busen undenkbar geworden. Wer Rübenkraut oder Reißnägel verkaufen will, versucht über die Sex-Reklame den Umsatz zu steigern. Ob Schaufenster, Kiosk, Plakatwand oder Werbeanzeige — man macht es mit Sex. Im Kino dominiert der Sex-Film wie nie zuvor. Sex dringt in das Fernsehen ein und geht sogar hinaus aufs Land. Die abgelegensten Seitentäler werden von der Sex-Welle erreicht, wobei gleichzeitig jeder Widerstand gegen Sex zusammenzubrechen scheint und dem, der sich dagegen wehrt, der Makel der Fortschrittsfeindlichkeit angediehen wird. Denn Sex, und damit für Sex sein, gilt als fortschrittlich. Ist das so? Lest den Bericht von André Müller.

**Wer trägt
die nackte
Haut zu
Markte?**



Wer trägt die nackte Haut zu Markte

Vor allem ist Sex ein Geschäft. Davon freilich braucht man niemand zu überzeugen, weil jeder davon überzeugt ist. Aber warum finden viele junge Menschen, die sonst so entschieden gegen die kapitalistische Profit-Gesellschaft sind, Sex, obwohl ihnen der Zusammenhang zum Profit bekannt ist, fortschrittlich? Weil sie einer Manipulation und einer Selbsttäuschung gleichzeitig erliegen.

Die Sexwelle hat ihre Zentren und ihren Ausgangspunkt in den Hochburgen des modernen Monopolkapitalismus: in den USA, England, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik. Von hier her dringt sie unaufhörlich in die anderen Länder vor. Sie kommt nicht etwa aus Skandinavien, weil dort etwa in einzelnen Ländern pornographische Darstellungen nicht verboten sind. Das scheint nur so, weil von dort einige Tonnen Pornographie in die Bundesrepublik abgesetzt werden, was nicht Ursache, sondern eine Folge der Sexwelle ist.

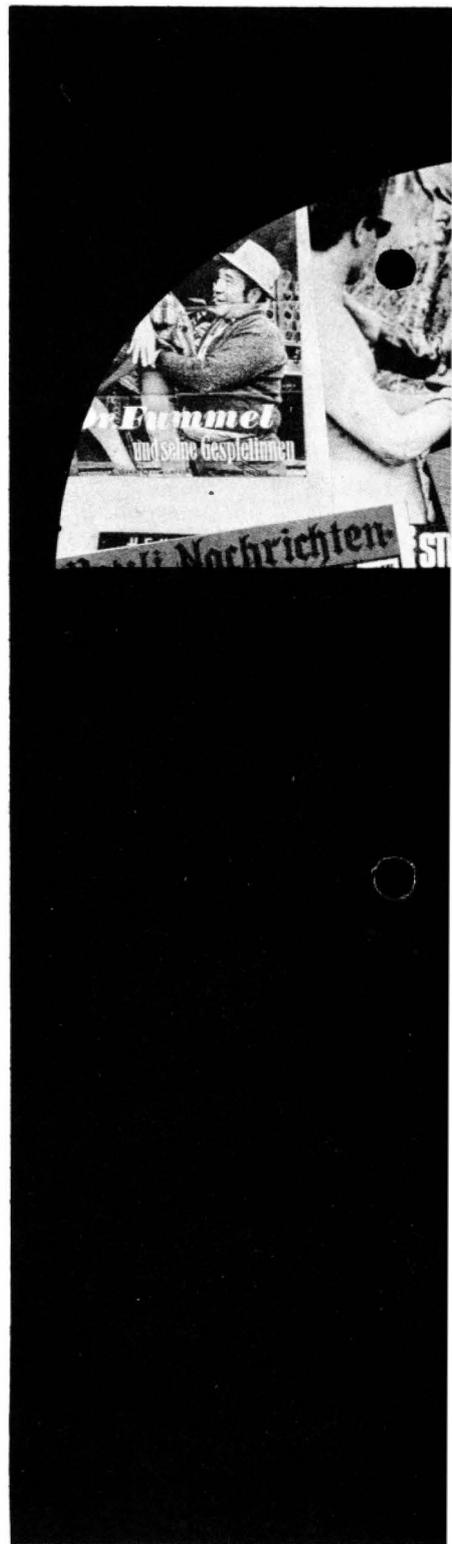
Sie ist im übrigen noch nicht sehr alt, jedenfalls nicht als Massenerscheinung. Die Sexwelle ist damit eine Erscheinung einer ganz bestimmten Entwicklungsphase der monopolkapitalistischen Gesellschaftsordnung, und als solche muß sie begriffen werden. Erinnert sei hier an das Gegenteil: Der Kapitalismus kennt Perioden seiner Entwicklung, in der er ausgesprochen puritanisch und prude war, wo er zwei Zentimeter nackten Busen bereits als Ausdruck der verderbten Ideologie seines Todfeindes, des Feudalismus, ansah, wo er das Tanzen verbot, weil es Zeit und Geld kostete und die Akkumulation des Kapitals behinderte, oder wo er Sex im Interesse der Arbeitsmoral des Proletariats entschieden bekämpfte. Was also ist der Grund für die geänderte Gesinnung, für diese Kehrtwendung um 180 Grad? Die Antwort: „Weil Sex eben ein Geschäft ist“, genügt allein nicht. Richtig ist: der Kapitalismus, und erst recht der Monopolkapitalismus als eine parasitäre und verfallende Gesellschaftsordnung, produziert alles, wenn es nur Profit bringt. Aber das erklärt noch nicht, warum plötzlich Sex ein Geschäft ist und zweihundert Jahre lang nicht. Der Hinweis, Sex sei zur Zeit eine Mode, erklärt die Ursache wiederum aus der Wirkung. Die Vermu-

lung, Sex hänge mit dem geänderten Lebensgefühl der jungen Generation und mit der Antibaby-Pille zusammen, verweist schon auf richtigere Zusammenhänge, genügt alleine aber auch nicht. Die Sexwelle ist nämlich nicht nur ein Geschäft, sondern auch Ausdruck monopolkapitalistischer Ideologie. In ihr stoßen dazu zwei unterschiedliche Haltungen aufeinander, eine fortschrittliche und eine reaktionäre, was meistens übersehen wird.

Typisch für die monopolkapitalistische Entwicklung ist der Autoritätsverlust der herkömmlichen bürgerlichen Moral. Der erste Weltkrieg war eine einschneidende Zäsur, der zweite Weltkrieg nicht minder. Heute vermögen immer weniger junge Menschen in den imperialistischen Zentren an die Moralkategorien zu glauben, wie sie von bürgerlichen Apologeten, Religionsgemeinschaften, der Schule und anderen bürgerlichen Institutionen gepredigt werden. Der Krieg in Vietnam, die Rassenunterdrückung in den USA, die Pervertierung des parlamentarischen Systems, das schrankenlose Schalten und Walten der großen Monopole und vieles andere mehr führten zu einer Rebellion gegen die bürgerliche Moral, die das alles heuchlerisch zu decken sucht. Die Verbindlichkeit der bürgerlichen Moral ist für viele Menschen der jungen Generation nicht mehr gegeben. Und dieser Protest mußte sich zwangsläufig auch gegen die Heuchelei der bürgerlichen Ehe und gegen die vom Bürgertum geprägten sexuellen Konventionen richten. Die durchsichtige Moral der bürgerlichen Ehe wurde gerade dort am ehesten erkannt, wo sie sich in einem gewissen Wohlstand relativ frei entfalten konnte. Die Boulevardpresse half dabei. So begannen große Teile der jungen Generation auch die bürgerliche Ehe und das vom Bürgertum vorgesehene Reglement der ehelichen und außerehelichen Beziehungen in Frage zu stellen. Man begann, dort, wo die bürgerliche Gesellschaft sich heuchlerisch verhielt, sich offen zu verhalten. Die sexuelle Freizügigkeit wurde der bürgerlichen Sexualheuchelei gegenübergestellt und praktiziert.

Das Dilemma dieser Rebellion war: sie erschöpfte sich in der Ablehnung bürgerlicher Moral und bürgerlicher Sexualauffassung. Der bürgerlichen Ehe wurde und konnte keine bessere Form gegenübergestellt werden, weil man in der Protesthaltung verblieb. Ohne eine Perspektive auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung war eine solche Form auch nicht zu finden, und es zeigte sich, daß die sozialistische Perspektive auch sinnvoll sein mußte, also sich nicht im Utopischen verlieren durfte, wenn man von ihr Impulse für das eigene Verhalten beziehen wollte. Da aber nur wenige Kräfte der jungen Generation eine solche Perspektive hatten, die überwältigende Mehrheit aber nicht, pervertierte die praktizierte sexuelle Freizügigkeit ihrerseits. Anstatt gegen die kapitalistischen

Monopole zu kämpfen, kämpft man gegen die sexuelle Repression und predigt diese, man könne sich durch sexuelle Freizügigkeit von sexuellen und anderen Zwängen der bürgerlichen Gesellschaft freimachen. So gab und gibt es ganze Gruppen in der APO, die den Kampf gegen die sexuelle Repression als vordringlich ansehen. Der allgemeine Protest gegen die bürgerliche Moral, die bürgerliche Ehe und d



ürgerliche Sexualheuchelei blieb nicht ver-
 orgen. Filmemacher, Werbekünstler, Jour-
 nalisten, teils in guten Absichten, teils be-
 reits nur das Geschäft sehend, nahmen sich
 der Sache an. Aus der sexuellen Freizügig-
 keit wurde Sex, dann die Sexwelle, ein-
 fach, weil man einen neuen Markt sah. Hin-
 zu kam: der Film sah die Möglichkeit, mit
 Sex gegen das Fernsehen konkurrieren zu
 können, das da zurückhaltender sein muß.

Und schon vor einigen Jahren hatte der
 Film „Das Schweigen“ von Ingmar Berg-
 mann seinen Massenerfolg – wegen zweier
 Sexszenen – nicht nur in den Städten, son-
 dern auch auf den Dörfern gehabt. Das
 signalisierte die ewige Möglichkeit des Ka-
 pitalismus, mit dem, was er verboten hatte,
 ein Geschäft zu machen, also einen Abneh-
 mer zu finden, der nicht mehr auf die jun-
 ge Generation begrenzt war. So kommer-

zialisiert, propagiert der Sex von heute in
 seinen unterschiedlichen Erscheinungsfor-
 men nicht mehr den Protest gegen die
 bürgerliche Ehe, sondern den schrankenlo-
 sen individualen Sexualgenuß, wobei den
 Konsumenten suggeriert wird, Sexualgenuß
 sei die einzige und höchste menschliche Be-
 friedigung überhaupt, wobei man geschickt
 gleichzeitig das Bedürfnis schafft, das man
 zu befriedigen gedenkt.

Wenn die Hüter der bürgerlichen Moral es
 plötzlich bei einigen harmlosen Protesten
 belieben, dann deshalb, weil das Monopol-
 kapital in der Sexwelle eine ungeheuer
 Ablenkungswelle sah. Wenn die Menschen
 den Sexualgenuß als höchstes und haupt-
 sächliches Ziel ansahen, wenn sie ihr
 Hauptinteresse auf die Befriedigung sexueller
 Bedürfnisse legten, lenkten sie gewaltige
 Energien, die sich gegen die bürgerliche Ge-
 sellschaft hätten entwickeln können, auf
 ein für ihren Bestand nicht gefährliches,
 sondern diesen Bestand sogar stabilisieren-
 des Ziel. Den Eignern des Monopolkapitals
 war die Propagierung sexueller Freizügig-
 keit, schrankenlosen Genusses und ein Le-
 ben ohne feste Beziehungen angenehmer
 als ein Kampf gegen Monopole, Ausbeu-
 tung oder gar für Sozialismus.

So gab das monopolkapitalistische Doppel-
 interesse Profit und Ablenkung den Aus-
 schlag. Der Protest, umfunktionierbar, so-
 lange er nur Protest blieb, wurde umfunktio-
 niert. Die Sexwelle lief an und gaukelt
 den Menschen bis heute vor, die individuel-
 le Emanzipation, zum Beispiel auf sexuel-
 lem Gebiet, könne die gesellschaftliche
 Emanzipation ersetzen. Zudem dachte man
 nicht daran, die bestehenden Moralkate-
 gorien entscheidend zu ändern. So ist die
 bürgerliche Heuchelei mit der Sexwelle
 nicht geringer, sondern noch größer gewor-
 den. Und man hat es sogar gerne, wenn
 sich reaktionäre Kräfte als Hüter von Moral
 und Ordnung aufspielen, oder die vom Sex
 Frustrierten – da ihm die Erotik fehlt – in
 ihrem reaktionären Gedankengut neu bin-
 den.

Die Angehörigen der jungen Generation,
 deren Proteste ihren Gegnern den Tip ge-
 geben haben, müssen erkennen, daß ihre Pro-
 teste gegen die bürgerliche Sexualmoral in-
 zwischen als systemstabilisierende Ablen-
 kung willkommen sind. Fortschrittlich ist
 nicht, wer für Sex ist, fortschrittlich ist,
 wer den monopolkapitalistischen Manipu-
 lationen aller Art, auch der Sex-Welle, den
 Kampf ansagt. Das heißt nicht zurück in
 alte oder neue Prüderie, sondern Kampf ge-
 gen falsche Haltungen und falsche Ideen.
 Der Kampf um eine neue, bessere, eine so-
 zialistische Gesellschaftsordnung kann
 nicht durch einen, dem Monopolkapital
 dienenden Kampf für sogenannte „sexuelle
 Freizügigkeit“ ersetzt werden. Neue, freie,
 offene und unheuchlerische Beziehungen
 sind eben nur in einer neuen, freien, offen-
 en und unheuchlerischen Gesellschaft
 möglich.



Im Interesse des arbeitenden Volkes: STÄRKT DIE DKP

Spendenaufruf

Die DKP ist eine Partei der Aktion. Überall, wo für die sozialen und politischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung, gegen Preis- und Mietwucher, für Friedenspolitik und Sicherheit gekämpft wird, steht die DKP in der ersten Reihe. Sie wirkt als mobilisierende und einigende Kraft im Kampf für den demokratischen Fortschritt, gegen das friedensfeindliche Rechtskartell. Sie läßt sich allein von den Interessen der Arbeiter und Angestellten, der werktätigen Bauern und der jungen Generation leiten. Je stärker die DKP, um so besser steht es um Frieden und Demokratie, um Mitbestimmung und Arbeiterrechte, um die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes.

Die großkapitalistische Presse, Rundfunk und Fernsehen versuchen totzuschweigen, was die DKP als Arbeiterpartei für heute und morgen fordert. Deshalb müssen wir selbst verstärkt dafür sorgen, daß sich vor allem die arbeitende Be-

völkerung über die Politik der DKP informieren kann. Das kostet Geld.

Die DKP ist die marxistische Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik. Ihr fließen keine Millionen von Großbanken und Konzernen zu. Bei der DKP kann das Großkapital nicht landen. Die DKP ist auf die Solidarität und Unterstützung der werktätigen Bevölkerung angewiesen. Wachsende Spenden beweisen, daß immer mehr Menschen bereit sind, die politisch richtige Sache auch finanziell zu unterstützen. Das war übrigens in der Vergangenheit auch immer so. Immer haben die Arbeiter und Angestellten auch finanzielle Opfer gebracht, um ihre marxistische Partei und die sozialistische Arbeiterpresse zu stärken.

Angesichts der wachsenden Aufgaben der DKP im Kampf für die Rechte des Volkes, gegen Miet- und Preiswucher, für die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau appellieren wir an unsere Mitglie-

der, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um die Finanzkraft der Partei zu stärken. Wir wenden uns, in Vorbereitung unseres nächsten Parteitages, der vom 25.-28. Nov. 1971 in Düsseldorf stattfindet, an alle Arbeiter und Angestellten, an alle Demokraten mit der Bitte, durch Spenden den Kampf der DKP zu unterstützen.

Wir bitten, die Spenden auf das Postscheckkonto: DKP-Parteivorstand, Postscheckamt Köln, Kta.-Nr. 80880 oder auf das Konto der DKP bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Düsseldorf, Nr. 10140418 zu überweisen. Wir sind auch gern bereit, Spenden persönlich abholen zu lassen!

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand



Kurt Bachmann



Herbert Mies

DKP kontra Großkapital

ARBEITER JUGEND KONTRA PROFITGEIER



Mit Beatbands und
Rockoper gegen
die Großwerft HDW

Gründonnerstag im Kieler Club „M“, Stadtfeldkamp 22, zwei Schüler und ein Student kommen in den Clubraum gehastet.

„Habt Ihr noch Karten für Sonnabend?“

„Tut uns leid!“

„Aber wir kommen extra aus Lübeck hierher.“

Die Clubmitglieder setzen eine Leidensmiene auf: „Wir haben doch nur noch Karten für die Abendkasse. Eiserne Reserve. Sonst ist der Saal überfüllt, ehe die letzten drin sind . . . Na schön, weil Ihr's seid. Aber bei den nächsten bin ich stahlhart.“

Ostersamstag, 15 Uhr im Kieler Schloß:

Letzte Vorbereitungen für das SDAJ-Festival „Arbeiterjugend contra Profitgeier“. Im Konzertsaal bauen die Bands ihre Instrumente und Verstärker auf.

Vor dem Schloß wird es unruhig. Jugendliche wollen schon in den Saal, sie hören die Proben der Bands.

In Kiel hat sich mittlerweile herumgesprochen: beim SDAJ-Festival wird nicht nur ein Starprogramm fortschrittlicher Künstler, sondern auch ein handfestes Tribunal gegen die Howaldtswerke – Deutsche Werft AG geboten.

Wie kräftig in einer HDW-Anklageschrift den „Profitgeiern“ dieses Konzerns die Federn gerupft wurden, sollten die eingeschleusten Werkschützer von HDW während des Festivals noch erfahren.

17 Uhr: Die ersten Busse treffen vor dem Schloß ein. Auch einige Gewerkschaftsjugendgruppen hatten Busse zum Festival organisiert.

Das große Gedränge vor dem Eingang des Schlosses beginnt. Pressefotografen zücken die Kameras.

Eine halbe Stunde später werden die Türen geöffnet. Eine riesige Losung „Arbeiterjugend contra Profitgeier“ hängt unübersehbar im Foyer des Schlosses. Darunter ein 15 m langer Informationsstand, an dem die SDAJ über ihre Ziele informiert, Plakate, Abzeichen und Broschüren verkauft.

Das Schloß ist mit 2500 Besuchern ausverkauft, doch die SDAJ-ler lassen sich etwas einfallen. Es wird ein kleiner Saal mit ca. 500 Sitzplätzen angemietet, in dem das Geschehen per Lautsprecher verfolgt werden kann. Die erste Band beginnt zu spielen, doch der Andrang reißt nicht ab.

Werner Braun, Landesvorsitzender der SDAJ in Schleswig-Holstein, eröffnet unter lebhaftem Beifall das Festival. Der Konzertsaal gleicht einem Heerlager, als die Kölner Pop-Gruppe „Floh de Cologne“ die Bühne besteigt. Mit ihrer Rockoper „Profitgeier“ reißen sie hier alle mit: Lehrlinge, Jungarbeiter, Schüler und Studenten. Jedesmal, wenn sie in ihrer Oper konkrete Mißstände in der Berufsausbildung anprangern und dazu aufrufen, das Übel der kapitalistischen Ausbeu-



tungsordnung an der Wurzel zu packen, werden sie von langanhaltendem Applaus unterbrochen.

Die Losung im Saal „Gemeinsam sind wir stärker! Werde Mitglied der SDAJ!“, wird am Ende der Rockoper von den „Flöhen“ eindrucksvoll unterstrichen. Sie rufen auf, Mitglied der Gewerkschaften und der SDAJ zu werden. „Zugabe, Zugabe“ dröhnt es aus dem Saal. Die „Flöhe“ antworten: „Die beste Zugabe ist das nun folgende Tribunal der SDAJ gegen die Howaldtswerke – Deutsche Werft in Kiel.“

Schnell wandelt sich die Szenerie auf der Bühne. Als erster Zeuge des Tribunals tritt der HDW-Jugendvertreter Jan Roschmann auf, der zur Zeit seine 18 Monate beim Bund abreißt.

Er nimmt Stellung zur Rüstungsproduktion bei HDW und erläutert die Notwendigkeit, den Kampf im Betrieb und beim Militär gegen Kapitalismus und Militarismus zu führen. Roschmann fordert: „Jugendvertreter müssen von der Wehrpflicht freigestellt werden!“

Durch weitere Zeugenaussagen von Lehrlingen und Arbeitern der HDW wird die Anklage erhärtet. Einer der Zeugen ist Dietmar Koselitz, Vorsitzender der HDW-Jugendvertretung. Am Ende seiner Zeugenaussage über die „beschissene Situation“ der Jugendvertreter ruft er den Zweieinhalbtausend zu: „Heute rupfen wir die ‚Profitgeier‘ in Kiel und am 22./23. Mai 1971 im Ruhrgebiet auf dem Kongreß ‚Arbeiterjugend kontra Monopole‘.“

Helmut Schlüter, Sprecher der HDW-Streikleitung bei den Tarifikämpfen 1969 und jetzt Spitzenkandidat der DKP im Landtagswahlkampf, tritt ebenfalls als Zeuge auf. Er hat einen guten Namen, ist als Arbeiter und Kommunist weit über die Grenzen Kiels hinaus bekannt geworden. Helmut Schlüter

lenkt den Blick darauf, daß Lehrlinge genau wie ältere Kollegen den gleichen „Profitgeiern“ ausgesetzt sind. Und daß sie diesen deshalb gemeinsam die Flügel stutzen müssen.

Weitere Zeugenaussagen werden in Liedform vorgetragen: von Franz Josef Degenhardt, Perry Friedman, Lerryn und Dada-zuzu.

Werner Braun fordert die Anwesenden auf, selbst über Schuld oder Unschuld der HDW zu entscheiden. Jeder hat einen Stimmzettel bekommen, und nun wird die Pause genutzt, um diesen demokratischen Akt zu vollziehen. Das Ergebnis ist beeindruckend. 86,4 % erklären die HDW im Rahmen dieses Tribu-

nals für schuldig (siehe auch die Dokumentation auf diesen Seiten).

Das Festival ist viel später beendet, als vorher geplant. Und trotzdem trifft man sich anschließend noch im Club „M“ (M wie Marx): Junge Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, SDAJler und Lehrlinge diskutieren, wie man einig und geschlossen weiterkämpfen kann. Sie wollen trotz der Antikommunismusbeschlüsse der SPD-Führung gemeinsam gegen die „Profitgeier“ vorgehen. Nicht nur in Kiel, auch in Flensburg, Lübeck oder Neumünster. Nicht nur in Schleswig-Holstein, überall in der Bundesrepublik ...

Hans-Walter v. Oppenke

Anklage gegen HDW

Auszüge aus der Dokumentation

Bei HDW arbeiten und lernen — das heißt

- um jeden Pfennig Lohn hart kämpfen müssen — bis zum Streik!
- trotzdem immer noch erheblich weniger verdienen als der Durchschnitt der Arbeiter in der Bundesrepublik
- durch ein raffiniertes Entlohnungssystem (Akkord- und Antreibersystem) unter schärfter Ausbeutung und unmenschlichen Arbeitsbedingungen leiden
- täglich mit der Angst vor Entlassung leben müssen
- tagtäglicher Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung!

SCHIFFBAU — EINE SACHE MIT ZUKUNFT FÜR DIE PROFITGEIER

Seit Jahren sind die Zeitungen in der Bundesrepublik voll von dem Gejammer über die arme und notleidende Werftindustrie. HDW spielt die erste Geige in dem melodischen Konzert. Die Werftbosse basieren sich jahrein jahraus verschleierte Bilanz zusammen, mit denen sie ihre angeblichen Verlustgeschäfte beweisen und die Riesengewinne profitieren.



Bild links: Jan Roschmann, zur Zeit bei der Bundeswehr und vorher Jugendvertreter bei HDW, fordert: „Jugendvertreter müssen von der Wehrpflicht freigestellt werden.“

Bild oben: 2500 Jugendliche saßen über die Großwerft HDW zu Gericht.

Bild unten: Reges Interesse fand ein Verkaufsstand, an dem Poster und progressive Literatur angeboten wurden.



Sie strecken die Hand aus nach finanziellen Hilfeleistungen durch die Bundesregierung, und der warme Subventionsregen fließt kräftig in die Taschen der Verftbosse. Diese Verschleuderung von Steuergeldern nennt sich vornehm „Wert- hilfeprogramm“.

Und noch etwas soll mit dem Gezeter von den Verlustgeschäften erreicht werden:

- ▶ die Wertwerker, die im Verhältnis zu anderen Metallarbeitern ein niedrigeres Lohnniveau haben, sollen dadurch von ihren nur allzu berechtigten Lohnforderungen abgehalten werden
- ▶ die Unzufriedenheit gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und der wachsende Widerstand gegen die Rüstungsproduktion soll abgeblockt werden.

Über die Geschichte von der notleidenden Verftindustrie ist eine dicke Lüge!

Die Wirklichkeit sieht nämlich so aus:

- ▶ der Überseehandel ist nach dem 2. Weltkrieg enorm angestiegen
- ▶ neue Schiffstypen und immer größere Ozeanriesen wurden gebaut
- ▶ die Zahl der abgewrackten Schiffe und der Schiffsverluste hat stark zugenommen

- durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt veraltern die Schiffe heute schneller als zuvor.

Das alles zeigt: Schiffe werden gebraucht — mehr als je zuvor!

Fest steht: die Auftragsbücher von HDW sind prall gefüllt. Der Auftragsbestand reicht bis Ende 1974.

Schiffbau lohnt — allerdings nur für die Aktionäre und Bosse. Denn im Jahr 1969 warf die Deutsche Werft AG, die zu 50 Prozent an HDW beteiligt ist, ihren Aktionären eine Dividende von 6 Prozent und eine Sonderausschüttung von weiteren 6 Prozent in den Rachen, während die Arbeiterschaft von HDW im gleichen Jahr für Loherhöhungen 11 Tage streiken mußte.

Gleichzeitig stieg bei abnehmender Zahl der Beschäftigten der Pro-Kopf-Umsatz. Das ist der klare Beweis für den verschärften Ausbeutungsgrad der HDW-Werker.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes aber füllen sich von den Gewinnen ihre Taschen!

Als im März 1971 der Vorstandsvorsitzende von HDW, Konsul Adolph Westphal starb, entstand durch eine allen Arbeitern und An-

gestellten aufgezwungene Trauerfeier von 1 Stunde ein Produktionsausfall von ca. 125 000,— DM.

Wenn aber bei HDW ein Arbeiter stirbt, erhält seine Frau nach § 3 der „Betriebsvereinbarung über einmalige soziale (!) Leistungen“ ein Sterbegeld von 500,— DM und nach § 4 einen Kranz gestellt, „auf dessen Schleife Vorstand, Betriebsräte und Belegschaft erwähnt werden“.

Der „selige“ A. Westphal dokumentierte nicht nur durch seine teure Beerdigungsschau, wer in Kiel und bei HDW den Ton angibt, sondern auch durch das Nummernschild seines Mercedes: von der Stadt Kiel ließ er sich das amtliche Kennzeichen KI — EL 1 geben! Das spricht Bände!

Durch ihr Einsteigen in das Rüstungsgeschäft vergolden sich die Profitgeier von HDW endgültig. Der Rüstungshaushalt der Bundesregierung stieg und steigt ständig an, immer neuere, modernere, und damit

Fortsetzung Seite 30



Für eine Gesellschaft ohne Ausbeuter

9. IG-Metall-Bundesjugendkonferenz beschließt kämpferischen Kurs



In Saarbrücken haben die 145 Vertreter von 300 000 jungen organisierten Metallarbeitern beraten. Sie konnten auf der 9. Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Metall eine stolze Bilanz ziehen: Neuwerbung von 20 000 jungen Mitgliedern seit 1968, Ausweitung der Aktivitäten der IG-Metall-Jugend und beachtliche Erfolge in den Tarifaueinendensetzungen. Die Zahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, die jünger sind als 21 Jahre, hat sich auf 3238 nahezu verdoppelt. Jugendsekretär Horst Klaus hob die Bedeutung der Unruhe und des kritischen Engagements vieler Jugendlicher hervor und stellte fest: „Die Verlagerung des Schwerpunktes gewerkschaftlicher Jugendarbeit von der jugendpflegerischen Freizeitbetätigung zur Interessenvertretung der jungen Lohnabhängigen ist die hervorstechendste Entwicklungstendenz.“

Aber es bleibt noch viel zu tun: Von 215 000 Metallhandwerks-Lehrlingen sind nur 9800 in der IG Metall organisiert. Deshalb wird der Jugendmonat im Oktober 1971 besonders das Handwerk aufs Korn nehmen. Die jungen Metaller verstehen ihren Kampf als antikapitalistisch.

Die Gesellschaft muß grundlegend geändert werden, wurde in den lebhaften Diskussionen und in den über 150 Beschlüssen festgestellt. In Saarbrücken stellte sich eine kämpferische Gewerkschaftsjugend mit einem antifaschistischen, demokratischen, sozialen und antimilitaristischen Konzept vor. Diese jungen Metaller werden durch neue wirksame Aktionen von sich reden machen. Sie lassen sich nicht an die antikommunistische Kandarre nehmen, wie die Resolution gegen die berüchtigten SPD-Partei-Beschlüsse sowie jene Resolution beweisen, in der es heißt: „Künftig soll anstatt Parteipolitik in den Gewerkschaften stärker Gewerkschaftspolitik in den Parteien betrieben werden.“

Und das will die IG-Metall-Jugend:

- Streikrecht und Unterstützung für Lehrlinge.
- Der DGB-Bundesvorstand soll einen **zentralen Kongreß für Auszubildende** veranstalten.
- Großveranstaltungen in den Bezirken und zentrale Demonstrationen mit anschließender Kundgebung zur Durchsetzung des DGB-Entwurfs für eine **Novellierung des Betriebsverfas-**

sungsgesetzes, gegen den gewerkschaftsfeindlichen Regierungsentwurf.

– Weitere verstärkte **Anhebung der Vergütungen für Lehrlinge**, mehr Urlaub und Urlaubsgeld für sie, ferner: Erstattung der Fahrtkosten für Lehrlinge, 13. Monats-einkommen.

– Mehr **Rechte für Betriebsjugendvertreter** (Vergrößerung ihrer Zahl, Freistellung in Großbetrieben, Kündigungsschutz bzw. Übernahme vom Ausbildungs- ins Arbeitsverhältnis, Zurückstellung der Jugendvertreter vom Wehr- und Ersatzdienst, mehr Handlungsspielraum im Interesse der jugendlichen Arbeitnehmer)

– **Reform des Bildungs- und Berufsbildungswesens**, Aufhebung der Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung; Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Berufsausbildung, Finanzierung der Berufsbildung durch die Unternehmer.

– **Kürzung der Wehrdienstzeit**, Verbesserung der Situation der Ersatzdienstleistenden, Rücktritt des Regierungsbeauftragten für zivilen Ersatzdienst, Hans Iven.

– **Fragebogenaktionen** der Gewerkschaftsjugend zur Berufsausbildung und zum Jugendarbeitsschutz, Veröffentlichung einer Liste „ausbildungsschlechter Betriebe“, Presseveröffentlichungen über Konflikte der Lehrlinge, „gezielte Lehrlingsstreiks in Solidarität mit den erwachsenen Kollegen“.

– **Verstärkte Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend in der Öffentlichkeit** („machtvolle Demonstrationen der Arbeitnehmer, die die Verbesserung der Lage oder die Abwehr reaktionärer Tendenzen und Gesetze zum Ziel haben“, sind „unverzichtbar“).

– Internationale Kontakte der IG Metall-Jugend zu den Gewerkschaften der DDR.

Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, hatte in seinem Grundsatzreferat hervorgehoben, mehr denn je sei es gewerkschaftliche Aufgabe, „über die Tagesprobleme hinaus Gesellschaftspolitik zu betreiben“. Die Delegierten machten ausgiebig davon Gebrauch, allerdings ohne sich durch Mahnungen Loderers, nicht „alles auf einmal durchsetzen zu wollen“ und durch antisowjetische Schlenker des zweiten Vorsitzenden beirren zu lassen.

So forderten sie:

– die **Vergesellschaftung von Großbetrieben** mit marktbeherrschender Stellung („entsprechend dem DGB-Grundsatzprogramm“).

– Kampfaktionen zur Durchsetzung der DGB- **Mitbestimmungs-forderungen**.

– Austritt der IG Metall aus der **Konzertierten Aktion von Wirtschaftsminister Schiller** (S. 19).

– Völkerrechtliche **Anerkennung der DDR** als Beitrag zum Frieden in Europa.

– **Verbot der NPD** und der neofaschistischen „Aktion Widerstand“, Ausschluss der **DJO** aus den Jugendringen.

– „Schrittweise **Verringerung des Rüstungspotentials** mit dem Ziel der endgültigen Abrüstung“. Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Erzeugnisse.

– **Sofortige Auflösung der US-Sender** in München, Radio Freies Europa und Radio Liberty, die von der CIA finanziert werden.

– **Solidarität mit den „Soldaten '70“**, die sich für die demokratischen Rechte der Soldaten einsetzen; freie Diskussion der Studie Soldat 70 und Straffreiheit für ihre Autoren; Erhaltung des ungeschmälernten Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung vor und nach Antritt des Dienstes; Mitbestimmung der Soldaten in allen der Wehrdienst betreffenden Angelegenheiten.

– **Aufhebung des KPD-Verbots**, da dieses Verbot „ein Schlag gegen die Interessen aller Demokraten und Sozialisten“ sei. Verurteilt wurden jene **Münchener Beschlüsse des SPD-Parteilates**, die eine antikommunistische Welle in die Arbeiterbewegung hineintrafen und die als Gefährdung der Einheitsgewerkschaft angesehen werden.

Die Delegierten verurteilten einheitlich die **Aggression der USA in Indochina** und die Unterstützung die Washington dabei aus Bonn erhält. Die Mitglieder der IG Metall wurden aufgefordert, die „Initiative Internationale Vietnam Solidarität“ zu unterstützen. 1200 DM wurden noch während der Konferenz gesammelt und die Hilfsaktion Vietnam überwiesen. Die Delegierten forderten schließlich nachdrücklich die sofortige Freilassung der amerikanischen Bürgerrechtskämpferin **Angela Davis**.

(Auszüge aus den Beschlüssen siehe „Jugendpolitische Blätter“ S. 19–22) Ulrich Sander

bereitung des Kongresses gestartet.

● In Kassel sammelten Lehrlinge auf einer überdimensionalen Postkarte Unterschriften für ein besseres Berufsbildungsgesetz, das den Interessen der arbeitenden Jugend gerecht wird. Die Riesenpostkarte soll in Bonn dem verantwortlichen Bundesminister für Arbeit, Walter Arendt, übergeben werden.

● In Wuppertal wurde der Farbenfabrik Dr. Herberts das goldene Vorhängeschloß des Jugendmagazins elan übergeben. Als Auszeichnung für die Verhinderung der Mitbestimmungsrechte im Betrieb und eine Berufsausbildung, die besser die Bezeichnung Ausbeutung verdienen würde.

● In Kiel forderte der Vorsitzende der Betriebsjugendvertretung der Howaldtswerke – Deutsche Werft, Dietmar Koselitz, die 2500 Teilnehmer der SDAJ-Großveranstaltung „Arbeiterjugend kontra Profitgeiß“ auf, am Kongreß teilzunehmen.

● In Hattingen beschlossen 28 Teilnehmer eines Arbeitsrechtslehrganges des DGB einen Brief

zur Unterstützung des Kongresses. In dem Brief heißt es: „Unsere Bemühungen für ein neues Berufsbildungsgesetz müssen gleichzeitig mit dem Kampf gegen den vorliegenden Regierungsentwurf des Betriebsverfassungsgesetzes geführt werden, um den DGB-Entwurf durchzusetzen. Nur die Gemeinsamkeit der Arbeiterjugend mit allen Lohnabhängigen kann auf die Dauer wirksame Verbesserungen herbeiführen.“

● In verschiedenen Städten haben sich Initiatorenkreise gebildet, z. B. in Augsburg, Nürnberg, Kiel, Solingen, Dortmund, Mannheim und Offenbach.

Zur Finanzierung des Kongresses haben die Initiatoren ein Spendenkonto eingerichtet: Post-scheckkonto Dortmund 16 24 98 (Helga Scheerer, Sonderkonto). Eben erreicht uns die letzte Meldung: Einstimmig unterstützt der Kreisjugendausschuß des DGB Mannheim den Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“. Weiterhin unterstützt die Kreisjugenddelegiertenkonferenz des DGB Kassel den Aufruf zu diesem Kongreß.

„Mit der DKP contra Großkapital“

1. Jugendkonferenz der DKP in Hannover

Das große Rennen um die Gunst der Jugend hat eingesetzt. Kaum ein Politiker wagt es mehr, nicht „jugendfreundlich“ zu sein (wenigstens in Worten).

Am 8. Mai wird in Hannover die erste Jugendkonferenz der Deutschen Kommunistischen Partei stattfinden. Will die DKP nur in das Konzert derer einstimmen, die den Jugendlichen Honig ums Maul schmieren wollen, damit sie nicht hinter den Schleier der ach so „jugendfreundlichen“ Phrasen schauen. Oder will die DKP mehr; unterscheidet sie sich von allen anderen?

Wir fragten Kurt Fritsch, den Bezirksvorsitzenden der DKP in Niedersachsen. Er antwortete: „Wir erleben zur Zeit, wie die Auseinandersetzung um die Gewinnung der Jugend immer neue Formen annimmt. Das Monopolkapital, seine Hauptparteien, die CDU/CSU, und auch die SPD/FDP-Regierung versuchen, mit Versprechungen und gespielter „Reformfreundlichkeit“, mit raffinierter Manipulation, mit gesteigertem Nationalismus, besonders im Hinblick auf die Olympischen Spiele, die Jugend, vor allem die Arbeiterjugend vom Kampf ihrer wahren

Interessen abzuhalten und in das herrschende System einzugliedern. In dieser Auseinandersetzung trägt unsere Partei eine große Verantwortung; denn sie ist die einzige Partei in der Bundesrepublik, die der jungen Generation Weg und Ziel ihres Kampfes weisen und sie gegen Ausbeutung und Unterdrückung – gegen Militarismus und Bevormundungspolitik, einigen Kampf und einigen muß.“

Kurt Fritsch betont auch, daß die Konferenz nicht zufällig am 8. Mai stattfindet:

„An diesem Tag jährt sich zum 26. Mal der Tag der Niederschlagung des Hitler-Faschismus. Darum werden wir von unserer Jugendkonferenz besonders die junge Generation auffordern, mit uns gemeinsam verstärkt, den Kampf gegen das Rüstungskapital, gegen Militarismus und Neonazismus zu führen, also gegen jene Kräfte, die in diesem Jahrhundert zweimal die Jugend auf den Schlachtfeldern ihrer imperialistischen Eroberungspolitik in den Tod jagten.“

Was hat sich die DKP für ihrer Jugendkongreß vorgenommen? Das wollten wir von Manfred Kap

Goldenes Vorhängeschloß für HDW

elan-Auszeichnung für die Kieler Großwerft

Im Zusammenhang mit dem HDW Tribunal (siehe Seite 11) haben wir einen weiteren würdigen Träger des goldenen Vorhängeschlosses gefunden. Die Urkunde dazu lautet:

„Wegen besonderer Verdienste bei der Verweigerung einer modernen Berufsausbildung und laufender Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verleiht heute das Jugendmagazin elan das eigens für diesen Zweck gestiftete GOLDENE VORHÄNGESCHLOSS an den Vorstand der Howaldtswerke – Deutsche Werft (HDW), Kiel.

Dieses Werk hat sich auf dem Gebiet der Lehrlingsausbeutung besonders hervorgetan und ist damit weit über die Grenzen Kiels hinaus bekannt geworden.

– Für veraltete Berufsausbildung zeigt sich die Werksleitung aufgeschlossen: Im ersten Lehrjahr arbeiten Lehrlinge an Drehbänken, die schon 30 Jahre alt sind.

– Bestimmungen des Berufsbil-

dungsgesetzes werden ausgeschlossen: Berufsfremde Arbeiten, mangelnde Qualifikation der Ausbilder, Verhinderung des Schreibens der Berichtshefte während der Arbeitszeit, Nichtbereitstellen der notwendigen Arbeitsmittel seitens der Betriebsleitung, unangemessenes Verhältnis zwischen Lehrlingen und Ausbildern gehören zum Ausbildungsalltag bei HDW.

– Die durch den Einsatz der Lehrlinge in der Produktion zusätzlich gewonnenen Profite werden weggelassen: Unter Bruch des Jugendarbeitsschutzgesetzes werden Lehrlinge in Kolonnen mit vorgeschriebenem Arbeitstempo beschäftigt.

– Streikbrecherarbeiten sind in die „Ausbildung“ eingeschlossen: Während des Streiks im Herbst 1969 wurden die Lehrlinge als Streikbrecher eingesetzt.

Der Vorstand der HDW ist somit ein würdiger Träger und Nutzer des Goldenen Vorhängeschlosses.“



uck, Mitglied des Präsidiums der
DKP, wissen: „In Vorbereitung
des Düsseldorf-Parteitages im
November wird sich die DKP in
 Hannover mit den aktiven jungen
 Genossen beraten. Neben dem
 Ringen um die Probleme der Ju-
 gend und die Wege zu ihrer Lö-
 sung wollen wir mit unserer Kon-
 erenz das praktische Beispiel ge-
 en, daß es sich lohnt, Mitglied
 der DKP zu werden.

Bei uns kann die kritische Jugend
 offen und demokratisch diskutie-
 ren. Nicht nur das. Was unsere
 jungen Genossen auf dieser Kon-
 erenz erarbeiten, wird eine große
 Rolle auf unserem Parteitag im
 Herbst spielen. Wer in der letzten
 Zeit nur ein wenig in andere Par-
 teien hineingeschaut hat, kann
 nur sagen, das gibt es sonst nir-
 gendwo.

Nur jetzt vielleicht glaubt, wir
 seien zu blassen Konferenztheo-
 retikern geworden, hat sich geirrt.
 Wir werden diese Jugendkonfe-
 renz mit einer großen Demonstra-
 tion und Kundgebung beschlie-
 ßen, wo wir mit der arbeitenden
 und lernenden Jugend ihre For-
 derungen unmißverständlich in
 der Öffentlichkeit erheben wer-
 den. Gerade am 8. Mai, dem Tage
 der Befreiung vom Hitler-Faschis-
 mus, und zu einem Zeitpunkt, wo
 die Bosse und Generale mit ihren
 Strauß & Co. gegen Fortschritt
 und Frieden mobilisieren. Stellen
 wir unsere Losung dagegen:
 Mit der DKP, in der DKP kämp-
 en: kontra Großkapital, für Frie-
 den, Demokratie und Sozialis-
 mus!“



Lehrlings- Pressespiegel

Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen



Der „Siemenslehrling“ verboten

Die Rechtsabteilung des Hauses
Siemens hat der SDAJ, als Heraus-
 geber des „Siemenslehrlings“
 verboten, weiterhin im Titel der
 Zeitung den Namen „Siemens“
 zu verwenden, sowie das ge-
 schützte Zeichen des Siemens-
 konzerns in dieser Zeitung zu ge-
 brauchen.

Mit Hinweis auf höchste Justiz-
 organe wurde darauf verwiesen,
 daß Name und Zeichen geschützt
 seien und es dadurch uns verbo-
 ten werden kann, diese zu ver-
 wenden.

Es gab für uns nur drei Möglich-
 keiten:

1. Es auf einen Prozeß ankom-
 men zu lassen (den wir ver-
 mutlich verloren hätten).
2. Dem Siemenskonzern zu em-
 pfehlen sich einen anderen Na-
 men und ein anderes Zeichen
 zu suchen, damit keine uner-
 wünschten Verwechslungen
 zustande kommen (was eben-
 falls nur wenig Aussicht auf
 Erfolg gehabt hätte).

Oder drittens festzustellen: Uns
 kommt es nicht auf einen Namen
 im Titel der Zeitung an, sondern
 auf den Inhalt. Aber den lassen
 wir uns in keiner Frage von den
 Herren bei Siemens vorschreiben.
 Dafür haben wir uns entschieden.
 Aber was veranlaßt wohl den Si-
 emenskonzern, so auf diese Zeit-
 ung zu reagieren? Kommt es
 hier wirklich auf die rechtliche
 Frage an, wie Herr Klemens, von
 der Rechtsabteilung schreibt?
 Oder ist es nicht vielmehr so, daß
 man dieser Zeitung Schwierig-
 keiten zu machen versucht, weil in
 ihr die Lehrlinge die Möglichkeit
 haben, zu schreiben, was ihnen
 an der Ausbildung bei Siemens
 nicht gefällt und hier der Herr im
 Hause Standpunkt bei Siemens
 angegriffen wird.

Wir meinen, das Vorgehen der
 Herren bei Siemens zeigt eines
 ganz deutlich: Ihnen paßt diese
 Zeitung nicht, sie tut ihnen weh.
 Wir meinen: Das ist gut so!

Wir werden weiterhin das schrei-
 ben, was die Herren bei Siemens
 stört, denn das sind unsere In-
 teressen, die Interessen der
 Lehrlinge und jungen Siemens-
 arbeiter.

Aus: „Der Siemenslehrling“,
 München



BBG nicht für Bayer

Für die Firma Bayer treffen die
 Bestimmungen des BBG anschein-
 end nicht zu! Offenbar hält man
 es nicht für nötig, qualifizierte
 Ausbilder einzustellen, oder eigen-
 en Nachwuchs fachlich und päd-
 agogisch schulen zu lassen. Im
 Lehlaboratorium wurde den Bio-
 logielaboranten ein Mädchen vor-
 gesetzt, das selbst gerade die
 Lehrabschlußprüfung bestanden
 hat. Ihr wurde nicht die Möglich-
 keit gegeben, sich für ihre Tätig-
 keit weiterzubilden. Daß sie nicht
 in der Lage ist, Auszubildende
 auszubilden, zeigt sich daran, daß
 sie streng nach Lehrbuch den Un-
 terricht führt. Sie liest nur vor
 und kann keine weitergehenden Fra-
 gen beantworten und Probleme
 behandeln. Sie verweist lediglich
 auf den Ausbilder, der jedoch
 durch seinen Werksunterricht etc.
 zeitlich nicht dazu in der Lage ist,
 im Lehrbetrieb Aufsicht zu führen.
 Wegen ihrer fehlenden pädagogi-
 schen Kenntnisse kann die Aus-
 bildlerin persönliche Dinge nicht
 von den fachlichen trennen. So
 werden beispielsweise die Arbei-
 ten nach Sympathie und Anti-
 pathie, aber nicht nach Leistun-
 gen beurteilt.

Nur fachlich und pädagogisch
 qualifizierte Ausbilder können für
 eine angemessene Ausbildung
 garantieren.

Deshalb fordern wir: Genügend
 geeignete Fachkräfte für die Aus-
 bildung der Lehrlinge bei Bayer,
 damit die LEHRZEIT keine LEER-
 ZEIT bleibt!

Die notwendigen Mittel müßte der
 Großkonzern doch wohl für die so
 wichtige Aufgabe der Berufsaus-
 bildung bereitstellen können!

Aus: „Die Giftschleuder“,
 Bayer, Wuppertal, Nr. 1/71



Neueste Meldung:

Dortmund, 28. 4. 1971.
 Wie wir aus normalerweise
 gut unterrichteten Kreisen
 erfahren haben, ist die
 1. Ausgabe des elan-
 expreß gut eingeschlagen.
 Aus diesem Grunde sahen
 sich die Redakteure des
 Jugendmagazins elan
 (elan erscheint monatlich
 und kann man zum Jahres-
 preis von DM 13,— be-
 ziehen), veranlaßt, eine
 neue Ausgabe des elan-
 expreß herauszugeben.
 Diese ist bereits ausge-
 druckt und kann zum Preis
 von DM —,10 (in Brief-
 marken) bestellt werden
 bei der Redaktion elan,
 46 Dortmund,
 Brüderweg 16.

Keine Zeit verlieren!

elan-expreß Nr. 2 solltest
 Du lesen!



**INTERNATIONALE
BUCHKUNST-
AUSSTELLUNG
LEIPZIG 1971
29. MAI - 4. JULI**

iba
iba
iba
iba

**Länderausstellungen
Sonderausstellungen**

Werke von und über W. I. Lenin

Wettbewerb für Buchgestalter

Wettbewerb für Illustratoren

Das schöne Kinderbuch

Fotobildband

Musikalien

Grafikausstellung „figura – Bilder zur Literatur“

Albrecht Dürer

Moderne Exlibris

Neue Satzschriften

**Symposium
zu Fragen des Buch-
und Schriftwesens
15.-17. Juni 1971**

Auskünfte erteilt das Sekretariat der iba 1971,

DDR-701 Leipzig, Postfach 929

jugendpolitische blätter

Mitbestimmung oder formales Feigenblatt?

Anmerkungen zur Gründung kommunaler „Jugendräte“
Von Helmut Grau

In der Presse war es zu lesen: In Petterweil (Krs. Friedberg) hat sich der erste Jugendrat der Bundesrepublik konstituiert, der, so dessen Initiatoren, im kommunalpolitischen Bereich in einschlägigen Fragen mitreden soll.

Weitere Jugendräte sollen folgen, so in größerem Rahmen erstmals in Nürnberg, wo auf Initiative eines leidlich progressiven SPD-Mannes, des Schul- und Kulturreferenten Dr. H. Glaser, demnächst, bislang von der kommunalen Verwaltungsbürokratie erfolgreich verzögert, ein solches Gremium entstehen soll.

Allé Nürnberger Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren sollen aufgefordert werden, Delegierte in den Jugendrat der Stadt zu wählen, für dessen Einrichtung und Unterhaltung man im Jahr immerhin 13 000 DM aufzuwenden gedenkt.

So weit, so gut.

Leider aber zeigt sich bei genauerer Durchleuchtung der konkreten Aufgabenstellung eines derartigen Gremiums, daß hier, beschrieben in unbestimmten Leerformeln und gestützt auf übervorsichtige Gumpiparagraphen, eine Institution geschaffen werden soll, bei der man den Verdacht nicht los wird, sie könne sich bestenfalls zu einer Art demokratischer Spielwiese für künftige brave ‚Staatsbürger‘ mausern, in deren Rahmen die Gewählten nur unverbindlich ihren Senf zu ohnehin bereits ausgehandelten Problemlösungen kommunaler Jugendpolitik dazugeben darf.

So soll der Jugendrat „die gesamtpolitischen Interessen und Bedürfnisse der Nürnberger Jugend“ erfassen, „und gegenüber dem Stadtrat und der Stadtverwaltung vertreten...“ Welches aber dann wirklich die „gesamtpolitischen Interessen und Bedürfnisse“ der Jugendlichen sind, bleibt, da nicht genauer bestimmt, der Aus-

legung der Gemeindeorgane in beliebiger Weise überlassen. Die „Jugend“ selbst, soviel steht fest, wird dies bei etwa abweichenden Auffassungen wohl kaum zu bestimmen haben.

Selbst wenn man sich dem gerne gebrauchten Argument beugen mag, daß aus gemeinderechtlichen Gründen eine direkte Zusammenarbeit eines solchen Jugendrates mit der Exekutive des Stadtrates nicht möglich ist, so kann man doch nicht übersehen, daß gerade dann dem Verhältnis zwischen Jugendrat und kommunaler Verwaltung um so mehr Gewicht zukommt. Und hier ist nicht einzusehen, weshalb dann eben dieses maßgebliche Verhältnis in völlig unbestimmten Kann- und Sollbestimmungen geregelt wird.

Der zukünftige Jugendrat „kann... bitten“, die Verwaltung „kann“ oder „soll“ reagieren – sie kann es aber auch bleiben lassen, wenn Jugendratsinitiativen, durchaus denkbar, ihren (bürokratischen) Interessen widersprechen.

Es muß erwähnt werden, daß im Falle Nürnberg der ursprüngliche Entwurf des

Schul- und Kulturreferenten in dieser Hinsicht eine weitgehendere Verbindlichkeit vorsah. Dem freilich mochte eine Majorität konservativer oder ängstlicher Kommunalpolitiker aller Fraktionen des Stadtrates nicht zustimmen. Das Projekt wurde kurzerhand auf ein ‚ungefährliches‘ (weil völlig unverbindliches) Maß zurechtgestutzt.

Echte Mitbestimmung der Jugend in kommunalpolitischen Fragen, und sei es nur in einem engumgrenzten Bereich, wird so nicht gewährleistet.

Die Jugendräte, deren Beispiel mit großer Sicherheit bald überall im Lande Schule machen wird, sind heute in ihrer Anlage von vornherein gezähmt und auf reine – optisch und nur-verbal wirksame – Kanalisierungsinstrumente der berechtigten Mitbestimmungsforderungen der Jugend a u c h im kommunalpolitischen Raum angelegt.

Es wird darauf ankommen, was die Betroffenen, die Jugendlichen selbst, aus diesem Konzept zu machen verstehen!

Übrigens: Lt. Beschluß des Nürnberger Stadtrates v. 30.9.70 sollte der Nürnberger Jugendrat schon im Dez. 1970 gewählt werden. Der nun bislang endgültige Wahltermin ist der 28.4.71.

Stimmberechtigt werden 32 000 Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren sein.

Die Verzögerung des Wahltermins wurde mit „Organisationsschwierigkeiten“ begründet (Wahlleiter Peter GRABBE vom ‚Nürnberger Jugendzentrum‘).

300 000 Studenten im VDS

Die 23. Ordentliche Mitgliederversammlung des VDS vom 18. – 21. März in Bonn / Von Michael Maercks

Begeistert begrüßt wurden der Kulturattaché der Botschaft von Chile, der Vertreter des Komsomol, die Delegationen der FDJ und des Internationalen Studentenbundes, die Vertreter aus Polen, Ungarn und Bulgarien und die zahlreichen Gäste aus der Bundesrepublik, unter ihnen auch eine Delegation der SDAJ. Sie alle waren gekommen,

um an der 23. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (vds) vom 18. – 21. März in Bonn teilzunehmen. Sie sahen einen starken, einheitlichen Studentenverband, der seinen Kampf einordnet in den weltweiten antiimperialistischen Kampf um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt.

Die in- und ausländischen Gäste erfuhren aber auch gleich zu Anfang die Schwierigkeiten, unter denen die demokratische Bewegung in Westdeutschland zu kämpfen hat. Sie mußten erleben, daß die Freiheit der Bundesrepublik darin besteht, daß sich die Bundesregierung die Freiheit nehmen kann, einer Delegation des heldenhaft kämpfenden vietnamesischen Volkes die Einreise in die Bundesrepublik zu verweigern.

Im weiteren Verlauf der Mitgliederversammlung wurde in der Diskussion um den Rechenschaftsbericht des alten Vorstandes, um das Aktionsprogramm und um die zahlreichen Anträge immer wieder die Notwendigkeit der Einheit aller demokratischen und sozialistischen Kräfte im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner betont. So war es auch möglich, trotz bestehender politischer und ideologischer Differenzen eine Reihe von Anträgen einstimmig oder jedenfalls mit großer Mehrheit zu verabschieden. Im Aktionsprogramm wurde betont, daß die politische Orientierung vereinheitlicht, und der vds im gemeinsamen Kampf an Schlagkraft gewinnen muß. Schwergewicht wurde auf den Kampf für ein demokratisches Bildungswesen, auf den Kampf für die Einheit der antiimperialistischen Bewegung und die sozialen Interessen der Studentenschaft gelegt.

In der Diskussion, die im wesentlichen durch das Auftreten der Mitglieder der „Assoziation Marxistischer Studenten – Spartakus“ geprägt wurde, wurde immer wieder betont, daß der Kampf um die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als Kampf gegen die politische und ökonomische Macht der Monopole verstanden wird, wenn darauf orientiert wird, diesen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen zu führen. Es wurde hervorgehoben, daß gerade mit den Organisationen der Schüler und Lehrlinge, besonders mit der SDAJ, eine gemeinsame Strategie für die Demokratisierung des gesamten Ausbildungssektors entwickelt werden muß. Die Solidarität mit den jungen Arbeitern fand weiterhin auch darin ihren Ausdruck, daß ein Grußschreiben an den Soldaten Wolfgang Hoffmann gesandt wurde, der als Mitunterzeichner der Studie „Soldat '70“ gerade zum zweiten Mal zu einer Arreststrafe verurteilt worden war.

Der Verlauf der Mitgliederversammlung machte deutlich, daß nur noch zwei Organisationen im Hochschulbereich eine führende Rolle spielen. Der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) und Spartakus. Beide Organisationen stellen auch die vier neugewählten Vorstandsmitglieder. Rechte Studentenorganisationen waren auf dem Kongreß nicht vertreten. Das spiegelt das reale Kräfteverhältnis in den gewählten Or-

ganen der westdeutschen Studentenschaft wider. Von der Politik des vds und der ihn tragenden Gruppen wird es abhängen, ob diese Gruppierungen ihren Einfluß für immer verloren haben oder nicht.

Zum Schluß der Mitgliederversammlung konnte Dirk Krüger, der Mitglied des Spartakus ist, für den neuen Vorstand erklären, daß durch die weitere Aufnahme von elf Hochschulen der vds nun über 300 000 Stu-

denten repräsentiert. Trotzdem wird der vds auch weiterhin nicht aus Bundesmitteln finanziert. Mehr noch, der vds wird sogar als verfassungsfeindlich hingestellt: Und so blieb zum Schluß der MV bei Gästen und Delegierten noch die Frage offen: Welche Politik muß eine Bundesregierung betreiben, die den Kampf des vds für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt als verfassungswidrig betrachtet?

Merkwürdig

Über ein „Gespräch des Fraktionsvorstandes mit dem DGB-Bundesjugendausschuß“ berichteten Ende März sowohl die „Informationen“ der SPD-Bundestagsfraktion als auch der DGB-Pressedienst. Daß es sich dabei nicht um den ganzen DGB-Bundesjugendausschuß handelte, sondern um die SPD-Mitglieder im DGB-Bundesjugendausschuß, wurde nicht erwähnt, soll aber auch hier nicht zum Gegenstand von Kommentaren gemacht werden. Eines ist aber sehr merkwürdig an den Presseerklärungen: Während sie insgesamt wortwörtlich

übereinstimmen, enthält die SPD-Ausgabe nach einer Mitteilung über eine verbesserte Zusammenarbeit von Jungsozialisten und DGB-Jugend den Hinweis, „daß es dadurch gelungen ist, eine Radikalisierung politisch engagierter junger Arbeitnehmer weitgehend zu verhindern.“

Diese Mitteilung über angebliche Erfolge bei der Abwiegung der aus berechtigten Gründen unruhigen Arbeiterjugend, mochte der DGB-Pressedienst seinen Lesern nicht mitteilen. Oder hat der SPD-Fraktionsvorstand sich diese Formulierung aus den Fingern gesogen? Schließlich entspricht sie nicht der Haltung, die viele DGB-Jugendfunktionäre an den Tag legen. —der

Aus den Beschlüssen der 9. Jugendkonferenz der IG Metall, Saarbrücken, 15.-17. April 1971

Jugendpolitische Forderungen (Auszug)

Die jugendpolitischen Forderungen der IG Metall formulieren kurz- und mittelfristige Ziele, die zur Veränderung unseres Systems beitragen sollen, wobei die Gesetzgebung und die Tarifpolitik wesentliche Punkte sind.

Solche Ziele sind, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, nicht zu realisieren, ohne den massiven und andauernden Druck und die Kampfbereitschaft derer, die sie erreichen wollen.

Die Jugend der IG Metall fordert den Gewerkschaftstag auf, den Vorstand zu beauftragen, in den gesetzlichen Körperschaften auf die Durchsetzung folgender Forderungen hinzuwirken:

1. Mehr Rechte für Betriebsjugendvertreter, insbesondere
 - die Vergrößerung der Zahl der Jugendvertreter,
 - einen wirksamen Kündigungsschutz für Jugendvertreter, insbesondere Regelungen für die Übernahme vom Ausbildungs- ins Arbeitsverhältnis (keine beruflichen Nachteile),
 - die Zurückstellung der Jugendvertreter vom Wehr- bzw. Ersatzdienst für die Dauer ihrer Tätigkeit in dieser Funktion,
2. Reform des Bildungswesens, kurzfristig insbesondere
 - mindestens 15 Arbeitstage (3 Wochen) bezahlten Bildungsurlaub,
 - mehr finanzielle Mittel und qualifiziertes Personal für die außerschulische politische Bildungsarbeit,
 - Im Bereich der Berufsbildung ist langfristig die Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung aufzuheben und durch eine integrierte Ausbildung, die auf berufliche Tätigkeit im Sinne der Ausschaltung des Leistungsprinzips sowie die Erziehung zu kollektivem Handeln mit der Perspektive die Inhalte der Arbeit nicht mehr nach kapita-

listischen Rationalitätskriterien zu organisieren vorbereitet. Dazu ist ein Schulsystem notwendig, in dem die Arbeitnehmer die wesentlichen Inhalte der Erziehung bestimmen. Als Übergangsforderungen sind etwa folgende Forderungen aufzustellen:

1. Die Herauslösung der Berufsbildung aus dem Zuständigkeitsbereich der Kammern,
2. den Aufbau eines modernen Systems zur Finanzierung der Berufsbildung,
3. die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen der Berufsbildung.

Kurzfristig fordert die Jugend der IG Metall:

- die Errichtung überbetrieblicher Ausbildungsstellen, die von den Unternehmen zu finanzieren sind,
 - den Ausbau der Berufsschule auf 12 Unterrichtsstunden an 2 Tagen in der Woche,
 - die kostenlose Benutzung der Verkehrsmittel für die Fahrten zwischen Wohnung und Ausbildungsstellen.
3. Reform des Jugendarbeitsschutzes, insbesondere
 - 35 Arbeitstage Mindesturlaub,
 - die Begrenzung der Arbeitszeit aller Jugendlichen auf 8 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich bei Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit,
 - das Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen unter 18 Jahren außerhalb von gesetzlich anerkannten Ausbildungsverhältnissen,
 - die Stärkung der Rechtsstellung der Jugendarbeitsschutzausschüsse und Errichtung weiterer dezentraler Ausschüsse wie auch Beteiligung der betroffenen Jugendlichen,
 - die Einführung von Mitteilungs-, Oberprüfungs-

und Amtshilfverpflichtungen Dritter (Arbeitsverwaltung, Schulen, zuständige Stellen nach dem BBiG).

- das Verbot der Beschäftigung bzw. Ausbildung Jugendlicher, wenn wiederholt oder schwer gegen Vorschriften des Jugendarbeitsschutzrechts verstoßen wird,
- die Einführung eines Bußgeldkataloges bei Ordnungswidrigkeiten und von Mindeststrafen bei Straftaten im Sinne des Jugendarbeitsschutzrechts.
(mit Mehrheit angenommen)

Konzertierte Aktion

Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, unverzüglich seine Mitarbeit in der Konzertierte Aktion aufzugeben. Die in jüngster Zeit vorgetragene Kritik der IG Metall an den Auswirkungen der Konzertierte Aktion wird erst durch den Austritt aus dieser Institution glaubhaft.

(angenommen, 12 Gegenstimmen)

Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien

Die Delegierten der 9. Jugendkonferenz der IG Metall bitten den Vorstand der IG Metall, auf die Bundesregierung und — wo die Landesverfassungen dies zulassen — auf die Landesregierungen sowie auf die in den Parlamenten vertretenen Parteien einzuwirken, entsprechend dem DGB-Grundsatzprogramm Großbetriebe, die eine marktbeherrschende Stellung einnehmen, (z. B. Banken und Versicherungen sowie die Grundstoffindustrien, die Chemieindustrie, die Elektroindustrie, die elektronische Industrie) in Gemeineigentum zu überführen, entsprechend Art. 15 Grundgesetz sowie den entsprechenden Artikeln der Landesverfassungen.
(angenommen, 4 Gegenstimmen)

Maßnahmen gegen den Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland

Die 9. ordentliche Jugendkonferenz fordert die Bundesregierung auf, die für ein Verbot der NPD, der „Aktion Widerstand“ und anderer faschistischer Verbände und Gruppen nötigen Schritte einzuleiten. Während die Bedeutung des in der NPD parteipolitisch organisierten Faschismus nach seinen Wahlniederlagen seit 1969 geringer geworden ist, hat der z. T. offen terroristische Faschismus extrem nationalistischer Gruppierungen wie der „Aktion Widerstand“ im Gefolge der Ostpolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung Zulauf bekommen.

Dieser Entwicklung kann jedoch durch Verbote der betreffenden Parteien bzw. Verbände allein nicht wirksam begegnet werden. Neben der 26 Jahre nach Kriegsende überfälligen Anerkennung der durch den faschistischen Krieg geschaffenen Verhältnisse in Mitteleuropa muß endlich die bis heute unterlassene Auseinandersetzung mit den Ursachen und dem Wesen des Faschismus geführt werden. Diese Auseinandersetzung muß auch die sozioökonomischen Zusammenhänge aufdecken, die den Hintergrund der faschistischen Aktivitäten bilden, in dessen Ziellicht Teile der CDU/CSU, der NLA, der deutschen Volksunion und verschiedene Presseorgane fließende Übergänge von rechtskonservativen Parlamentsparteien zu einer extrem nationalistischen inner- und außerparlamentarischen Opposition schaffen.

Die 9. ordentliche Jugendkonferenz fordert deshalb den Vorstand auf:

1. alle Organe sowie Mitglieder und Funktionäre der IG Metall zum verstärkten Kampf gegen die Gefahr von rechts aufzurufen und diesen Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen.
2. sich dafür einzusetzen, daß diese Bemühungen nicht auf die Gewerkschaften und Industriegewerkschaften sowie den DGB beschränkt bleiben, sondern von allen demokratischen Organisationen und Kräften gemeinsam getragen werden.
3. Ober die der IG Metall angehörenden parlamentarischen Schritte einzuleiten, durch die sichergestellt wird, daß nationalistische und faschistische Organisationen keine finanziellen Mittel aus staatlichen bzw. kommunalen Kassen erhalten.

Die 9. ordentliche Jugendkonferenz unterstützt die vom Bundesjugendausschuß des DGB erhobene Forderung nach Ausschluß der „Deutschen Jugend des Ostens“ (DJÖ) aus dem Deutschen Bundesjugendring. Sie fordert die Vertreter der DGB-Jugend und ihre politischen Freunde im Bundesjugendring sowie den Landes- und Kreisjugendringen auf, in ihren diesbezüglichen Bemühungen nicht nachzulassen.
(einstimmig angenommen)

Gegen den Militarismus

Im krassen Widerspruch zu dem von der IG Metall geforderten Demokratisierungsprozeß in der gesamten Gesellschaft steht die Bundeswehr. Immer mehr wird deutlich, daß die Bundeswehr in ihrer jetzigen

Struktur nicht gewillt ist, auch nur annähernd demokratische Züge anzunehmen. Dies wird besonders darin deutlich, daß Soldaten, die sich für die demokratischen Interessen ihrer Kollegen innerhalb der Bundeswehr einsetzen, die auf Veranstaltungen von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung, das laut Grundgesetz garantiert sein soll, Gebrauch machen, die in der Öffentlichkeit die Mißstände der Bundeswehr anprangern (wie z. B. „Soldat 70“ mit Disziplinarverfahren bestraft werden, während Offiziere auf neofaschistischen und revanchistischen Veranstaltungen ungehindert auftreten dürfen und in der Bundeswehr ihr Gedankengut verbreiten dürfen).

Die 9. ordentliche Jugendkonferenz fordert daher:

1. freie politische und gewerkschaftliche Betätigung aller Soldaten im Rahmen des Grundgesetzes, außerhalb und innerhalb der Bundeswehr; freie Diskussion der Studie Soldat 70 und Straffreiheit für ihre Autoren.

2. Volles Recht auf Demonstrationen, auf Flugblatt- und Plakataktionen in der militärischen und zivilen Öffentlichkeit.

3. Erhaltung des ungeschmäälerten Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung vor und nach Antritt des Dienstes.

4. Verbot der Tätigkeit von NPD-Mitgliedern und solchen Soldaten, die für den alten Nazi-Geist zu Felde ziehen.

5. Änderung jener antidemokratischen Paragraphen im Soldatengesetz, die die grundgesetzlich verankerten Bürgerrechte beschneiden.

6. Mitbestimmung der Wehrdienstleistenden in allen den Wehrdienst betreffenden Fragen.
(angenommen, 3 Gegenstimmen)

Umweltschutz

Die Delegierten der 9. ordentlichen Jugendkonferenz fordern den DGB auf, alle Bundestagsabgeordneten einzuwirken, sich der Problematik des Umweltschutzes verstärkt anzunehmen. Denn nur die sofortige Beseitigung der Umweltverschmutzung kann uns vor der totalen Vergiftung der Umwelt schützen und ein gesundes Leben garantieren. Die Kosten, die aus dem Umweltschutz entstehen, sind von den Verursachern der Umweltverschmutzung zu tragen.
(einstimmig angenommen)

Kriegsdienstverweigerung

Die 9. ordentliche Jugendkonferenz fordert den Vorstand der IG Metall auf, sich schützend vor jeden Bürger, der aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe oder an Massenvernichtungsmitteln verweigert, zu stellen.

Die Industriegewerkschaft Metall protestiert gegen die geplante Verlängerung der Ersatzdienstzeit von einseinhalb auf zwei Jahre. Sie findet einen derartigen Plan undemokratisch und diskriminierend.
(angenommen)

Verwirklichung der Regierungserklärung

Die Delegierten mögen beschließen: Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung mit Nachdruck für die Verwirklichung der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 einzusetzen, in der es zur Bildungspolitik heißt:

„Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reformen, die es bei uns vorzunehmen gilt.“

Dabei ist besonderes Gewicht zu legen auf die Bildung und Ausbildung junger Arbeitnehmer auf beruflichem und gesellschaftspolitischem Gebiet.
(angenommen)

Anerkennung der DDR

Die Delegierten der 9. Bundesjugendkonferenz der IG Metall fordern von der Bundesregierung die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Begründung: In Zukunft kann der Frieden in Europa nur dann erhalten und weitgehend gesichert werden, wenn die auf Grund des von deutschen Faschisten begonnenen 2. Weltkrieges entstandene Realität vor 25 Jahren endlich anerkannt wird, und zwar mit allen Konsequenzen. Nur in der Anerkennung dieser unumgänglichen Realität kann eine Voraussetzung zu persönlichen Kontakten unter der Bevölkerung und zur Beseitigung des permanenten Krisenherdes in Mitteleuropa gesehen werden.

Die Jugend der IG Metall sieht es als ihre Pflicht an, alle in diese Richtung gehenden Maßnahmen nachdrücklich zu unterstützen.
(angenommen, 3 Gegenstimmen)

Antikommunismus

Die Delegierten der 9. ordentlichen Jugendkonferenz der IG Metall verurteilen die verstärkte antikommunistische, gegen Demokratisierung und Entspannung gerichtete Hetze der Springer-Presse. Sie

verurteilen auch, daß mit den Münchener Parteiratbeschlüssen der SPD erneut eine antikommunistische Welle in die Arbeiterbewegung hineingetragen wird. Der Antikommunismus hat sich stets als ein Mittel zur Spaltung der Arbeiterbewegung, zum Völkerhaß und als Barriere gegen progressive gesellschaftliche Veränderungen erwiesen. Daraus haben die Gewerkschaften nach 1945 die Lehre gezogen, die Einheitsgewerkschaft zu schaffen. Zur Durchsetzung des DGB-Grundsatzprogramms mit seinen gesellschaftsverändernden Zielen, zur Abwehr der neonazistischen Kräfte, zur Unterstützung der mit den Verträgen von Moskau und Warschau eingeleiteten Friedenspolitik und zur Verwirklichung der sozialen und politischen Forderungen der Arbeitnehmerschaft und der arbeitenden Jugend ist die Einheit der Gewerkschaften wichtigste Voraussetzung.
(angenommen, 1 Gegenstimme)

Aufhebung des KPD-Verbots

Die 9. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall fordert die Aufhebung des KPD-Verbots. Mit der im Jahre 1968 erfolgten Konstituierung der DKP ist nicht automatisch das undemokratische KPD-Verbot aufgehoben. Durch das noch bestehende KPD-Verbot ist es jederzeit möglich, Maßnahmen gegen demokratische und sozialistische Kräfte durchzuführen, wie das Verbot des SDS Heidelberg und die Verweigerung von Förderungsmitteln für den Verband Deutscher Studentenschaften gezeigt haben. In diesem Zusammenhang ist auch die Anfrage an die Bundesregierung durch einen Vertreter der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zu sehen, ob es nicht an der Zeit wäre, die DKP zu verbieten. Wenn angesichts der Formierung des Rechtskartells und der neonazistischen Kräfte in der BRD die KPD nicht wieder zugelassen wird, so ist das ein Schlag gegen die Interessen aller Demokraten und Sozialisten.
(angenommen, 7 Gegenstimmen)

Gegen den Krieg der USA in Indochina

Die 9. ordentliche Jugendkonferenz bekräftigt die von der 8. Jugendkonferenz im Mai 1968 ausgesprochene Verurteilung des inzwischen auf weite Teile Indochinas ausgeweiteten neokolonialistischen Krieges der USA. Entgegen den Forderungen der Gegner dieses Krieges in aller Welt und entgegen den Ankündigungen der verantwortlichen amerikanischen Politiker hat in den vergangenen drei Jahren in fast jeder Hinsicht eine Eskalation des Krieges stattgefunden.

— Zahlreiche Verbrechen amerikanischer Offiziere und Soldaten an der Zivilbevölkerung werden aufgedeckt.

— Das Bombardement südvietnamesischen, aber auch kambodschanischen und laotischen Gebiets wurde verstärkt.

— US-Truppen fielen in Kambodscha ein und unterstützten den Angriff südvietnamesischer Truppen auf Laos.

— Die US-Regierung gibt dem südvietnamesischen Regime freie Hand für einen Angriff auf Nordvietnam. Sie provoziert so das Eingreifen der Volksrepublik China und damit die Umwandlung des „begrenzten“ Krieges in den globalen nuklearen Weltkrieg.

In den USA selbst und in anderen Teilen der Welt ist die Widerstandsbewegung der Gegner des Vietnam-Krieges während dieser Entwicklung ständig gewachsen. Seit längerem haben sich auch amerikanische Gewerkschaften dieser Bewegung angeschlossen.

Die Jugendkonferenz fordert:

1. Sofortige Einstellung der Angriffe auf das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam, Laos und Kambodscha.

2. Den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller amerikanischen und ausländischen Truppen aus Südvietnam.

3. Die sofortige Beendigung der Einmischung der Regierung der USA in die Angelegenheiten des Volkes von Süd-Vietnam.

4. Die Anerkennung der provisorischen Regierung Südvietnams durch die Bundesregierung.

5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich von der USA-Aggression in Vietnam, Laos und Kambodscha zu distanzieren und alle materiellen, moralischen und ideellen Unterstützungen für den Krieg der USA sofort einzustellen.

Deshalb ruft die 9. ordentliche Jugendkonferenz die Mitglieder und Funktionäre der IG Metall auf, die „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ zu unterstützen.

Sie fordert die Bundesregierung auf, der Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietnam die Einrichtung eines Informationsbüros in der Bundesrepublik zu ermöglichen und appelliert an die Abgeordneten des Bundestages, diese Forderung mit geeigneten parlamentarischen Initiativen zu unterstützen.

Kurz und bündig

DER AKTIONSKREIS „DRITTE WELT“, DORTMUND, plant für den Sommer dieses Jahres eine dreimonatige Reise quer durch Afrika nach Tansania und Mocambique. Die Gruppe, die sich seit gut einem Jahr mit der Problematik des südlichen Afrikas intensiv beschäftigt hat, und die durch mehrere Aktionen und Veröffentlichungen gegen den Staudambau von Cabora Bassa bekannt wurde, hat bereits längere Zeit gute Kontakte zur FRELIMO, der Befreiungsbewegung von Mocambique. Ziel der Fahrt soll in erster Linie das Gebiet um Cabora Bassa und die von der FRELIMO kontrollierten Nordprovinzen des Landes sein.

Wer an Material über die Fahrt interessiert ist, wende sich an: Aktionskreis „Dritte Welt“, 46 Dortmund-Hörde, Am Richterbusch 6. Spenden werden erbeten auf das Postscheckkonto 161 902 beim PSchA Dortmund (Wolfgang Koth).

ANLÄSSLICH DES 100. JAHRESTAGES DER PARISER COMMUNE hat der Parteivorstand der DKP eine Postermappe herausgegeben. Die Mappe wird zum Preise von 15 DM über die „Werbe- und Literatur-Vertriebsgesellschaft“, 235 Neumünster, Wendenstraße 4, vertrieben. Aus dem gleichen Anlaß gibt der DKP-Parteivorstand auch ein Schallplattenalbum mit der „Internationale“ und dem Arbeiterlied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ sowie Texten von Marx, Engels, Bebel und Lenin heraus, das zum Preise von 4,— DM erhältlich ist.

DER BUNDESVORSITZENDE DER DEUTSCHEN JUNGDEMOKRATEN, HEINER BREMER, hat ungewöhnlich scharf auf die Entscheidung der niedersächsischen SPD reagiert, durch die den Jungdemokraten in Niedersachsen praktisch die Zuschüsse entzogen werden. „Die SPD hat sich damit gegen einen in der freien Jugendarbeit bewährten fortschrittlichen Jugendverband gewandt. Dieses Verhalten demaskiert die niedersächsische SPD als reaktionär und zeigt, welche Vorstellungen hinter den fortschrittlich verkleideten inneren Reformen stehen“, sagte Bremer. Die niedersächsischen Jungsozialisten haben nach Bremers Ansicht „in dieser Intrige“ eine führende Rolle gespielt. „Das kennzeichnete sie als degenerierte, rechtsopportunistische Funktionärsclique, die für eine fortschrittliche Politik kein Partner mehr sein kann. Für alle progressiven Kräfte ist diese Funktionärsclique als Gegner ausgewiesen.“

Termine

Mai und Juni 1971

Monate des Kampfes für den Abzug der US-Truppen aus Indochina.

1. Mai 1971
Kampftag der Arbeiterbewegung

7.—9. Mai 1971
12. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Deutschlands, Leverkusen

8. Mai 1971
Tag der Befreiung vom Faschismus

12./13. Mai 1971
39. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes, Düsseldorf.

14./15. Mai 1971
Außerordentlicher Bundeskongreß des DGB, Düsseldorf.

15. Mai 1971
Internationaler Tag der Solidarität mit Volk und der Jugend Palästinas.

20.—23. Mai 1971
13. ordentliche Bundeskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“, Essen.

20.—22. Mai 1971
10. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft, Köln.

22./23. Mai 1971
Kongreß „Arbeiterjugend contra Monopole“, Ruhrgebiet (Adresse: R. Deutschendorf, 437 Marl, Kampstraße 37).

Junge Kapitalismus-Komplexe

Von WERNER MÜHLBRADT

In der Saarbrücker Kongreßhalle saß der „Kapitalismus“ drei Tage lang (vom 15. bis 17. April) auf der Anklagebank. Ankläger war die 9. Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Metall. 145 Delegierte vertraten fast 300 000 jugendliche Mitglieder dieser Organisation. „Verteidiger“ (des „Kapitalismus“) waren nicht zugelassen. „Gerichtet“ wurde in eigener Sache, die man für gerecht, fortschrittlich und human erklärte.

Auch der „Leichnam der Sozialisierung“ (der Bundeswirtschaftsminister nannte diesen Vorgang einmal so) wurde auf dieser Jugendkonferenz an der Saar wieder ausgegraben. Im Initiativantrag Nr. 8 zur Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien forderten die Delegierten, Großbetriebe, die eine marktbeherrschende Stellung einnehmen (zum Beispiel Banken, Versicherungen, Grundstoffindustrien, die Mineralölindustrie, die Automobilindustrie, die chemische Industrie, die Elektroindustrie und die elektrotechnische Industrie), in Gemeineigentum zu überführen. Aufschlußreich ist die Begründung: „Die fortschreitende Konzentration als zwangsläufiges Ergebnis der spätkapitalistischen Produktionsweise schuf Monopole und Oligopole.“

Hier wird die Denkform der Jungmannschaft dieser Gewerkschaft deutlich. Der „Kapitalismus“ befindet sich nach ihren Vorstellungen in der Bundesrepublik in einer späten Phase. Sein Ende ist absehbar. Zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört es jetzt — so meinen diese jungen Delegierten der IG Metall —, die eingeleitete Entwicklung zu beschleunigen und dem „Kapitalismus“ einen möglichst schnellen Garaus zu bereiten. Dazu sollen die paritätische Mitbestimmung und die Sozialisierung der Schlüsselindustrien beitragen. Mehr als ein Akzelerations-effekt wird diesen Maßnahmen nicht zugebilligt.

Niemand soll glauben, daß diese Delegierten, die oft in bemerkenswerter Form kurz und knapp zur Sache sprachen, sich mit irgendeiner Reform oder Wandlung der marktwirtschaftlichen Ordnung zufriedengäben. Ihr Ziel ist die Arbeiterselbstverwaltung, die Führung der Betriebe durch gewählte Beauftragte der Beschäftigten. Sie hoffen, daß über eine Regierung der „Volksfront“ (unter Einbeziehung der Kommunisten) die politischen Voraussetzungen eines Tages geschaffen werden können.

In Saarbrücken meinte ein Delegierter in der Diskussion, es habe wohl noch keinen Sinn, einfach ein Verbot des „Kapitalismus“, der die Wurzel allen Übels sei, zu fordern. Ein in diesem

Sinne formulierter Antrag wäre sicher durchgegangen — mindestens in Form einer Proklamation. Auf dem Scheiterhaufen dieses zur negativen Symbolfigur erhobenen „Kapitalismus“ landeten auf der Jugendkonferenz der IG Metall auch alle Ansätze zu einer Partnerschaft zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in den Betrieben und Formen der gesellschaftlichen Kooperation. Nur die freiwillige Lohnschlichtung in der Metallindustrie, die nach Meinung einiger Delegierter auch „geschlachtet“ werden sollte, blieb noch verschont.

Dafür geriet die konzentrierte Aktion auf den Index. Offene und versteckte Angriffe auf die Betriebsräte zeigten, daß auch diese Gruppe zum Teil in Gefahr ist, als simpler Helfershelfer des „Kapitalismus“ verdammt zu werden. Erst, als auch die Gewerkschaft langsam, aber sicher auf die Anklagebank rutschte und die gewerkschaftliche Arbeit im „kapitalistischen“ System für nahezu wertlos erklärt wurde, startete der 2. Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, der in Saarbrücken Brenner vertrat, zum Gegenangriff. Er warnte seine jungen Kollegen vor dem Weg in die Isolation und wies auf die Erfolge der Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten hin.

Aber auch Loderer vermied es klarzumachen, daß die Gewerkschaften nur in einem freiheitlichen Staat mit marktwirtschaftlicher Ordnung wirklich frei arbeiten und für ihre Mitglieder über die Tarifverträge und andere Instrumente wirksame Verbesserungen erzielen können. Der klaffende Unterschied zwischen der Theorie und der Praxis der Gewerkschaften ist verhängnisvoll. Das zeigte sich erneut in Saarbrücken.

Was sollte Loderers Bemerkung zu den wilden Streiks, die er vor den jungen Delegierten seiner Gewerkschaft probate Mittel im Kampf gegen die „Unternehmerwillkür“ nannte? Die Vorgänge im Herbst 1969 sitzen der Gewerkschaft noch im Nacken. Das ist verständlich. Aber es hat doch keinen Zweck, die falsche Konsequenz zu ziehen. Die Tarifautonomie kann nur funktionieren, wenn die Gewerkschaften zu den Verträgen stehen, die sie selbst geschlossen haben. Sonst werden sie als Vertragspartner unglaubwürdig.

Die Saarbrücker Jugendkonferenz der IG Metall war in vielfacher Beziehung eine Herausforderung an alle, die unsere freiheitliche Ordnung bejahen und ihre konstruktive Weiterentwicklung wünschen. Die Marktwirtschaft steht nicht unter Denkmalsschutz. Ihre Anhänger müssen täglich zeigen, was sie können.

Dieser faksimilierte Artikel aus dem Unternehmer-Blatt „Die Welt“ vom 20. April 1971 zeigt, daß die Bundesjugendkonferenz der IG Metall eindeutig im Interesse der arbeitenden Jugend Stellung bezogen hat.

Maulkorb oder Mitbe- stimmung

Neues aus der Bundeswehr

Von Reinhard Junge

Die wachsende Unterstützung für die Autoren und Unterzeichner der Studie „Soldat 70“ in der zivilen und militärischen Öffentlichkeit; die steigende Zahl der Kriegsdienstverweigerer (allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres rund 8000) und die Bemühungen der Ersatzdienstleistenden, sich organisiert gegen die schleichende Militarisierung ihres Dienstes zu wehren — das alles raubt Regierung und Wehrkartell den nächtlichen Schlaf und zwingt sie zu verstärkten Anstrengungen, immer mehr demokratische Rechte und Prinzipien zu unterhöheln. Während die Verfolgungen und Unterdrückungsmaßnahmen gegen „Soldat 70“ weiter anhalten und sogar noch verschärft werden, erfreuen sich die 30 reaktionären Hauptleute der 7. Panzergrenadierdivision des Schutzes und des Beifalls ihrer Generale. In einer „Denkschrift“ lamentieren sie darüber, daß

- die Mehrzahl der eingezogenen Soldaten nicht mehr von der Recht- und Zweckmäßigkeit des „Verteidigungsauftrages“ der Bundeswehr überzeugt sei,
- die „Disziplin“ in der Truppe in dem Maße sich verschlechterte, wie die „Politisierung“ zunahm. Schließlich fordern die Offiziere eine auf die Erfordernisse der „Schlagkraft“ abgestimmte Änderung der Soldatengesetze.

Daß die Unnaer Offiziers-Clique mit ihren reaktionären Vorstellungen im militärisch-indu-

striellen Komplex nicht isoliert auf weiter Flur steht, sondern von den Verteidigern des westdeutschen Imperialismus gedeckt und unterstützt wird, bewies die Militärdebatte des Bundestages am 26. März.

Bundeswehrminister Schmidt verlas eine Regierungserklärung, in der einerseits die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Unterzeichner von „Soldat 70“ ausdrücklich gebilligt wurden, die 30 Kompaniechefs aber mit einer rein formalen Rüge davorkamen, weil sie ihr Pamphlet an die Presse übergeben hatten, anstatt auf den Dienstweg zu vertrauen: „Wer von anderen Disziplin verlangt, muß sich selbst in Zucht nehmen.“ Dann sprach Bundeskanzler Brandt. Er verdeutlichte, daß sich die militär-politischen Zielsetzungen der von ihm geführten Regierung prinzipiell nicht von den Vorstellungen der CDU/CSU-Reaktion unterscheiden.

Im Zusammenhang mit den steigenden Zahlen der Kriegsdienstverweigerer erklärte der Bundeskanzler: „Wir müssen deshalb die Anstrengungen um mehr Wehrgerechtigkeit verstärken und denjenigen entgegen-treten, die das unbestrittene Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu ganz anderen Zwecken ausnutzen.“

„Wehrgerechtigkeit“ — unter diesem Schlagwort soll die vollständige Militarisierung der Jugend in der BRD realisiert werden.

„Wehrgerechtigkeit“ — das heißt für Strauß, Schmidt und die Generale zweierlei: auf der einen Seite soll eine „Reform“ des Ersatzdienstes es ermöglichen, die Kriegsdienstverweigerer sowohl bei paramilitärischen Verbänden (z. B. „Technisches Hilfswerk“) als auch als Lohndrucker bei Bahn und Post einzusetzen; andererseits aber werden die Pläne der Bundeswehrführung beschönigt, in Zukunft auf Grund neuer Musterungs- und Verwendungskategorien ausnahmslos alle jungen Männer durch die militaristische Bundeswehr zu schleusen, um sie



„Werden Sie endlich konsequent, Herr Minister!“ Der Gefreite Stephan Krull überreicht dem Bundeswehrminister Schmidt die Studie Soldat 70.

dort im Sinne des Imperialismus zu erziehen.

Die Ersatzdienstleistenden haben inzwischen begonnen, sich gegen die von Hans Iven, dem Regierungsbeauftragten für den zivilen Ersatzdienst, maßgeblich ausgearbeiteten Militarisierungspläne zu wehren. Und der Vertreter des Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft, Horst Krüger, lehnte auf dem diesbezüglichen Hearing des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales alle Pläne für den Einsatz von Kriegsdienstverweigerern in Dienststellen der Bundespost kompromißlos ab.

Gewerkschaftliche Unterstützung erhielt jetzt auch „Soldat 70“. Die 9. Bundesjugendkonferenz der IG Metall nahm eine Entschließung an, in der Diskussionsfreiheit über die Studie „Soldat 70“ und Straffreiheit für ihre Verfasser gefordert wird. (Genauer Wortlaut der Entschließung auf den jugendpolitischen Blättern in diesem Heft.)

Einen ähnlichen Beschluß faßte die 23. Ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes

Deutscher Studentenschaften im März in Bonn, die sich mit dem inhaftierten Soldaten Wolfgang Hoffmann einstimmig solidarisierte.

Unterdessen melden sich die Unterzeichner von „Soldat 70“ auch weiterhin zu Wort:

- Wolfgang Hoffmann schrieb aus dem Arrest eine Solidaritätsadresse an Angela Davis;

- Der Fallschirmjäger-Gefreite Stephan Krull überreichte Helmut Schmidt vor der Tagungshalle eines SPD-Kongresses in Essen ein Flugblatt, in dem er Schmidt aufforderte, sich für die Ratifizierung der Moskauer und Warschauer Verträge und eine Senkung der Rüstungslasten einzusetzen;

- in Mannheim wurde die Studie „Soldat 70“ an die frisch eingezogenen April-Rekruten verteilt, in einem beigelegten Flugblatt versprachen die Soldaten Wolfgang Jerrentrup und Günther Eiermann ihren neuen Kameraden volle Unterstützung beim Kampf gegen das Schleifer-tum, für soziale Verbesserungen und demokratische Veränderungen in der Bundeswehr. ■

Kleingeld- schwem- me

Viele Erfolge in der
Woche des elan

Von Werner Maletz

Bundeshauptstadt Bonn, 6. 3. 71
In der Innenstadt eilige Passanten. Plötzlich bleiben viele stehen, unter ihnen zumeist jugendliche. Mädchen und Jungen in roten Kitteln tauchen auf. Auf ihren Köpfen: selbsthergestellte „elan-Verkaufsmützen“. Das Jugendmagazin elan und die erste Ausgabe des elan-expreß werden angeboten. Viele der Jugendlichen greifen in die Tasche und kauen sich ein Exemplar.

Genau wie hier in Bonn beginnt an diesem Tag in vielen Städten der Bundesrepublik die „Woche des elan“. In Bonn war die SDAJ-Gruppe auf originelle Weise aktiv eingestiegen.

In Oberhausen ist es ein junger Lehrer, Mitglied der Naturfreundejugend, der seine Schüler mit dem elan-expreß bekanntmacht. 80 Exemplare finden ihren Käufer, weit mehr ihre Leser.

In Marl kommt es beim Verkauf in der Innenstadt zu einem kleinen „Aufruhr“. Eine nicht gerade mehr junge Frau schimpft: „Das werde ich meinem Chef zeigen“.

Worauf sie ihren Chef aufmerksam machen will, das ist die Titelstory im elan-expreß. „Das ist der Terror der Betriebs-Gestapo“, so heißt die Schlagzeile. Und dargestellt wird die Rolle eines Herrn Baitz, Boß des Werkschutzes der Chemischen Werke in Marl-Hüls. Früher einmal Sabotagespezialist gegen die DDR, ist Baitz mittlerweile der „Hauptschnüffler“ der CWH geworden.

Festzustellen waren zwei Dinge. Erstens: Die schimpfende Frau hatte neue Passanten angelockt und der Verkauf des elan-expreß wurde erheblich gefördert.

Zweitens: Werksgestapo-Boß Baitz unternahm nichts gegen die Darstellung im elan-expreß. Die Fakten stimmten eben.

Auch vor vielen Betrieben wurden Käufer gewonnen. Ob das nun bei Opel in Rüsselsheim, bei Siemens in Nürnberg oder bei Grundig in Fürth war. In Fürth hatte die SDAJ einige Tage vorher mit einem Flugblatt die Lehrlinge auf die Verkaufsaktion vorbereitet: „Kleingeld — konkret drei Groschen mitbringen“. Und sie brachten Kleingeld mit. Immerhin kamen dann beim Verkauf über 240 Groschen zusammen. Ein gutes Verkaufsergebnis.

„Bares Geld für Lehrlinge“, „Krozentarität für Lehrlinge“ und das Angela-Davis-Poster, diese Beiträge des elan-expreß waren am meisten getragt. Das stellte sich bei den vielen Diskussionen, die sich während des Verkaufs ergaben, heraus. Ob das beim Verkaufsstand vor Bremer Berufsschulen oder während Demonstrationen für die sofortige Freilassung von Angela Davis, wie z. B. in Dortmund und Offenbach/Main war.

Großes Interesse gab es auch für die Ankündigung eines Kongresses „Arbeiterjugend contra Monopole“.

Die elan-Verkäufer sind erfindungsreich. Die verschiedensten Möglichkeiten wurden genutzt. Filmveranstaltungen z. B. in Tübingen oder auch Aktionen anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 1971 halfen mit, den Verkauf zu steigern.

Eingeschlagen hatte auch das Plakat zur „Woche des elan“: „1971 — Jahr der arbeitenden Jugend — Mit elan dabei“. Bei den Verkaufsaktionen wird es als Sandwischschild genutzt. Mittlerweile hängt es in den Club- und Gruppenräumen vieler Jugendgruppen der Gewerkschaft



Die Vorverhandlungen im Prozeß gegen Angela Davis haben ein schnelles Ende gefunden. Der Richter John P. McMurray, der über den Antrag der Verteidigung entscheiden sollte, die Anklage gegen Angela fallen zu lassen oder sie wenigstens gegen eine Kaution auf freien Fuß zu setzen, legte sein Amt nieder und ließ die Vorverhandlung platzen. Angela wird also weiterhin im Gefängnis von San Rafael bleiben müssen. Den danach eingesetzten Richter Lindsay hat Angela mit ihrem Anwalt (unser Bild) als befangen abgelehnt, weil er als Stadtrichter von Oakland ein Vertreter der Rassentrennung war und als Günstling des Gouverneurs Reagans stadtbekannt ist. Angelas Anwalt protestierte dagegen, daß Angela wie eine Schwerverbrecherin behandelt wird und forderte angesichts ihres sehr schlechten Gesundheitszustandes ihre sofortige Freilassung. Die vielen Solidaritätsbeweise, die Angela täglich aus aller Welt erhält, sind für sie eine wichtige Hilfe, bei Kräften zu bleiben. In einem Interview sagte sie: „Täglich erhalte ich Hunderte und aber Hunderte von Briefen. Angesichts all der Schwestern und Brüder, die auf den Straßen kämpfen, kann ich meine Entschlossenheit, den Kampf fortzusetzen, einfach nicht verlieren.“

ten, Naturfreunde und SDAJ. Für weitere Interessenten: Das elan-Plakat kann noch bei der Redaktion angefordert werden. Natürlich nur solange der Vorrat reicht. Also mit der Bestellung beeilen!

Während in über 100 Städten die elan-Woche auf vollen Touren läuft, herrscht in den Redaktionsräumen hektische Stimmung. Nachbestellungen für den elan-expreß und für das Magazin müssen ausgeliefert werden. Die neue Ausgabe des elan, die April-Ausgabe, wird produziert. Erste Überlegungen für eine zweite Ausgabe des „elan-expreß“ zum 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, werden angestellt. (Die Ausgabe 2 ist inzwischen fertig. 4 Seiten Umfang, Verkaufspreis 10 Pfennig. Gebt schnell eure Bestellungen auf!) Und es hagelt Einladungen für die Mitarbeiter des elan. Einladungen zur Diskussion in den verschiedensten Jugendgruppen.

Dort gibt es Diskussionen über Inhalt, Aufmachung, gibt es Kri-

tik und Vorschläge. Die Ergebnisse der Gespräche werden in den nächsten Ausgaben des elan und des elan-expreß ihren Niederschlag finden. Ebenso natürlich auch die Ergebnisse noch folgender Diskussionen, zu denen elan-Redakteure eingeladen werden können. Anforderungen: siehe Impressum. Daß der elan-expreß bei seinen Lesern gut angekommen ist, das beweisen die Leserbriefe, die Einsendung von Slogans, zu der im elan-expreß aufgefordert wurde.

„Lehrlinge und Arbeiter vereint — gegen Euren Klassenfeind“, „Ob Kleinbetrieb, ob Großkonzern, den Lehrling schubsen alle gern“.

Das sind nur zwei von den vielen, die die Redaktion des elan erreichten.

Daß immer mehr Jugendliche bereit sind, sich für das Jugendmagazin elan einzusetzen, daß sie immer mehr den elan als Mittel der Agitation und Aktion verstehen, das hat diese „Woche des elan“ bewiesen.



Grünes Licht für Neonazis

„Deutschlandbefreier“ gründen Jugendbund

Von Klaus Poweleit

„Ihr werdet uns nicht zerbrechen, ihr nicht!“ So stand es pathetisch auf den Flugblättern, die drei halbnackte Männer in der Hanauer Innenstadt verteilten. Zwei der Verteiler waren in der April-Nummer von „elan“ in Uniformen der neonazistischen „Deutschen Betreibungs-Bewegung (DBB)“ zu sehen: bundestführer Roland Tabbert und Führer-Stellvertreter Detlef Bensing. Diesmal wurden die beiden von Hans-Helmut Gebhard, dem Bundesjugendführer des „Nationalen Deutschen Jugend-Bundes (NDJB)“, einer erst am 13. März dieses Jahres aus der Taufe gehobenen neonazistischen Jugendorganisation, begleitet. Mit ihrer „Oben-ohne“-Aktion (die nackte Brust „zierte“ lediglich das hakenkreuzähnliche DBB-Emblem) wollten die drei gegen die „Willkür der Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei“ protestieren, die sich nach wiederholten Protesten demokratischer Organi-

sationen, mehreren Strafanzeigen und Presseveröffentlichungen doch noch dazu bequemte hatte, im Hanauer DBB-Hauptquartier mal nach dem Rechten zu sehen. Dabei hatte sie die Uniformen, schwarz-weiß-rote Fahnen mit dem Neonazi-Emblem und einen Trommelrevolver, Kaliber 22, gefunden und beschlagnahmt. Mit ihrer halbnackten Protestaktion hatten sich die „Deutschlandbefreier“ die Hitlersche SA zum Vorbild genommen, die 1932 während eines zweimonatigen Organisations- und Uniformverbots ebenfalls mit entblößtem Oberkörper durch die Straßen zog. Freilich dachte bei Staatsanwaltschaft und Polizei niemand daran, die Neonaziorganisation zu „zerbrechen“. Wer das wollte, der hätte ihnen nicht gleichen Tags die Fahnen und ein paar Tage später auch die Uniformen wieder ausgehändigt und ihnen damit praktisch grünes Licht zum Weitermachen gegeben.

DBB-Führer Tabbert gehört nicht zu denen, die solche Zeichen nicht zu nutzen verstehen. Sogleich trommelte er aus verschiedenen Teilen der Bundesrepublik Vertreter anderer rechtsradikaler Organisationen zu einer Siegesfeier mit Fahnenweihe zusammen, um mit ihnen eine noch engere Zusammenarbeit der Rechtskräfte gegen die Verträge von Moskau und Warschau zu vereinbaren.

Die Jugendarbeit der verschiedenen rechtsextremistischen Vereinigungen soll künftig der DBB-Ableger „Nationaler Deutscher Jugend-Bund“ koordinieren. In einem „Aufruf an die Deutsche Jugend“, der von nationalistischer Mystik, unverblütem Revanchismus und militantem Antikommunismus nur so strotzt, proklamiert Bundesjugendführer Gebhard den Kampf „um die Wiedervereinigung unseres geteilten Vaterlandes in den natürlichen Grenzen von 1939“ sowie gegen die „Verzichtspolitik der gewissenlosen Brandt-Regierung“, die „deutschen Grund und Boden verschenkt“, und ruft die Jugend auf, „gemeinsam mit dem NDJB den Weg zu einer neuen Ordnung zu finden“, in der Kommunisten selbstverständlich keinen Platz mehr haben sollen.

Die weitere Entwicklung seiner Bewegung sieht DBB-Führer und NDJB-Geburts helfer Tabbert optimistisch: „Diese Pseudo-Demokratie bietet uns ja die Möglichkeit zur Arbeit.“



Schwierigkeiten

Was Barzel das Leben schwer macht

Von Bert Holt

„So verzweifelt, Herr Barzel?“ „Diese SPD macht uns fertig. Lange halten wir das nicht mehr durch.“

„Fällt Ihnen die Rolle der Opposition so schwer?“

„Wenn wir wenigstens noch Opposition betreiben könnten. Aber in der SPD sind Kräfte am Werk, die das vereiteln.“

„Man hemmt Ihre Arbeit?“

„Man macht sie unmöglich. Nehmen Sie zum Beispiel die Ausweitung des Bundeshaushaltes: Sie paßt genau in die konjunkturelle Lage. Es ist verdammt schwierig, da noch Gegenargumente zu finden!“

„Sie sind also mit der Regierung einer Meinung?“

„Sie ist mit uns einer Meinung! Die Reform des Ehescheidungs-Rechts schien endlich Zündstoff zu bringen. Und jetzt hat der Jahn so'n Rückzieher gemacht, daß sogar die katholische Kirche keine Einwände mehr hat. Jetzt suchen unsere Experten verzweifelt nach Kommafehlern.“

„Aber die Aufhebung des Pornographie-Verbots...“

„... liegt auch genau auf der CDU-Linie: Was wird denn da noch aufgehoben. Wir mußten aus lauter Verlegenheit den Jaeger von der CSU vom Untergang des Abendlandes reden lassen. Wir hatten einfach keine Argumente.“

„Ihnen ist die SPD nicht links genug?“

„Ist sie links?“

„Na, die Jungsozialisten...“

„Mein Gott, das war noch eine Möglichkeit. Aber da haben wir nur kurz angetippt — und schon verbietet die SPD Aktionen-einheiten mit Kommunisten. Und gegen Vogel kann ein CDU-Mann ja nun wirklich nichts sagen.“

„Ich verstehe, was Sie meinen. Ich sage nur: Hupka!“

„Eben. Solche nationalistischen Sprüche klopfen nicht mal ich. Aber auch andere machen uns zu schaffen: Ein Sozialdemokrat als Verteidigungsminister müßte doch die Opposition lustvoll machen. Und da setzen die uns den Schmidt vor die Nase — das frustriert einen einfach!“

„Könnten Sie nicht bei der Wirtschaftspolitik einhaken?“

„Wie denn? Der Bundesverband der deutschen Industrie ist mit Schiller zufrieden, die Bundesgemeinschaft der Arbeitgeberverbände ist mit Schiller zufrieden. Sollen wir da mit den Gewerkschaften in ein Horn blasen und mit ihm unzufrieden sein?“

„Da bleibt Ihnen nur noch die Ostpolitik...“

„Auf sie konzentrieren wir uns ja auch. Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages nur bei unwiderruflichen Fortschritten für die Menschen, konkreten substantiellen Bauelementen für eine gesamt-europäische Friedensordnung und wenn die deutsche Frage zumindestens in der Substanz offenbleibt!“

„Was verstehen Sie darunter?“

„Im Augenblick noch nichts.“

„Sie warten ab?“

„Aber wir sehen mit Schrecken, daß sich tatsächlich bessere Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den kommunistischen Staaten anbahnen.“

„Auch auf diesem Gebiet also keine Chance zur Opposition?“

„Nichts, wenn es so weitergeht. Da bleibt uns nur ein Ausweg: Wenn die SPD weiter CDU-Politik macht, fangen wir an SPD-Politik zu machen!“

Detlef Bensing, Roland Tabbert und Hans Helmut Gebhardt in SA-Manier





ZDF-Magazin für Polit-Analaphabeten

Chiles Landarbeiter enteignen deutsche Konzernherren

Von Walter Barthel

Schieres Glück der westdeutschen Linken, daß die extreme Rechte nicht eben mit einem übermäßigen Intelligenzquotienten gesegnet ist, zum Beispiel unter ihren publizistischen Sprachrohren. Wer sich einen Schlamm leisten muß, richtet sich eigentlich schon selbst. Dennoch gibt es Grenzen der Dummheit. Wer sie überschreitet, beleidigt mithin auch seine Feinde. So dürfen wir uns spätestens seit dem letzten Mittwoch Abend von Herrn Gerhard Löwenthal beleidigt fühlen, wengleich wir wissen, daß der latente westdeutsche Faschismus sich zu seiner Tarnung zwar jüdische Großmütter zulegen kann, nicht aber von heute auf morgen gescheiterte Fernseh-Moderatoren.

Also zeigte da der sich ewig verhaspelnde Eiferer in seiner Privatdomäne Mittwoch-Magazin einen Filmbericht aus Chile. Das interessiert natürlich auch Linke, möchten sie doch wissen, wie schnell und wie gründlich es den Genossen in der Anden-Republik gelingt, sich die in- und ausländischen Parasiten aus dem Pelz zu schütteln. Aber siehe da, Löwenthals heißer Atem ist lang und weiß auch noch vom deutschen Unternehmerleid aus x-tausend Kilometer Entfernung zu klagen: Da gibt es doch tatsächlich in Chile Bauern, abgearbeitete, verelendete Typen, wie man im Bild sehen kann, die meinen, Ackerboden und Viehweiden gehören in die Hände derer, die sie mit eben diesen Händen gerodet haben und bestellen, Kühe,

Das chilenische Volk unterstützt die neue sozialistische Regierung der Unidad Popular unter Allende. Die Parteien der UP, die bei den Präsidentschaftswahlen vor fünf Monaten 36,3 Prozent der Stimmen bekamen, erhielten jetzt bei den April-Wahlen 50,6 Prozent. Schneller noch als von der neuen Regierung vorgesehen, begannen jetzt die Landarbeiter mit der Verwirklichung eines wichtigen Programmpunktes der UP: sie haben angefangen, die Großgrundbesitzer von den riesigen Ländereien zu vertreiben, um ihr eigenes Land endlich auch in eigener Regie bewirtschaften zu können.

Traktoren und Pflüge dazu. Das Schlimmste jedoch, so berichtet Löwenthal-Korrespondent Kaiser von diesen Latifundien: diese Bauern nehmen sich das alles einfach von deutschen Eigentümern. Einen Dreck scheren die sich darum, daß der ganze schöne Reichtum erst durch Bonner Entwicklungshilfe zustande kommen konnte.

Spätestens hier reibt man sich das andere Auge und fragt verblüfft, was denn das für Entwicklungshilfe sein kann, die in Lateinamerika neue Latifundien wachsen läßt. Und so ist es wirklich: die Hertie-Erben, der Herr Schickedanz von „Quelle“, der Herr Otto vom „Otto-Versand“, sie und noch eine Reihe ähnlicher Großkopfeten, haben sich im Laufe der Jahre — hübsch Nachbar an Nachbar — in Südchile Ländereien zwischen drei- und fünftausend Hektar aus dem Wald herauschlagen lassen, sich ansehnliche Haziendas hingesetzt. Verwaltet werden sie von deutschen Gutsinspektoren, die Drecksarbeit verrichten billige einheimische Landarbeiter. Selbst die mieseste Form des Neokolonialismus ist diesen westdeutschen Parvenus nicht zu abgeschmackt. Freilich sollte dies auch den simpelsten deutschen Steuerzahler interessieren: Das Geld dafür — ca. 8 Millionen Dollar — führte der Entwicklungsversandhandel aus der Bundesrepublik nach Chile ein, geradewegs an der Bonner Staatskasse vorbei, in die es rechtens als Steuerabgabe der schiefelnden Kaufhauskonzerne

hineingehört hätte. Aber die Bonner Republik ist ja bekanntlich einer der spendierfreudigsten Entwicklungshilfestaat, und so können Hertie-Erben, Schickedanz und Versand-Otto ihre Steuerzahlungen zum Aufbau privater Rittergüter in den Urwald umdirigieren.

Nun heulen sie auf, die Hertie-Knacker, Steuerbetrüger und Mächtgern-Großagrariere: einfache Landarbeiter, unterstützt von der chilenischen Volksfront, machen ernst mit der westdeutschen Entwicklungshilfe, fragen weder beim Versandhandel noch bei Hertie an, ob sie diesen Landdiebstahl überhaupt begehen dürfen, nehmen sich ihr Land, um es ohne Inspektoren und deutsche Sommergäste zu bebauen. Wie herrlich dieses Bild des sich befreienden Proletariats! Der verstört dreinblickende Fabrikantensohn Löwenthal aber kommt noch mehr ins Stottern. So sei das mit der Entwicklungshilfe ja gar nicht gemeint gewesen. Und sein Hertie-Reporter Kaiser schickt ihm einen Begleitbrief mit der sinnigen, umwerfend logischen Beweisführung: Er habe einen landnehmenden Bauern gefragt, wie dieser dazu komme, den von Deutschen urbar gemachten Boden zu besetzen. Der Bauer habe geantwortet, nicht der „Patron“, er, der Bauer, habe den Wald gerodet. Fragt der ZDF-Kuli zurück: „Wer hat die Baumstumpen herausgezogen? Der Bauer oder der Ochs?“ Bild aus, Löwenthal hat wieder einmal Dienst getan. ■

Heiße Rhythmen aus Warszawa

Ein Radio-Jugend-Club bringt Pop und Politik

Von Ronald Sommer

Wer des morgens vom „fröhlichen Wecker“ wachgerüttelt wird und von Frank, Brigitte, Helga und Achim, Wicküler Bier, Coca-Cola, Omo, Dash und Tasmin-Intimspray zum Frühstück serviert bekommt, der gehört schon zur „schweigenden“ Konsumenten-Mehrheit, die sich vom kapitalistischen Schnulzensender Radio Luxemburg den miesen Alltag versüßen lassen will.

Doch es gibt eine Alternative für junge Leute: der Radio-Jugend-Club „Heute Abend“ in Warszawa. Als Luxemburg-Nachbar auf der Mittelwellenskala — 1502 kHz — ist der Popsender des Polnischen Rundfunks zum täglichen Treffpunkt junger Menschen in der Bundesrepublik geworden. Denn seit dem 16. Oktober 1968 meldet sich deutschsprachige Jugendprogramm jeden Abend um 20 Uhr und drei Minuten nach Mitternacht. Es unterhält seine Freunde nicht nur mit Popmusik, sondern bringt auch Politik, Diskussionen und Gespräche. Die Sendung wird natürlich von jungen Leuten gemacht; sie verbringen ihre Freizeit im Club, weil es ihnen Spaß macht.

Die Teens und Twens aus Warszawa werben für den „Heute Abend“-Club mit guten Ideen und viel Humor. Irgend ein Spaßvogel hat immer einen interessanten Einfall. Die tönende Visitenkarte ist sympathisch: „Wir sind ein Club all derjenigen, die sich für alles, was uns umgibt, interessieren und die Welt nicht etwa vom Standpunkt eines gelangweilten Zuschauers aus betrachten. Unsere Ansichten bringen wir in unseren Clubgesprächen und -diskussionen zum Ausdruck, woran sich jeder unserer Clubfreunde beteiligen kann.“

Der „Heute Abend“-Club hat inzwischen viele Freunde gewonnen. Natürlich können persönliche Kontakte mit den Clubteilnehmern in der Bundesrepublik nur selten stattfinden, aber auch die Korrespondenz ermöglicht einen regen Gedankenaustausch: Radio-Jugend-Club

„Heute Abend“, P. O. Box 46, Warszawa 1, Polen.

Langeweile gibt es für die Clubfreunde nicht. Das Wochenprogramm ist vielversprechend:

■ Montags sind Neuigkeiten im internationalen Musikmarkt zu hören sowie polnische Lieder, Gruppen und Sänger.

■ Dienstags wird die Hitparade des Clubs präsentiert.

■ Mittwochs ist das Meeting den Jazzfreunden gewidmet; außerdem wird die „interessanteste Platte der Woche“ vorgestellt. Informationen für Kurzwellenamateure beschließen den Abend.

■ Donnerstags steht eine „kleine Nachtmusik“ auf dem Programm. Keine Angst, mit Mozart braucht niemand ins Bett zu gehen. Denn Popmusik und Folklore — programmiert von den Hö-

rnern — ist bestimmt nicht zum Einschlafen gedacht. Doch „Nachtmusik“ wird von vielen Clubfreunden wörtlich genommen: das Lustlied „Je t'aime“ erfreut sich großer Beliebtheit. Vielleicht liegt es daran, daß auf bundesdeutschen Plattentellern nur die entschärfte Fassung läuft.

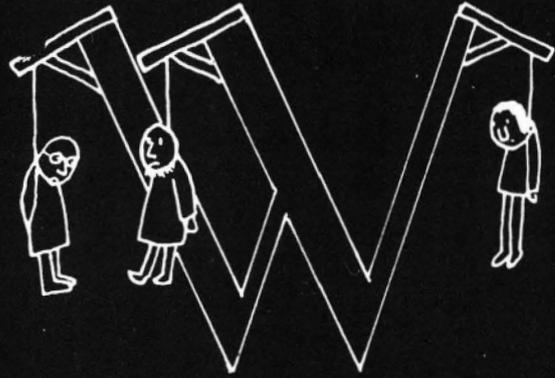
■ Freitags werden die Musikwünsche der Clubfreunde erfüllt. Ob Beatles oder Rolling Stones, Bob Dylan oder Jimi Hendrix — die Diskothek des „Heute Abend“-Clubs führt alle guten Titel der internationalen Popszene. Die Radioamateure können an diesem Tag wieder ihr „DX-Programm“ hören.

■ Samstags macht der Club einen Trip in den Underground. Progressive Popmusik beweist auch dem letzten Zweifler, daß die jungen Leute aus Warszawa „in“ sind.

■ Sonntags „beatet“ die Pop-Parade noch eine schöne Stunde für das Wochenende.

Pop und Politik, Gespräche und Diskussionen — eine gute Mischung des Radio-Jugend-Clubs „Heute Abend“ in Warszawa, die nicht entpolitisiert.

Überall in der Bundesrepublik demonstrierten vor allem junge Menschen für europäische Sicherheit, für Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und für den Abzug der US-Truppen aus Indochina. Sie waren einem Aufruf der Kampagne für Demokratie und Brüderlichkeit gefolgt, die erste April-Woche zu einer Aktions-Woche zu machen. Bei den über hundert Veranstaltungen wurden mehrere Hunderttausend Menschen angesprochen.



Programm: Mord

„Die Jugend Deutschlands ruft zur ‚Aktion aktiver Widerstand‘. Aktiver Widerstand gegen die rote Regierung, gegen Hoch- und Landesverrat. Wie einst in der düsteren Zeit der napoleonischen Unterdrückung die Reden eines Fichte das deutsche Volk veranlaßt haben, die Fesseln der Unfreiheit abzuschütteln, so ist es jetzt ebenso allerhöchste Zeit, daß wir gegen Unterdrückung, Verfälschung der Demokratie und folgende Verklavung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, allenfalls mit der Waffe in der Hand, kämpfen. Im ersten Flugblatt ist dargelegt worden, warum das zu geschehen hat. Getragen wird diese Aktion weiterhin von der aktiven Jugend, die zum Widerstand bereit ist.“

Jetzt gehen genauere Weisungen über die praktische Durchführung des aktiven Kampfes gegen die roten Genossen und Wegbereiter des Kommunismus: SPD, FDP und DKP.

Jeder Empfänger dieser Flugblattabschrift schreibe ebenso wiederum diese Abschrift ab und sende mindestens 3 bis 6 Abschriften an seine Kameraden im Bekanntenkreis weiter. In ganz kurzer Zeit wird die Parole in ganz Deutschland verbreitet sein: Wer hat uns verraten: Die Sozialdemokraten und Brandt an die Wand!

1. Die Wochenzeitungen „National-Zeitung“, „Deutsche Nachrichten“, „Deutsche Wochenzeitung“ nehmen eindeutig Stellung für ein demokratisches freies Deutschland in einem freien Europa und sind zu empfehlen. Jeder Deutsche sollte sie lesen.

2. Im Bekanntenkreis spreche

man über den roten Hochverrat von SPD, FDP und KPD, dem zwangsläufig der Kommunismus folgen wird.

Nur die CDU/CSU-NPD kann uns retten. Wir haben bereits eine Kerensky-Übergangsregierung mit Heinemann, Brandt, Wehner und Scheel — ein deutscher Stalin folgt.

3. Unterstütze jeder den Kampfband des Ostens AKON — Aktion Oder/Neiße. Flugblätter sind dort anzufordern.

4. Man lese das Buch von Willi Brandt (Fram) Verbrecher und andere Deutsche. Der Verbrecher Brandt hat durch Mordaufruf in Norwegen/Schweden dazu beigetragen, daß Tausende Deutsche von Partisanen ermordet wurden.

5. Es muß sofort gehandelt werden: Zwischenfälle herbeiführen, damit das Volk aufwacht.

6. Sabotageakte, Sprengstoffanschläge immer dort herbeiführen, wo wir Landesverräter treffen können: in Bonn, in den Parteizentralen der Roten, bei Kundgebungen der SPD, FDP und DKP.

7. Direkte vernichtende Angriffe gegen die Verräter Brandt, Wehner, Scheel mit Schußwaffen, Gift und anderen Vernichtungsmitteln. Um drei Verräter ist es nicht schade, wenn wir damit die Freiheit Deutschlands retten können.

Weitere Flugblätter folgen. Auf zur Aktion: gegen Verklavung, gegen Bolschewismus, gegen Diktatur — noch kann gehandelt werden, bald ist der Eiserne Vorhang gefallen.“

Aus einem Rundbrief der neonazistischen „Aktion aktiver Widerstand“, Würzburg

Wenn

arbeitsblenden Ihren honig selbst verspeisen
nur noch proleten an die rivlera reisen

die mieten und die preise stündlich tiefer sinken
die autofahrer nur noch klares Wasser trinken

die arbeitgeber um den letzten gastarbeiter schlange stehn
revierbewohner Ihren blauen himmel seh'n

die rußigen kamline wie die velchen duften
die führungskräfte nicht mehr führen sondern schufteten

die knappschaftsärzte um die liebe kundenschaft bangen
die krankenhäuser keinen krankenscheln verlangen

die bimmel-bummelbahnen und der ganze stadtverkehr
trotz nulltarife spurten wie die feuerwehr

der letzte latifundienbesitzer sein besitztum segnet
der letzte börsenjobber dir als leich' begegnet

politiker im boxing mit drei unzen streit
statt Ihre aggressivitäten unters volk zu breiten

ein jeder der bewaffnet auch nur einen knüppel trägt
gezwungen ist, daß er sich mit dem knüppel selbst erschlägt

Josef Büscher

Blinder Alarm

Grenzschutzalarm
im Zonengrenzbereich Ratzeburg:
der Radarschirm
zeigt zehn gepanzerte Fahrzeuge,
die sich in geschlossener
Formation
der Grenze nähern.

Alarmstufe zwei, Einheiten werden in Alarmbereitschaft versetzt, Telefone klingeln bis Bonn. Sofort aufgestiegene Aufklärer stellen den Sachverhalt richtig: Die Mähdrescher der LPG Dorf Mecklenburg sind zum Ernteeinsatz ausgefahren.

Peter Schütt

Nachruf

Infolge eines heimtückischen Anschlags, gemeinschaftlich verübt von den IG-Farben Nachfolgern BASF-Ludwigshafen, Farbwerke Hoechst und Bayer-Leverkusen, verstarb heute früh unser guter alter Vater Rhein.

Im Namen aller Hinterbliebenen: die Loreley, Bingen an der cloaca maxima.

Peter Schütt

Widerspruch

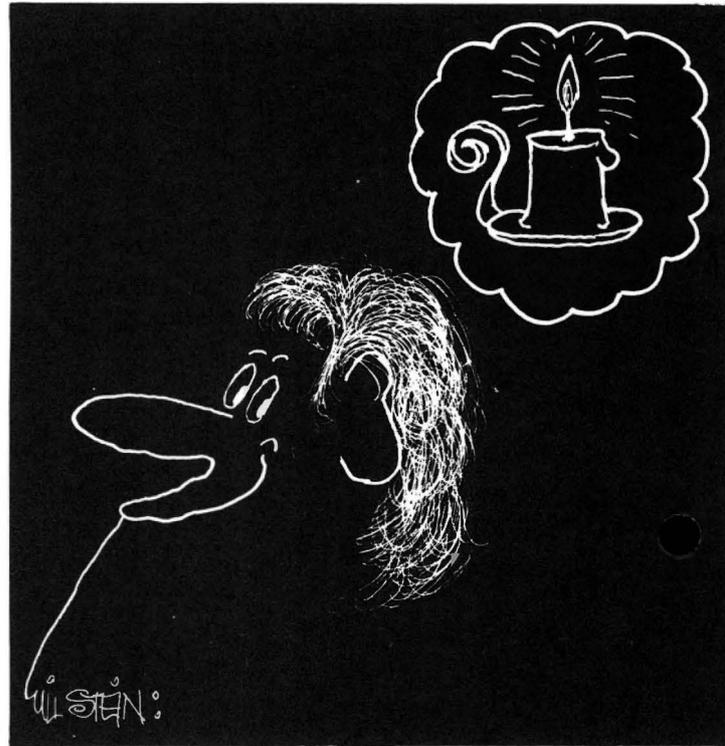
Das Bayer-Kreuz über der Rheinebene bei Leverkusen. Leuchtschriften werben für ein neues Mittel gegen Migräne. Darüber die blaugelbe Rauchfahne verrät: hier werden die Kopfschmerzen der Bayer-Kunden produziert.

Peter Schütt

Hausrecht

Als die Mietsuchenden das leere Haus besetzen wollten fanden sie es besetzt von der Polizei des Hausherrn. Als die Mietsuchenden von Ihrem Recht auf Wohnung Gebrauch machen wollten, traten Polizistenstiefel das Recht mit Füßen, und auch der Hausherr bestand darauf.

Peter Malwald



Geschichten vom Lehrling Paul

Sagte der Meister: Wer sich bei mir als Lehrling seine Brötchen verdienen will, der muß sie erst einmal holen. Das Prinzip ist gut, sagte Lehrling Paul, ich werde es dann mit meinen Rechten auch so halten.

Ich bestimme hier, ob und wann eine Frühstückspause eingelegt wird, brüllte der Meister, noch ist das hier schließlich mein Betrieb! Abwarten, dachte Lehrling Paul züversichtlich.

Über dem Arbeitsplatz des Lehrlings Paul hing ein handgeschriebenes Schildchen: Lehrjahre sind keine Herrenjahre. Es fiel einem sofort ins Auge, wenn man die Besenkammer öitnete.

Ich möchte doch einmal wissen, schrie der Meister täglich kurz vor Feierabend, wann hier ein mal richtig aufgeräumt wird. Das wird schneller geschehen,

als Sie denken, sagte Lehrling Paul eines Tages grimmig.

Als Lehrling Paul seine Lehrstelle antrat, sagte der Meister: Bei uns geht alles zu wie in einer richtigen Familie. Ach du Scheiße, dachte Lehrling Paul und wußte schon Bescheid.

Einmal hatte Lehrling Paul mit Kreide an die Wand geschrieben: Lehrzeit — Leerzeit. Das verstand der Meister nicht, seine Kasse war immer voll.

Uli Stein

Wie ist mein Arbeitsplatz?

Damit ich existieren kann da spuck ich in die Hände die Stoppuhr gibt das Tempo an am Jahresende scheffeln dann die Herrn die Dividende.

Die Stoppuhr regelt unsern Lohn beim Krauter wie bei Thyssen sie treibt dich an: Mach schneller noch sie sagt dir, wann du fressen darfst wann scheißen oder pissen.

Akkord, Akkord, der Kumpel schwitzt tagtäglich, jede Woche halb taub vom Lärm und ölbespritzt

AGITPROP

weißt du, wie ihm zumute ist
bei seiner Scheißmaloch.

Der Boß ist hier der Herr im
Haus
trotz manchem Schönheitspflaster
er stellt uns ein, er schmeißt
uns raus
drückt unsern Lohn und saugt
uns aus
wir malochen, er macht Zaster.

Du kannst nicht mehr so schnell,
Prolet
egal, mach schnell, laß gehn
du weißt, daß man es nicht
steht
wenns mit dem Tempo nicht
mehr geht
dann kannst stempeln gehn.

Genau gesagt, liegts am System
laßt uns den Kampf beginnen
wenn wir die Herren heißen
gehn
erst dann wird unser Leben
schön
der Anfang: Mitbestimmen.

Günter Hinz

Der Lehrling

Der Lehrling war von je her
schon
als Arbeitskraft begehrt —
bekam er doch nur wenig Lohn,
und hat sich nie gewehrt!
Er wurde viel umher gejagt,
und sprang für alles ein —.
Als Lehrling, hat man ihm
gesagt,
muß das nunmal so sein!
Ob er am End die Prüfung
schafft,

ist manchem Boß egal.
Die Hauptsach ist, die junge
Kraft
vermehrt sein Kapital!

Der Lehrling, wo er hingestellt,
ist keines Meisters Knecht.
Er braucht zum Leben,
nicht nur Geld,
auch sein verbrieftes Recht!

Und für die Bildung und den
Sport,
da braucht er Luft und Zeit!
Doch darum gibt es,
hier und dort,
noch manchen harten Streit!

Die Macht der großen Bosse
bricht
des Lehrlings kleine Hand:
Sie wird zur Faust,
mit Schwergewicht,
im mächtigen Verband!

Willy Sterna

Ein Wort Reagans

Ein rechtschaffener
und freiheitsliebender
Amerikaner,
erklärte Ronald Reagan,
Gouverneur von Californien,
brauche die Justiz des Landes
nicht zu fürchten.

Reagan wollte andeuten:
wer in seinem Lande
Freiheit und Recht liebt,
der darf wie Angela Davis
das Gefängnis nicht fürchten.

Peter Schütt

Unter- nehmungen

Der Unternehmer heißt
Unternehmer
weil er etwas unternimmt.
Der Arbeiter heißt Arbeiter
weil er arbeitet
Würden die Arbeiter
was unternehmen
müßten die Unternehmer
arbeiten

Floh de Cologne

Lehrlinge 1971

6.30 Uhr: Eine halbe Stunde bis
Arbeitsbeginn. Sieben Kollegen
mir gegenüber. Die Gesichter
zeigen kein Interesse. Man
spricht kaum. Es ist ein Tag wie
immer. Die kurzen Bemerkun-
gen, das gleiche Geschimpfe.
Alles in allem: ein mieser
Morgen.

6.45 Uhr: Der Polier betritt die
Bude. „Mor'n, na Gesellen,
woll'n mal wieder. A... heute
sind drei neue Lehrlinge dazu-
gekommen. Wer will die ein-
weisen? Mmm... keiner! Na,
auch gut, tja Karl und Manfred,
ihr nehmt einen mit an den
Plattentisch. Der kann euch
Bretter ranschleppen. Die ande-
ren beiden werd' ich zum Auf-
graben sancken.“

„Mensch, Kurt, das sind doch
Lehrlinge, die sollen doch hier
was lernen und keine Hand-
langer werden!“ Ein schiefer
Blick vom Polier und ich weiß,

was nun kommt. „Wir sind hier
auf einer Großbaustelle und
kein Kindergarten. Dann hätten
die Jungs bei einem Krauter an-
fangen müssen, hier wird Akkord
gearbeitet. Sollen wir uns mit
Werkzeugkunde beschäftigen?
Ihnen zeigen, wie man einen
Nagel reinhaut? Die können ja
die Augen aufmachen und den
Kopf haben die auch nicht nur
zum Haareschneiden. Die
Theorie bekommen sie ja in der
Berufsschule mit. Da haben die
den ganzen Tag Zeit. So, jetzt
haben wir genug geredet. Also
los!“

Draußen stehen drei Jungs. Den
Schutzhelm auf, Gummistiefel
und übergroße Regenjacken an.
Sie bekommen ihre Anweisungen
und trotten hinter uns her. Ich
dreh mich noch einmal zu ihnen
um, muß aber den Kopf schüt-
teln. Haben diese Lehrlinge
überhaupt eine Chance?

Während einer Zigarettenpause
greife ich den Gedanken wieder
auf und frage meinen Kollegen,
welcher Ansicht er sei. „Tja...
Chance! Lernen! Nee, die sind
schon fertig, bevor sie überhaupt
anfangen! Hier haben solche
Burschen keine Möglichkeit et-
was zu lernen. Diese Firmen
nehmen die Jungs nur aus. Bil-
liger können sie doch nicht an
Arbeitskräfte kommen. Ja, ja,
das sind miese Zeiten.“ Mit
einer gewissen Wut trete ich
meine Kippe aus. Darüber müßte
man mal an die Gewerkschaft
schreiben. Aber wer tut das
schon!

Klaus Mattejatt, Zimmermann
(Werkkreis-Text)

auch teurere Ausrüstungen werden verlangt — HDW liefert nur zu gern. Die hochgerüstete Bundeswehr, verseucht von alten und jungen Nazioffizieren und -unteroffizieren, ist mit den Rüstungskonzernen auf das engste verstrickt. Denn sie haben das gleiche Ziel: Ausdehnung ihrer Macht über die arbeitende Bevölkerung im eigenen Lande, um dadurch ihre gefährliche Expansionspolitik nach außen ungestörter betreiben zu können.

Die HDW-Bosse haben die rosa Zeiten des 2. Weltkrieges nicht vergessen: am Krieg verdienten die Rüstungskonzerne so viel wie nie zuvor. Die Gewinner waren sie! Aber die Arbeiterklasse hat ihre Lehre aus diesem Krieg gezogen: in dem Raubkrieg Hitlers und der Konzerne brachten sie die größten Opfer. Die Verlierer war sie!

Fassen wir zusammen:

- durch den explosionsartig gestiegenen Überseehandel
- durch neue technische Entwicklungen
- durch die hohe Abwrack- und Verlustquote
- durch stark gesunkene Bauzeiten auf Grund von Rationalisierungen und verschärfter Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten
- durch den Einstieg in die friedensgefährdende Rüstungsproduktion
- durch die ungehinderte Machtausübung

des Großkapitals in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft auf der Grundlage des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln

macht HDW auf Kosten der Arbeiterschaft riesenprofite und gefährdet durch seine Raubgier eine gesicherte Zukunft der arbeitenden Bevölkerung und der jungen Generation in Frieden und sozialer Sicherheit.

Es gibt keinen Grund, sich von dem ständigen und verlogenen Gejammer der HDW-Bosse beeindrucken zu lassen. Der Schiffbau ist kein „Arme-Leute-Geschäft“. Wenn sie nämlich keinen anständigen Gewinn machen würden, hätten sie das Schiffbaugeschäft längst an den Nagel gehängt und würden auch keinen roten Heller mehr investieren.

Was für alle Profitgeier gilt, trifft auch auf HDW zu: „Ohne Profit raucht kein Schornstein und läuft keine Maschine.“

Die Arbeiter und Angestellten von HDW haben in ihren Streiks bewiesen, was für alle Arbeiter gilt: „Alle Räder stehen still, wenn ihr starker Arm es will!“

Auf dem Festival „Arbeiterjugend contra Profitgeier“ wird die SDAJ von Schleswig-Holstein Anklage gegen den Schiffbaukonzern HDW erheben. Am Beispiel von HDW wollen wir der arbeitenden und lernenden Jugend von Schleswig-Holstein mit harten Fakten, Zeugenaussagen und Dokumenten beweisen, daß für ihre recht- und perspektivlose Lage in den Betrieben, Büros, Schulen und Universitäten das Großkapital die Hauptschuld trägt.

Mit der Anklageschrift, den Zeugenaussagen und dem Beweismaterial wollen wir der Arbeiterjugend jenen Einblick in die Politik der Monopole geben, der ihnen von der bürgerlichen Presse und dem Großkapital bewußt verwehrt wird.

Wir wollen damit auch die Grundlagen schaffen, damit die Teilnehmer an dem Festival der SDAJ im Interesse der grundlegenden sozialen und politischen Forderungen der Jugend einen Schuldspruch über den größten Industriekonzern in Schleswig-Holstein fällen können.

Nicht zuletzt wollen wir mit der Anklage und dem Tribunal gegen HDW der Arbeiterjugend die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Alternative zu der in der Bundesrepublik bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzeigen: den Sozialismus. Wo solche Konzernhaie und Feinde der Arbeiterjugend wie HDW nichts — die arbeitende Bevölkerung aber alles zu sagen hat.

Am Ende wollen wir mit unserem Tribunal gegen HDW dazu beitragen, daß die Arbeiterjugend den entschlossenen und organisierten Kampf gegen die Profitgeier noch zahlreicher als bisher führt.

(Im weiteren Text der HDW-Story folgen detaillierte Anklagepunkte zu den Komplexen: Rüstung, Berufsausbildung, Jugendvertretung, Prämienentlohnung, Werkwohnungen, HDW-Bilanz. Was verdienen die Bosse?

Die Dokumentation kann bezogen werden über Werner Braun, 23 Kiel, Stadtfeldkamp 22)

MELZER · POLITISCHE REIHE



IST DIE EPOCHE DES FASCHISMUS BEENDET?

Herausgegeben von Detlef Horster und Marios Nikolinakos
ca. 250 Seiten. Paperback DM 15,-

Die Antwort dieses Buches lautet: Nein.

Der Faschismus ist kein Unglücksfall der Geschichte, sondern eine latente Gefahr in der bürgerlichen Gesellschaft.

Jürgen Roth

ARMUT IN DER BUNDESREPUBLIK

Beschreibungen, Familiengeschichten, Analysen, Dokumentation
ca. 250 Seiten. Paperback DM 12,-

Typische Beispiele werden lokalisiert und beschrieben: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Wohnungselend in Stadt- und Dorflümmen, Obdachlosigkeit, Alter. Von der Beschreibung schreitet Roth zur Analyse: Er dokumentiert die gesetzmäßige Reproduktion vorhandener Armut durch die vorgegebene Gesellschaftsordnung. 90 Prozent der Kinder, die heute in Slümmen leben, werden auch in 20 Jahren dort sein.

Ausführlich untersucht er die Diskriminierung der Armen und anderer Opfer der profitorientierten Leistungsgesellschaft, geht den dubiosen Funktionen der Wohlfahrtsverbände und Kirchen nach und nimmt die Arbeit der staatlichen Armenpflege kritisch unter die Lupe.

Diese Arbeit wird durch eine umfangreiche Dokumentation ergänzt.

Melzer-Bücher
in jeder Buchhandlung oder durch
Buchdienst
61 Darmstadt · Postfach 827

elan: Am 15. Februar 1971 fand das 7. Plenum des Hauptvorstandes des Sozialistischen Jugendverbandes (ZMS) in Warschau statt. Auf dieser Sitzung wurde in Verbindung mit den Dezemberereignissen die Lage der arbeitenden und lernenden Jugend in Polen eingeschätzt und Aufgaben der weiteren Arbeit Eures Jugendverbandes diskutiert. Kannst Du für unsere Leser die Hauptergebnisse dieses Plenums kurz zusammenfassen?

Andrzej Zabinski: Als Hauptaufgabe bestimmte das Plenum die Vertiefung des Arbeitercharakters des Jugendverbandes. Wir wollen, daß unsere Mitglieder die wertvollsten Eigenschaften der Arbeiterklasse übernehmen, daß sie von der Arbeiterklasse die Klassensolidarität lernen sowie den proletarischen Haß gegenüber jeder Ungerechtigkeit, Ablehnung hohler Worte, Achtung für ehrliche Arbeit, Klassenstolz und -würde. So verstehen wir den Begriff des Arbeiter- und Klassencharakters unseres Verbandes, der in sich junge Arbeiter und Intelligenz vereint. Wir akzeptieren vollständig die in den Dokumenten des 7. Plenums des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) enthaltene Analyse vom Charakter der Dezemberereignisse und von den Ursachen der politischen und ökonomischen Krise. Indem die junge Generation in dem auf dem 7. Plenum der Partei beschlossenen Programm eine große soziale und berufliche Chance sieht, erteilte sie der Leitung der Partei Unterstützung, die durch erhöhte zusätzliche Leistungen beim Lernen und in der Arbeit zum Ausdruck gebracht wurde. Diese allgemeine Aktion der gesellschaftlichen und Produktionstaten nannten wir auf unserem Plenum „Geschenk fürs Vaterland“. Wir schenken dem Vaterland das Wertvollste – unsere Energie, Begeisterung und Glauben. Wir beantworteten den Aufruf des 7. Plenums der Partei, indem wir die Patenschaft über den Wohnungsbau in unserem Lande übernommen haben. Das Präsidium des Hauptvorstandes des ZMS wurde verpflichtet, notwendige Maßnahmen zur Erweiterung der Selbständigkeit und der Selbstverwaltung sowie zur Erhöhung der Rolle der Jugendvertreter in den Selbstverwaltungs- und Vertretungsorganen auf allen Ebenen des Systems der sozialistischen Demokratie einzuleiten. Das Plenum hat auch die Aufmerksamkeit auf die Erhöhung der Wirksamkeit der ideologischen und Bildungsarbeit gelenkt sowie auf die Vervollkommnung des Arbeitsstils des ZMS.

elan: Im Dezember 1970 sind auch junge Arbeiter auf die Straße gegangen. Die Regie-

»GROSSE AUFGABEN FÜR DIE JUGEND«

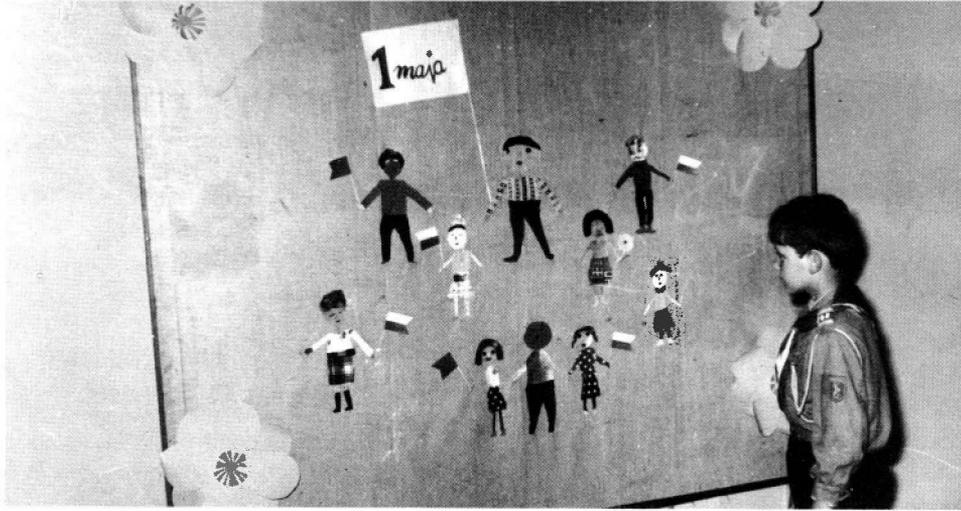
Exklusiv-Interview des elan mit Andrzej Zabinski, Vorsitzender des Sozialistischen Jugendverbandes Polens (ZMS)

rung und auch die PVAP haben mit ihnen diskutiert, und das 7. Plenum hat sich besonders an sie gewandt. Wie reagiert die junge Generation auf den Appell, im sozialistischen Polen Verantwortung zu übernehmen?

Andrzej Zabinski: In den Betrieben organisierten Gruppen von ZMS-Mitgliedern Aktionen zur Beruhigung der Aufregung, zur Unterbreitung der Vorschläge; sie diskutierten auch über die schwierigsten Fragen. Die Haltung der ZMS-Mitglieder während der Ereignisse an der Ostseeküste verdient eine Anerkennung. Das Entwicklungsprogramm des sozialistischen Polens, das auf dem 7. Plenum beschlossen wurde, ist in die Zukunft gerichtet und spricht besonders die Generation junger Polen an. Die Perspektive, die es vor der Jugend eröffnet, die herzlichen Worte, mit denen sich der 1. Sekretär des ZK Edward Gierek an die Jugend gewandt hat, beweisen eine Achtung, die die Partei gegenüber den Vorhaben der Jugend hat sowie Anerkennung für ihre soziale und berufliche Arbeit. Für uns wurden die Voraussetzungen geschaffen, alle unsere Möglichkeiten zu präsentieren und alle Aktivitäten zu entfalten. Indem wir unter der ideologischen Führung der Partei arbeiten, möchten wir die Verantwortung für unseren Bereich der politischen Arbeit übernehmen und tragen. Deswegen festigen wir die Verbundenheit der jungen Generation mit der Partei und stimulieren wie niemals bisher ihre Aktivitäten, als Ausdruck der Unterstützung für die neue Partei- und Staatsführung. Das beweisen gesellschaftliche und Produktionstaten, deren Wert Hunderttausende Zlotys hat, unser „Geschenk fürs Vaterland“.

elan: Edward Gierek hat Gedanken zur Zukunft der VR Polen geäußert. Danach wird das Polen der 70er Jahre von einem Geburtenhöchststand gekennzeichnet sein. Es wird darum gehen, Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, Wohnungen, moderne Verkehrswege. Welche Folgerungen zieht der ZMS aus diesen Überlegungen?

Andrzej Zabinski: In diesen fünf Jahre (1971 – 1975) werden wir Arbeitsplätze für 1,9 Mill. Mädchen und Jungen schaffen müssen, sie auf einen Beruf vorbereiten, Wohnungen sichern. Der ZMS machte im vergangenen Jahr eine Übersicht der Qualifikationen der jungen Arbeiter. Sie gibt uns nicht nur eine Vorstellung über den Stand der Beschäftigung, sondern ermöglicht auch positive Vorschläge zu unterbreiten. Wir schließen uns dem Programm zur Vorbereitung auf einen Beruf und zur sozialen und



Links: Die Bilder, die dieser Junge aus Wroclaw (ehemals Breslau) an der Tafel seines Klassenzimmers angebracht hat, verraten, unter welchem Gesichtspunkt er den 1. Mai sieht: Für ihn ist es ein Tag der Freundschaft mit den Kindern anderer Länder.

Unten: Das Warschauer Wiederaufbau-Tempo wurde Anfang der fünfziger Jahre weit über Polens Grenzen hinaus berühmt: eine neue Hauptstadt entstand auf den Trümmern, die der Faschismus zurückgelassen hatte. Hier eine Teilansicht der Neubaublocks in der „Marzalkowska“, der Prachtstraße Warschaus.

beruflichen Einordnung der neuen Jahrgänge der Jugend an.

Wir verfügen auf diesem Gebiet über vielfältige und bewährte Arbeitsformen.

Die polnischen Jugendverbände, wie ich bereits sagte, übernahmen die Patenschaft über den Wohnungsbau. Diese Patenschaftsinitiativen bestehen darin, daß Mitglieder der Organisation in speziellen Brigaden im Bauwesen arbeiten, daß die Möglichkeit gegeben wird, ein Drittel des Wohnungsbeitrages durch persönliche Arbeit zu ersetzen (den Rest deckt der Betrieb), daß verschiedene Formen der beruflichen und sozialen Tätigkeit in den Bauschulen, auf den Bauplätzen, in den Konstruktionsbüros, in der Bauindustrie entwickelt werden.

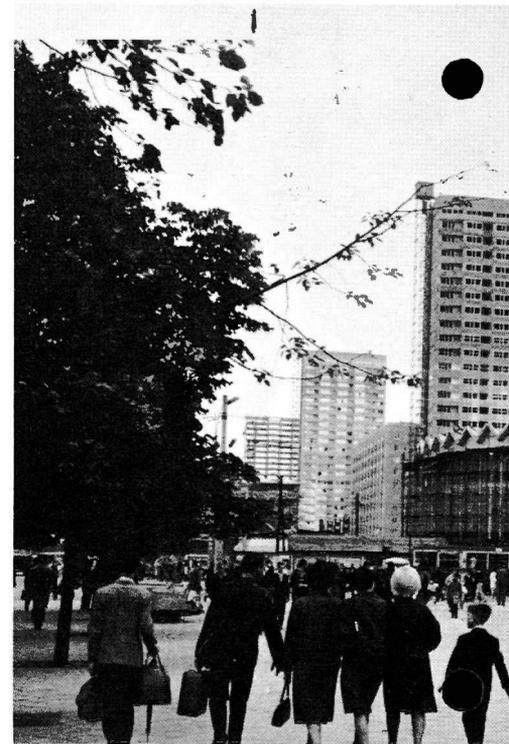
Eine große Rolle werden dabei die freiwilligen Arbeitsbrigaden zu erfüllen haben, die während der Ferien bzw. ständig arbeiten. Die Patenschaft wird die meisten Kräfte der Jugend in Anspruch nehmen, obwohl auch vorgesehen ist, daß sich Jugendbrigaden an der Realisierung anderer wichtiger Vorhaben beteiligen werden, u.a. am Bau der Autobahnen.

elan: Kannst Du uns erläutern, was Ihr unter „aktion signal“ versteht?

Andrzej Zabinski: Diese Aktion besteht darin, jede Verschwendung des Baumaterials sowie jegliche Produktionsreserven aufzudecken und ihre Auslastung zu ermöglichen.

elan: In Deiner Rede vor dem 7. Plenum hast Du festgestellt, daß die politisch-ideologische Arbeit in allen Erziehungsbereichen intensiviert werden muß. Gibt es dazu konkrete Überlegungen auch im Hinblick auf den Abbau der Illusionen über rechtsopportunistische Politiker des Westens?

Andrzej Zabinski: Ich möchte vor allem betonen, daß im Laufe der Dezemberereignisse niemals die Grundlagen des sozialistischen Systems, die Richtigkeit der Programme und Richtlinien der sozialistischen Umwandlungen des Landes in Frage gestellt wurden, auch die Außenpolitik der VR Polen und unsere Bündnisse wurden nicht kritisiert, obwohl es viel Enttäuschung und Unzufriedenheit mit zahlreichen praktischen Erscheinungen in unserem politischen und wirtschaftlichen Leben gab. Gegenstand der Kritik waren aber weder ideologische Grundlagen des ZMS noch dessen Gesamtprogramm.



Das Sonderangebot des Monats:



Song 70

u. a. mit dem Oktober-Klub Berlin, Singeklub Hoyerswerda, Gruppe Iskateli (UdSSR), Cynthia Nokwe (Südafrika), Kurt Demmler

(Sollten Sie diese Platte bis zum 31. 5. 1971 bestellen, erhalten Sie sie zum Sonderpreis von DM 15,-)

Weltkreis-Verlags-GmbH
Schallplatten

46 Dortmund, Brüderweg 16

Wer heute immer noch die Hoffnung hat, Polen könnte den Weg der sozialistischen Entwicklung verlassen oder den Weg der Konzessionen für die dem Sozialismus fremden Grundlagen der sozialen und ökonomischen Entwicklung beschreiten, der hat längst die Grenze überschritten, die die Wirklichkeit von den Mythen trennt. Obwohl die polnische Jugendbewegung viele Organisationsformen hat, ist sie unteilbar und politisch völlig vereinigt. Wir betrachten als ganz und gar aktuell die Aufgaben des Jugendverbandes, wie sie von Lenin formuliert wurden: Erziehung im Geiste der kommunistischen Idee und Vorbereitung auf konkrete Aufgaben in der Volkswirtschaft. Die Arbeiterbewegung kultiviert ideologische Hal-



tung von ihrer Gründung an. Die ideologische Haltung ist also eine traditionelle Haltung aber auch eine moderne: Ohne eine Leitidee in der Arbeit verliert das Leben den Sinn. Die Intensivierung der ideologisch-erzieherischen Arbeit im Verband verstehen wir vor allem als eine konsequente Tätigkeit zur Erziehung durch Arbeit und Verwirklichung des Prinzips „der Sozialismus wird durch Taten aufgebaut.“ Das umfaßt auch die Vervollkommnung des Erziehungssystems, der Beteiligung der Massenmedien an der sozialistischen Erziehung sowie die Erweiterung der Formen der kulturellen und Propagandaarbeit des Verbandes.

elan: Die SDAJ hat Euch in einem Brief über die gegenwärtige politische Situation in der BRD informiert und die Erwartung ausgesprochen, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den jungen Sozialisten unserer beiden Länder noch enger gestalten werden. Wie schätzt Ihr die Zusammenarbeit zwischen SDAJ und ZMS ein?

Andrzej Zabinski: Indem ich für den Brief danke, möchte ich zum Ausdruck bringen, daß die Kontakte zwischen unseren Organisationen bereits ihre Tradition haben, und daß wir weiterhin alles tun werden, um ihre Formen zu bereichern, so daß sie von einem immer mehr nutzbringenden Inhalt erfüllt werden. Ein guter Anlaß zur Festigung der Bande zwischen unseren Organisationen waren sowohl gegenseitige Besuche unserer Delegationen als auch Begegnungen auf dem Forum des Weltbundes der Demokratischen Jugend.

Die Generation der jungen Polen weiß Eure Aktivitäten, Euren Kampf um politische und soziale Rechte der Jugend, aber auch um Hirne und Herzen der Bevölkerung der BRD zu schätzen. Diese Achtung ergibt sich aus der Übereinstimmung unserer Ideale und aus unserem Verständnis dafür, unter welch schwierigen Bedingungen ihr zu arbeiten habt.

Es gibt keine Hindernisse bei der Festigung unserer Kontakte. Im Gegenteil, es gibt immer mehr bedeutsame politische Ursachen, und angesichts dieser Umstände ist unser festes Bündnis unentbehrlich.

elan: Auch andere Jugendverbände der BRD haben zu erkennen gegeben, daß sie die Intensivierung freundschaftlicher Kontakte wünschen. Was soll nach Eurer Meinung getan werden, um den Vertrag von Warschau in Kraft zu setzen und mit Leben zu erfüllen?

Andrzej Zabinski: Die Ratifizierung des Vertrages über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und Polen durch den Bundestag ist ein Faktor, der die Intensivierung der Kontakte der polnischen Jugendverbände mit den Jugendorganisationen der BRD – und das nur mit diesen, deren Programm nicht im Widerspruch mit Interessen unserer Staaten und unserer Bevölkerung steht – bedingt.

Was soll getan werden, um den Vertrag mit Leben zu erfüllen? Man muß mit seinem Inhalt an das Bewußtsein jedes Bürgers herankommen, man muß in bezug auf den Geist des Vertrages sich mit den Programmen und Manifesten verschiedenartiger politischer Kräfte auseinandersetzen, die weiterhin die politische Atmosphäre nicht nur in der BRD sondern in ganz Europa vergiften.

Die Gründung der DDR, des ersten Staates in der Geschichte Deutschlands, der die Beziehungen brüderlicher Freundschaft und Zusammenarbeit mit Polen angeknüpft hat, war der erste Durchbruch in der voller Feuer, Panzer und menschlicher Tragödien reichen Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen.

Das Inkraftsetzen des Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der VRP und der BRD wäre auch ein bedeutender Akt in der Geschichte dieser Beziehungen. Wir sind uns dessen bewußt, daß es nicht leicht fallen wird, die jahrhundertlang dauernde Kluft zwischen unseren Völkern abzubauen. Das sollte uns jedoch nur zu weiteren Anstrengungen bewegen.

WIR[★]

DRUCKTEN
VON DIN A8
BIS DIN A1

BÜCHER
BROSCHÜREN
ZEITSCHRIFTEN
PROSPEKTE
KATALOGE
DRUCKSACHEN
ALLER ART



HOSCH GMBH
OFFSETDRUCK+
WERBEGRAFIK

6 FRANKFURT
HELDENHEIMER
LANDSTR. 78A
TEL. 0671/571051

Carsten Linde



SONG MAGAZIN

Auf dem Cover sieht man fünf als Astronauten verkleidete Musiker, die das auf den Kopf gestellte Sternenbanner in einer Kraterlandschaft errichten. Im Inneren der Hülle wird auf die Gefahren der Umweltverschmutzung hingewiesen und darüber informiert, daß einer der schönsten Naturschutzparks Kaliforniens mit seinen riesigen Urweltbäumen fortschreitender Industrialisierung zum Opfer fallen soll. Der Titel „Future Blues“ der gleichnamigen LP (Liberty LST 11002, 20 DM) greift dieses Thema noch einmal auf. Im Song „Let's work together“ ruft die US-Gruppe CANNED HEAT alle Hörer zu gemeinsamer Aktion: „Laßt uns zusammenhalten, denn nur gemeinsam können wir Widerstand leisten.“



16 Lieder von Bob Dylan singt JOAN BAEZ auf den 2 LPs des Albums ANY DAY NOW (Vanguard SMV 2228/29). Nicht nur durch die Auswahl der Songs, die von dem frühen „One two many mornings“ bis zu „Dear Landlord“ reicht, können diese Platten als die besten von Joan Baez gelten, sondern vor allem durch die abwechslungsreichen Arrangements und die Ausstrahlungskraft ihrer Interpretationen. Hervorragende Lieder, wirkungsvolle Begleitung, eine außergewöhnliche Sängerin (die auch einige Illustrationen auf der Hülle beigesteuert hat) – zum günstigen Preis von 29 DM.

Deutsche Gruppen werden zu Geheimtipps der internationalen Pop-Szene. AMON DÜÜL II gilt seit Erscheinen des Doppelalbums YETI (Liberty 83359/60, 29 DM) als typische „German-Rock“-Gruppe. Erstaunlich ist, daß die Musik der Düüls im Lande der Udos, Roys und Heintjes entsteht und Verbreitung findet. Sie ist ein musikalisches Happening, in dem alle Formen der zeitgenössischen Musik enthalten sind. Der fortwährende, hämmernde Beat sorgt für das rhythmische Rückgrat, damit das Ohr bei den ständig wechselnden, improvisierten Bildern und Sprüngen eine Stütze findet. Niemals taucht ein Schema auf. Amon Düül musiziert in einer ununterbrochenen Kette von neuen Konstruktionen. Yeti ist ein Album für diejenigen, die in der „freien Musik“ trotz allem noch Strukturen und manches andere entdecken.



„Macht den Unternehmern Dampf: Jubel, Trubel, Klassenkampf!“ soll eine „Pläne“-Karnevals-Platte heißen, die zur nächsten Session erscheinen wird. Wer die „vernagelte Verlogenheit organisierter Heiterkeit“ vergessen machen will, sollte seine Textvorschläge bis zum 30.6.71 einsenden an: Verlag „Pläne“, Programmrat, 46 Dortmund, Humboldtstr. 12, Tel.: (0231) 143996.



In Hamburg hat sich eine neue Agitpropgruppe gebildet: Die „Liedermacher“, von denen einige aus der Hamburger Song-Gruppe stammen. Kontaktadresse: Renate Bauche, 2 Hamburg 71, Werfel-Ring 64, T.: 6409516



Spätestens seit der Musik zu den Filmen „Performance“ und „More“ sollte die herkömmliche Hollywood-Filmmusik mit Streich- und Bläserorchestern sowie dramatischen Chören entlarvt und unmöglich geworden sein. Die Musik zum Film „More“, der von der Abhängigkeit und Realitätsflucht drogen-süchtiger Menschen berichtet, schrieb die Gruppe PINK FLOYD (More EMI 1 C 062-04096, 20 DM). Die kreisenden, wuchernden, verebbenden, strudel- und sogähnlichen Klangkaskaden von Pink Floyd verdeutlichen die Ausweglosigkeit der sich allmählich zu Tode spritzenden Hauptpersonen des Films.

Stark von der Folk Music beeinflusst ist die Musik zu PERFORMANCE (Warner Bros. BS 2554 – ST, 20 DM). Sehr gegensätzlich und spannungsreich werden hier Bottleneck-Gitarren, Dulcimer, Maultrommeln und Rock-Instrumente nebeneinander eingesetzt. Protest und Agitation sind in dem Lied „Wake up, niggers“ enthalten. Sänger wie Buffy St-Marie, Mick Jagger, machen diese LP ebenfalls zu einem Meilenstein der Filmmusik.



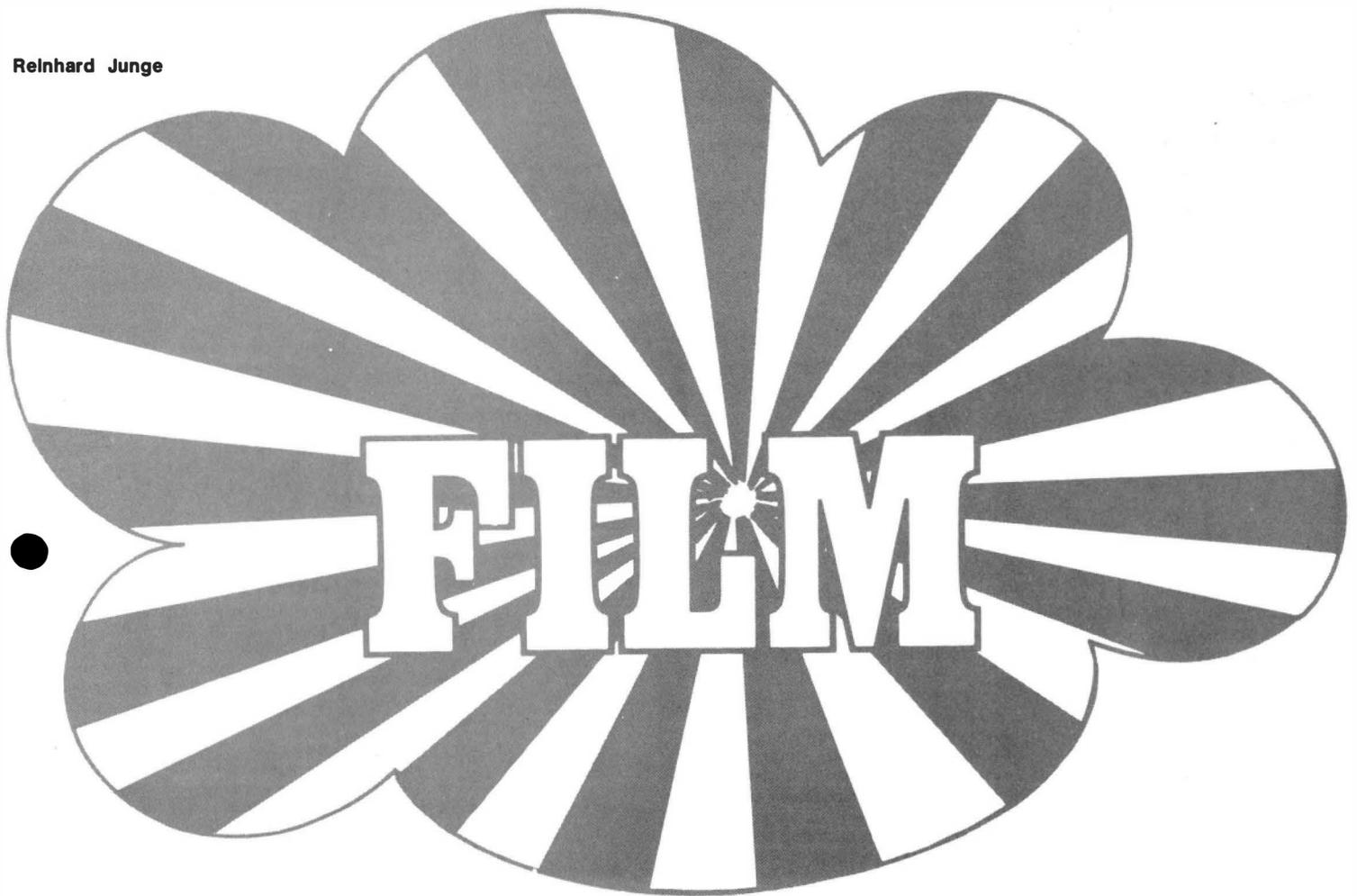
KRAFTWERK (Philips 6305 058, 20 DM) heißt eine von den drei Musikern Ralf Hütter, Florian Schneider und Andreas Hohmann gebildete Gruppe, die auf ihrer ersten LP mit wenigen Instrumenten (Orgel, Flöte, Geige, Perkussionsinstrumente) eine kraftvolle, eigenwillige Musik vorstellt. In ihr spiegeln sich die Schallwellen der Düsenjäger und die Megahertzwellen der Überlandtrafostationen. Sie „siedet und brodelt und wasset und zischt, als wenn Wasser und Feuer sich menget“, wie andere Musik selten zuvor. Diese ungewöhnliche LP kann man nicht nebenher hören, man muß sich Zeit nehmen und sich voll darauf konzentrieren.

Hervorragende Liedermacher sind selten auch gute Musiker. MELANIE (Buddha 203028, 20 DM) – eine Nachfolgerin



der großen Folk-Sängerinnen, ist beides. Ihre individuelle Stimme reicht von weich und verhalten, schmeichelnd, über kraftvoll-mächtig und verschölich-flehend bis zu einem naiven kindlich-brüchigen Ton. Melanies Lieder – ansprechende Texte zu raffiniert klingender Gitarrenbegleitung – erzählen von ihren Wünschen, Fehlern und (un)politischen Ansichten, ohne pubertäre Philosophie oder jungmädchenhafte Tragik zu verbreiten.

GEORGE HARRISON schrieb früher einige der schönsten Beatles-Songs. Seit er sich als Solist versucht, hat er zwar immer noch den legendären Beatles-Erfolg, aber seine Individualität als Musiker verloren. In einer aufwendigen Kassette präsentiert er seine jüngsten Lieder auf drei LPs ALL THINGS MUST PASS (Apple 1 C 192-04 707/8/9 Y, 49 DM). Auf ihnen hört man alle denkbaren und gängigen Musik-Klischees: mit hoffnungslos überarrangierter Begleitung bleibt Harrison zwischen Country-Music, Schulze und Soul stecken. Seine Texte sind der Gartenlaube näher als den siebziger Jahren. Harrison besingt allein in sechs Liedern zum Teil im Gospel-Stil die Allmacht Gottes und die befreiende Religion, in anderen verbreitet er verschleierte Lebensphilosophie wie z.B.: „Ist es nicht traurig, daß wir uns immer wieder gegenseitig wehtun?“ (Harrisons Songs der ersten zwei LPs und ihre aufdringliche Begleitung sind für mich kaum anzuhören. Erst auf der dritten LP „Apple-Jam“ tut sich noch was Gutes: da improvisieren und jammen die an den Aufnahmen beteiligten Musiker voller Begeisterung und lustigen Einfällen.



Der Teufel kam aus Akasava

Etwas zähflüssig läuft die ganze Geschichte an: da tastet sich eine Gestalt im Astronauten-Look durch einen unterirdischen Stollen bis zu einer verborgenen Felsspalte vor, fummelt einen Stein von gleißender Helligkeit aus dem Geröll heraus und verpackt ihn sorgsam in einem strahlensicheren Bleiköfferchen. Fünf Filminuten später liegt der Ärmste mehrfach durchlöchert in einem Tropen-Bungalow und muß die für kargen Tagelohn erworbene Beute mit dem Leben bezahlen: den Profit machen andere, denn dieses Steinchen kann, so wollen es die Autoren, jedes beliebige Metall in „echtes“ Gold verwandeln. Mehr als die Devise „Gold-Geld-Macht“ ist freilich von der Afrika-Erzählung „Akasava“ des Kriminalmeisters Edgar Wallace nicht geblieben: Düsenriesen haben die schwerfälligen Vorkriegsflugzeuge ersetzt, und wo der puritanische Wallace schamhaft



eine Schreibpause einlegte, da strippen jetzt schlanke Mädchen in schummrigen Night-Clubs und wälzen sich nackte Körper über die Leinwand. Sex and Crime ist die Losung dessen, was als „Edgar-Wallace-71“ in die Kinos kam. Dennoch: spannend wird es schon, wenn die ersten lahmen Minuten vorüber sind und Re-

gisseur Jess Frank hat eine Reihe bewährter Darsteller vor die Kamera gebracht: Horst Tappert („Die Gentlemen bitten zur Kasse“), Susan Korda, Fred Williams („Rinaldo Rinaldini“), Walter Rilla und Blandine Ebinger. Wer von Ihnen der schlimmste Bösewicht ist, werden fleißige Kinogänger selbst herausfinden müssen.

Notizen

Oberhausen: In Verbindung mit den XVII. Westdeutschen Kurzfilmtagen finden vom 30. April bis zum 8. Mai unter dem Titel „3. Filmothek der Jugend“ spezielle Jugendfilmveranstaltungen statt. Einige der Einzelthemen: „Krieg und Frieden“, „Emanzipation der Frau“, „Sex und Sexualität“. Unser Tip für Leser aus dem Ruhrgebiet: hinfahren, mitdiskutieren. Informationen gibt es im Oberhausener Jugendzentrum. Tel.: (02132) 85 26 34.

Mönchengladbach: Am 1. April nahm die erste als Dauererrichtung bestehende „Filmothek

der Jugend“ in der BRD Ihre Arbeit auf. In einem jährlich wechselnden Angebot werden für vier Altersgruppen je etwa 20 Spiel- und Dokumentarfilme bereitgehalten. Jugendgruppen, Schulen, Arbeitsgemeinschaften können sie gegen eine Gebühr von 20,— DM für nichtgewerbliche Zwecke ausleihen.

Kansas City (USA): Das „Geschäft seines Lebens“ erhofft sich ein Filmproduzent, der für die superniedrige Summe von 160 000 Dollar die Mordtaten der Charles-Manson-Clique verfilmt hat. Mansons Anwälte waren, wie die „Welt“ zu vermeiden weiß, von der „Realität“ des Films überrascht.

Merke: Im Kapitalismus kann man aus allem Profit machen — insbesondere, wenn man die Ideologie der Gewalt predigt. Die US-Army hat nämlich Nachwuchssorgen.

POST

Abbestellung

Es gibt wohl immer noch unzufriedene Leser...

Hiermit bestelle ich die politisch einseitige, teilweise primitiv versexte „Jugendzeitschrift“ elan ab sofort ab.

P. Z., Hof

Pop-Musik

Nicht auf allgemeine Zustimmung stieß unser Artikel „Wie links ist Pop?“ in Heft 3/71.

Die „Underground-Vereinigung“ ist lediglich eine Krankheit, die ihren Ursprung nur in der kapitalistischen Gesellschaft finden konnte und mußte. Man sollte diesen Menschen nicht einfach Vorwürfe machen, sondern eher versuchen, sie vor ihrem eigenen Untergang zu retten. Auch wenn dieses vielleicht unmöglich erscheint. Den Artikel empfand ich als nicht besonders gelungen. Es ist nur ein Artikel von vielen, der die Pop-Musik ‚verdammte‘. Jeder politisch Engagierte wird wahrscheinlich selber fähig sein, sich ein Urteil über das Woodstock-Festival und über die vielen anderen Veranstaltungen ähnlicher Art zu bilden.

Da sind reine Informationen schon angebrachter als lange Kommentare. Zur Pop-Musik ist vielleicht noch zu sagen, wer bleibet uns denn eine wahre Alternative? Vielleicht Degenhardt oder Süverkrüp. Ich will nicht sagen, daß die politischen Songs der beiden schlecht wären, aber es ist doch ein ganz anderer Stil als die Musik der kommerziellen Bands.

Sie schreiben: „Je mehr jedoch seitdem die Manager der großen Schallplattenfirmen im musikalischen Protest kommerzielle Chancen sahen, desto rapider ging es abwärts mit der kritischen Aggressivität die etwa der frühe Bob Dylan noch hatte.“ Das ist wohl jedem klar, der sich damit beschäftigt. In Ihrem Bericht fehlt eindeutig die Analyse warum das so ist.

Meist der Autor dieses Berichtes ernsthaft, daß es jemanden gibt, der glaubt, daß sich mit dem Woodstock-Happening ein Sozialismus anbahnt?

Kommerzielle Pop-Musik hat nichts mit progressiver Musik zu tun. Das muß jedem, der sich die Bedeutung dieser drei Fremdwörter klarmacht, bewußt werden.

(progressiv = fortschreitend, fortschrittlich; kommerziell = kommerzielle Musik wird um des Geldes willen gemacht und aus sonst keinem Grund! Pop = Populär = allgemein beliebt.)

Es ist nicht nur wichtig eine Krankheit zu erkennen, wichtiger ist die Ursache zu finden und diese zu bekämpfen bzw. zu beseitigen. Und das ist es ja schließlich, was wir alle wollen.

DIETER GONTRUM, Gummersbach

In dem Artikel „Wie links ist Pop?“ zählt der Autor über vier Selten Negative über Pop-Musik auf. Er rechnet schonungslos mit dem Underground-Unfug ab. Recht hat er! Doch ist wohl unbestritten, daß es neben pseudo-progressiver Kleinbürgermusik auch wirklich gute Gruppen gibt. Dies wurde bis auf einige wenige Zellen unterschlagen. Ihr seid eine kritische Zeitung. Doch außer negativer Kritik soll es auch noch positive geben. Ich würde es daher begrüßen, wenn ihr in einer Eurer nächsten Ausgaben auf meinen Vorschlag eingehen würdet und einen Report über wirklich kritische Songs von heute veröffentlicht wie man sie auf den Platten von Zappa, Seeger, Judy Collins, MC 5 und Greatful Dead findet.

HELMUT MERSCHROTH,
Bickenbach

Bundeswehr

Der „Arbeitskreis für Friedensfragen, Münster, der sich auch an der Aktion „Soldat 70“ beteiligt, schreibt folgenden Brief. Es handelt sich lediglich um kurze Andeutungen zur Diskussion. Der Arbeitskreis bereitet z. Z. eine grundlegende Schrift vor.

Es läßt sich zwar nicht verheimlichen, daß wir in Bezug auf die Bundeswehr und Militär überhaupt, wohl etwas unterschiedlicher Meinung sind. Aber einig sind wir uns ja wohl, daß die BW abgeschafft werden muß. Das dürfte wohl nur im Rahmen einer weltweiten Abrüstung möglich sein. Wir sind jedoch der Meinung, daß wir durch Kriegsdienstverweigerung, und zwar in jedem politischen System, den entsprechenden Druck auf die Herrschenden und vor allem auf die Kapitalisten ausüben müssen, um dies in Gang zu setzen.

Wir geben uns keinen Illusionen hin, eine Veränderung des jetzigen politischen Systems in der BRD und im „freien“ Westen ist dazu nötig. Das sagen wir jedem offen, aber genauso sagen wir, daß eine wirklich grundlegende Änderung des Systems nicht mit gewaltsamen Methoden möglich ist. Gewaltsame Methoden als Prinzip sind eine Form des Faschismus und bergen immer diese Gefahr in sich, auch wenn sie mit noch so guten Argumenten verteidigt werden können. Wenn ihr dies verstehen wollt, so müßt

Ihr euch eingehend mit dem Konzept der sozialen Verteidigung auseinandersetzen.

I. A. WERNER MOCHE, Münster

Leserkritik

Im Leitartikel in Heft 3/71 schrieb Ulrich Sander: „Die Gesellschaft der USA ist mit allen Merkmalen des Faschismus ausgerüstet.“ Dazu ein Leser:

Diese These halte ich für ausgesprochen gefährlich. Denn: Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung haben besonders in den letzten Jahren vor der Hitler-Barbarei gezeigt, daß es falsch ist, die Vorstufen des Faschismus mit dem Faschismus selber zu wechseln. Die Folge davon wäre, den Zeitpunkt nicht zu erkennen, wenn der offene Faschismus an die Macht drängt, und somit eine falsche antifaschistische Strategie zu entwickeln; wie verhängnisvoll dies wäre, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem Nixonismus und dem Faschismus besteht in der nicht unwichtigen Tatsache, daß die demokratischen Kräfte zwar in ihrer Arbeit sehr stark behindert, aber noch nicht verboten und in die Illegalität gedrängt werden. Es ist in den USA im Zweifelsfall sicher wichtiger, extrem faschistische Kräfte wie Wallace zurückzudrängen, als Nixon zu stürzen (so wichtig und unverzichtbar dieses Ziel auch ist); diese Aussage gilt allerdings nur, wenn der extreme, offene Faschismus eine reale Gefahr darstellt.

Noch ein paar Worte zur Gestaltung des elan. Zum ersten Teil (wie in Heft 3/71) der erste Teil aus leicht lesbaren Stories bestehen, was aber natürlich nicht Entpolitisierung bedeutet. Meldungen aus den Jugendorganisationen sollten in die Mitte oder in den zweiten Teil des Heftes.

Zum zweiten halte ich die Behandlung des Weltraum-Artikels (4/70) nicht für günstig. Ganz abgesehen von den vielen Fremdwörtern rechtfertigen Wichtigkeit für den Kampf der lernenden und arbeitenden Jugend sowie das „öffentliche Interesse“ an diesem Thema nicht einen so langen Artikel an so herausragender Stelle.

Zum dritten wünschte ich mir mehr Informationen über die Arbeit der Vorstände der sozialistischen Jugendorganisationen (Tagungen, Beschlüsse, Initiativen...) Die Berichterstattung über ausländische sozialistische Jugendorganisationen sollte verstärkt und mit mehr Einzelheiten fortgesetzt werden, da die international gemachten Erfahrungen auch für uns sehr interessant sind.

REINHARD BOHNE, Hamburg

An Redaktion
"elan"
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis. Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

PS.
Betrifft:
Briefkontakte

Liebe Leser!
Schreibt uns
Eure
Adressen-
wünsche. Wir
werden Euch
gerne
Anschriften
aus den
verschiedenen
Ländern
übersenden.



Pressefreiheit

Von seinen Erfahrungen mit der „freien“ Presse berichtet ein Leser aus Essen.

Fakt 1: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten . . .“ (Grundgesetz, Artikel 5, Absatz 1)

Fakt 2: „Was wollt ihr denn überhaupt, hier könnt ihr doch Eure Meinung frei äußern, in der Ostzone hätte man Euch längst verhaftet.“ (Diskussionsbeitrag bei einer Demonstration in Essen)

Zweimal wird mir gesagt: „Du kannst Deine Meinung frei äußern.“ Darüber bin ich sehr erheitert, sagt es mir doch, daß ich in dem demokratischen Staat lebe. Also ging ich vor einigen Tagen frohen Mutes zu der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) und der Neuen Ruhr Zeitung (NRZ) um in einer Privatanzelge von meinem Grundrecht Gebrauch zu machen und meine Meinung frei zu äußern. Folgendes jedoch spielte sich dabei ab:

WAZ: „So etwas können wir nicht in die Zeitung setzen. Erstens interessiert das nicht unsere Leser, und zweitens bekommen wir – abgesehen von vielen bösen Leserbriefen – Ärger mit der Staatsanwaltschaft.“

NRZ: „Zu unserem Bedauern können wir solche Anzeigen nicht annehmen. Unsere Zeitung möchte nicht in einen Prozeß verwickelt werden.“

Hoppla, fast hätte ich vergessen zu sagen, wie meine Privatanzelge lauten sollte:

„136. Starfighter abgestürzt!
Ich danke der Bundeswehr für die Abrüstungsbemühungen.“

Nach diesen Erfahrungen habe ich wieder eine neue Sache über die ich nachdenken kann:

Glaubten mir die Zeitungen nicht, daß diese Anzeige meine eigene freie Meinung war, oder bedeutet „freie Meinungsäußerung“ in der Bundesrepublik immer gleich Staatsmeinung?

HANS-JÜRGEN JANSSEN, Essen

„Catch 22“

Zu unserer Filmkritik im Heft 4/71 schreibt uns ein Leser:

Ich habe den Bergmann-Film „Catch 22“ gesehen und kam zu etwas anderen Ergebnissen als Reinhard Junge.

„Frontfelge Offiziere verhöhren bei ihren Schwarzmarktgeschäften sogar die Fallschirme ihrer Kameraden.“ Die Deutschen kaufen einen riesigen Posten Baumwolle (der Markt ist gesättigt) von den „frontfelgen Offizieren“. Als Gegenwert müssen diese ih-

ren eigenen Stützpunkt von eigenen Leuten in Klumpen bomben lassen.

Es sind dies eben nicht einfache Schwarzmarktgeschäfte, vielmehr wird die Absurdität der ökonomischen Gesetze eines imperialistischen Krieges verdeutlicht: für einen wirtschaftlichen Vorteil wird das Leben selbst von Landsleuten bedenkenlos geopfert.

Wie hohl übrigens die „Werte“ sind, für die Kriege angeblich geführt werden, erkennt Yossarian spätestens, als er die Rolle eines toten Kameraden übernimmt, dem er nicht im geringsten ähnelt. Die Familie des Toten erkennt nicht einmal, daß nicht ihr sterbender Sohn vor ihnen liegt. Der Zwiespalt zwischen kaschierenden Phrasen und blutiger Realität wird hier besonders deutlich.

Als zum Ende des Films die „frontfelgen Offiziere“ Yossarian für ihre Ziele einspannen wollen, weigert sich dieser. Er glaubt, einer absurden Kriegsmaschinerie nur durch irrationale Maßnahmen entkommen zu können: in einem winzigen Schlauchboot will er die 4000 Kilometer bis Schweden paddeln. Hinter dieser Metapher steckt der Gedanke, sich dem Krieg, wie auch immer, zu entziehen, die Aufforderung: frage nicht nach den Folgen, verweigere dem Gewalttätigen Deine Unterstützung!

KLAUS WACHTEL, Recklinghaus.

Frauentag

Im letzten Heft berichteten wir über eine Aktion der SDAJ zum Internationalen Frauentag. Dazu erreichte uns ein Bericht aus Kiel.

Im Rahmen des Internationalen Frauentages führte auch die SDAJ Kiel eine Aktion durch. Zehn Genossinnen und Genossen standen schon lange vor Schichtbeginn vor den Fabriktoren von Hagenuk und Elac, den Kleider Betrieben mit den meisten weiblichen Beschäftigten.

In Verbindung mit einem Glückwunschkärtchen überreichten wir jeder Arbeiterin eine rote Nelke. Die Reaktion der von uns angesprochenen Frauen war zunächst einmal eine große Überraschung. Wie wir in Einzelgesprächen erfahren, hatte kaum eine Arbeiterin je vom Internationalen Frauentag gehört. Nachdem das Kärtchen gelesen war, stimmten die Frauen uns zu und schilderten uns ihre schlechte Situation im Betrieb.

Bei dieser Aktion wurde uns klar, daß sich die SDAJ in größerem Umfang für die Probleme der arbeitenden Frau in der kapitalistischen Gesellschaft einsetzen muß.

I. A. BRIGITTE PAULIN, Kiel

NACHRICHTEN

Bücher und Broschüren

Ledwohn/Seeger (Hrsgb.)

Gewerkschaften – Standort und Perspektive

Dieses Buch enthält Beiträge von 20 Autoren zu Grundsatzfragen der Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik aus marxistischer Sicht.

344 Seiten, Preis 7,50 DM, glanzkartoniert
erschienen im März 1971

Gerd Siebert

Mitbestimmung drüben – überbetrieblich

Nach dem großen Erfolg des Buches „Mitbestimmung drüben – im Betrieb“ beschäftigt sich der Autor mit der Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten der DDR im überbetrieblichen und staatlichen Rahmen.

160 Seiten, glanzkartoniert, Preis 5,- DM

Nachrichten-Verlags-GMBH.

6 Frankfurt/M. - Friedberger Landstraße 307

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:
Prospekte bitte anfordern!

Agentur Fliegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 229 96 66



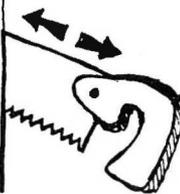
Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab _____
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute (Jan. Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

... und dann einsehender an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16



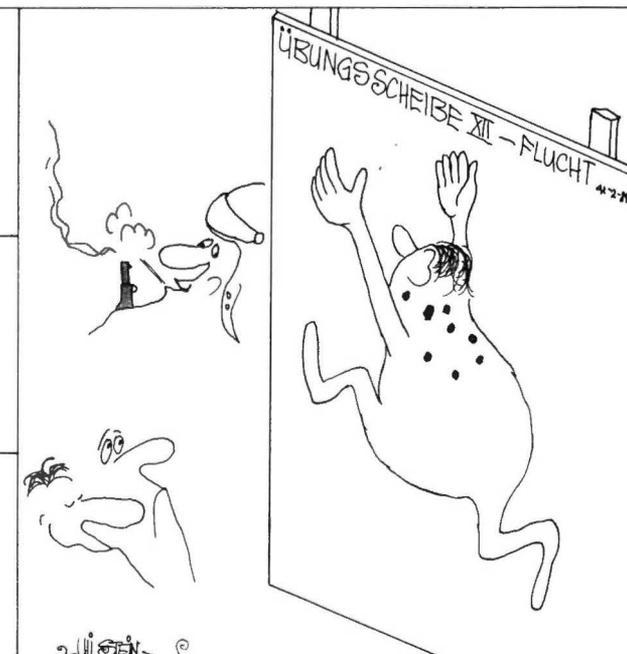
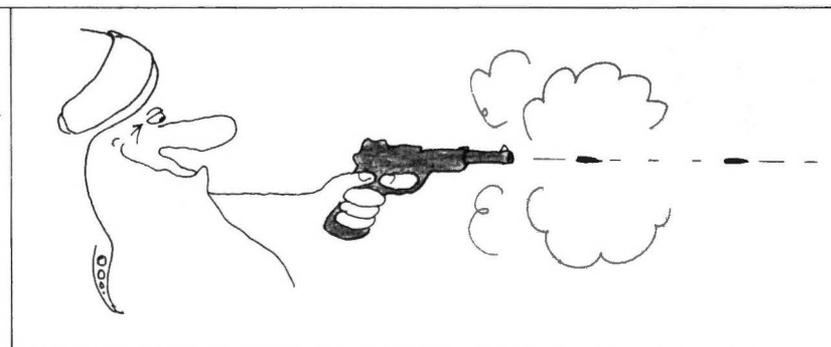
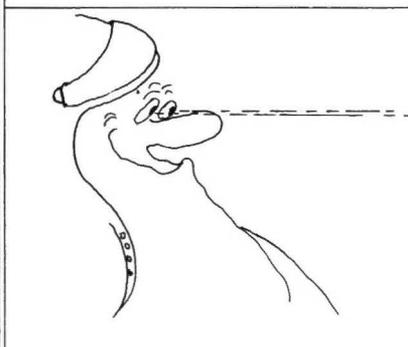
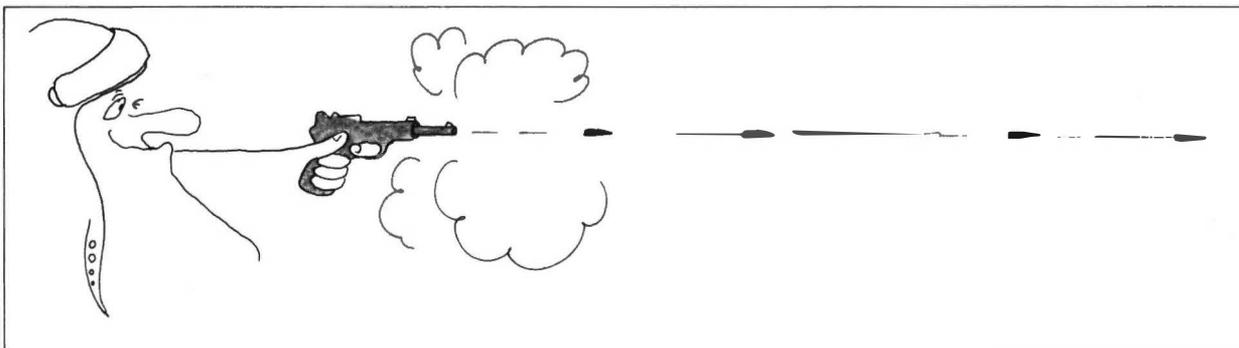
Uli Stein

Waidmannsheil, Herr Polizist!



„ANGRIFF
IST DIE
BESTE
VERTEI-
DIGUNG!“
(Unbekannter Poli-
zist um 1971)

ES WIRD JA IN LETZTER ZEIT SO
ALLERHAND ÜBER DIE SCHIESSELEISTUN-
GEN UNSERER POLIZEI
GEREDET, UND DAR-
UM SOLLTEN SIE
SICH EINMAL PER-
SÖNLICH AUF UN-
SEREM SCHIES-
STAND VON DER QUALIFIZIERTEN AUS-
BILDUNG UNSERER BEAMTEN ÜBERZEUGEN..“



ULI STEIN

Geschichten und „Kleingeschichten“
Kurzgeschichten und „Vorgeschichten“
Reportagen und Porträts
Stücke, Gedichte und Essays

von Strittmatter, Kunert, Hammel,
Heinrich, Berger, Schütz,
Valentin, Boguslawskaja und anderen

EDITION
NEUE TEXTE

Neu im Aufbau-Verlag

Stories and “little stories”
Short stories and “pre-stories”
Journalism and portraits
Plays, poetry and essays

by Strittmatter, Kunert, Hammel,
Heinrich, Berger, Schütz,
Valentin, Boguslawskaja, and others

NEW TEXT
EDITION

new in Aufbau Publishers

Aufbau-Verlag Berlin und Weimar

108 Berlin · Französische Straße 32
Deutsche Demokratische Republik

LESER
LESEN
NEUE
TEXTE

READERS
READ
NEW
TEXTS

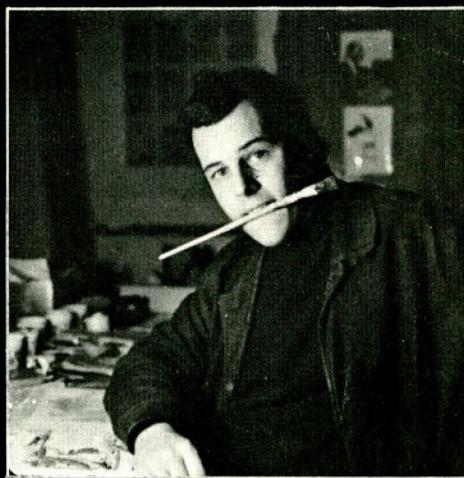


Strauß ist beleidigt. Der Mann, dessen Leben aus einer Aneinanderreihung von Affären besteht (siehe elan 4/70) fühlt sich in seiner Ehre verletzt. Ein Zeichner hat ihm dies angetan.

Im Juli letzten Jahres prägte Strauß den Begriff von der „Sammlungsbewegung zur Rettung unseres Vaterlandes“. Davon ließ sich der Brüder-Grimm-Preisträger Rainer Hachfeld so inspirieren, daß er den bewußten Aufruf zu Plakat brachte. Hachfeld (32) zeichnete Strauß als Figur, dessen Gliedmaßen sich in Hakenkreuzform verrenken. Der Berliner Extra-Dienst veröffentlichte das Plakat; elan ebenfalls (Heft 9/70).

Das Plakat schlug ein wie eine Bombe. Bei Hachfelds Freunden – innerhalb weniger Tage war das Plakat ausverkauft –, aber auch bei Strauß: Mit einer einstweiligen Verfügung verbot er Hachfeld die Weiterverbreitung. Beim Extra-Dienst gab es eine gründliche Hausdurchsuchung.

Daraufhin zog es Hachfeld wohl oder übel vor, Strauß auf andere Weise zu karikieren. Doch auch das wollte Strauß nicht so recht gefallen. In einer zweiten einstweiligen



Verfügung ließ er dem Zeichner jede weitere Strauß-Karikatur untersagen. Strauß zettelte gleich mehrere Gerichtsverfahren gegen Hachfeld und den Extra-Dienst an. Die Prozeßkosten betragen bisher ca. 10 000 DM.

Freunde Hachfelds gelangten daraufhin zu der Ansicht: „Die Meinungsfreiheit wird

zur Farce, wenn kleinere Publikationsorgane durch Zivilverfahren ruiniert werden können. Ein politischer Karikaturist wird es nicht mehr wagen können, einen Politiker zu zeichnen, wenn er damit seine materielle Existenz aufs Spiel setzt.“ Ergebnis: Sie gründeten eine „Sammlungsbewegung zur Rettung der politischen Karikatur“ und baten Rainer Hachfeld, ein neues Plakat zu zeichnen, auf dem für die olympische Idee des Franz Josef Strauß und seiner nahen und fernen Freunde geworben wird. Dieses Plakat wird zu einem Solidaritätspreis von 5 DM verkauft. Die „Sammlungsbewegung“ bittet aber darum, mindestens fünf Plakate zu bestellen (25 DM). Bestellungen sind zu richten an: Dr. Hans Dieter Zimmermann, 1 Westberlin 30, Hohenstaufenstr. 8

Spenden werden erbeten auf das Konto 772 590 600 bei der Berliner Combank (Zimmermann).

Allerdings müssen wir unseres Erachtens auch etwas Verständnis für Franz Josef Strauß aufbringen. Schließlich hat Strauß ja keine faschistische Vergangenheit, eher eine entsprechende Zukunft. . . .



MÜNCHEN 1972